

Vorlage an den Landrat

Nr. 2007 / 225

Jahresprogramm des Regierungsrates

2008



Kanton Basel-Landschaft
Regierungsrat

Inhaltsverzeichnis

1. Einleitung	3
2. Finanz- und Kirchendirektion	4
3. Volkswirtschafts- und Sanitätsdirektion	16
4. Bau- und Umweltschutzdirektion	34
5. Justiz-, Polizei- und Militärdirektion	58
6. Bildungs-, Sport- und Kulturdirektion	68
7. Landeskanzlei	80
8. Entwicklung der Finanzen des Kantons Basel-Landschaft	85
9. Antrag	92
Anhang 1: Laufende Gesetzgebungsarbeiten (Gesetze und Dekrete)	94
Anhang 2: Sich in Vorbereitung und Bearbeitung befindliche Landratsvorlagen	99

Impressum

Verabschiedung

18. September 2007

Inhalt, Redaktion

Finanz- und Kirchendirektion, Generalsekretariat
und Finanzverwaltung
mit Unterstützung der vier anderen Direktionen
und der Landeskanzlei

Gestaltung

vista point, Basel

Fotografie

Thomas Becks, Basel

Druck

Schwabe AG, MuttENZ

1 Einleitung

Wie in der Verfassung des Kantons Basel-Landschaft (§ 73 Absatz 3) verankert, hält der Regierungsrat die jährlichen Ziele und Massnahmen der Regierung und der Verwaltung im Jahresprogramm fest und legt dieses dem Landrat gleichzeitig mit dem Budget zur Kenntnisnahme vor.

Das vorliegende Jahresprogramm 2008 ist das erste Programm der neuen Legislaturperiode 2008 – 2011. Es enthält die kurzfristigen Zielsetzungen und Massnahmen der Verwaltung, gegliedert nach den fünf Direktionen und der Landeskanzlei. Die übergreifenden Legislaturziele und die politischen Schwerpunkte der Regierung sind im Regierungsprogramm 2008 – 2011 festgehalten und publiziert.

Die normale kundenorientierte Verwaltungstätigkeit, also die so genannte Routinearbeit, die aber in der Sache eben keine Routine ist, weil jeder Geschäftsfall eine spezifische Situation beinhaltet, ist nicht Gegenstand des vorliegenden Jahresprogramms. Das Programm zeigt vielmehr diejenigen Massnahmen auf, die im kommenden Jahr zusätzlich zu den eigentlichen Dienstleistungskernbereichen in die Wege geleitet und umgesetzt werden.

Wie schon in den vergangenen Jahren werden verschiedene Projekte und Vorhaben des Jahresprogramms 2008 mit Daten aus dem Budget 2008 ergänzt. Bei den Massnahmen sind wiederum die finanziellen Auswirkungen im Jahr 2008 aufgeführt, sofern es solche gibt. Das Kapitel «Entwicklung der Finanzen des Kantons Basel-Landschaft» enthält detaillierte Informationen zum Finanzplan und zum Investitionsplan. Im Anhang zum Jahresprogramm 2008 informieren wiederum Übersichtstabellen zu den laufenden Gesetzgebungsarbeiten (Gesetze und Dekrete) und zu den sich in Vorbereitung und Bearbeitung befindlichen Landratsvorlagen.

Erläuterung

Programmpunkt:

3.03 Wirtschaft

Strategische Zielsetzung:

Verbesserung der Standortattraktivität

Massnahme:

3.03.01 Revision des Wirtschaftsförderungsgesetzes



FKD: Empfang Steuerverwaltung, Liestal

2 Finanz- und Kirchendirektion (FKD)

Adrian Ballmer, Regierungsrat



Der Goldrausch ist vorbei. Doch ein neuer Rausch hat dafür gesorgt, dass der Kanton Basel-Landschaft mit einem Überschuss von 21.0 Mio. Franken einen guten Abschluss seiner Staatsrechnung 2006 hat vermelden können: Der Konsumrausch. Der dynamische private Konsum, die Exporte und die deutlich gesteigerte

Investitionstätigkeit der Unternehmen führen weiterhin zu einem aussergewöhnlich starken Anstieg des Schweizer Bruttoinlandproduktes (BIP). Der gute Rechnungsabschluss und die erfreuliche Ausgangslage (das Budget 2008 rechnet mit einem Überschuss von 3 Mio. Franken beim Saldo der Laufenden Rechnung) sind das Ergebnis der guten Konjunkturlage.

Doch das ist nur die eine Seite der Medaille. Die andere ist, dass die vor einigen Jahren eingeleitete solide und stetige Finanzpolitik der Regierung nun ihre Früchte trägt. Das Baselbiet hat seine Hausaufgaben gemacht. Dank der Generellen Aufgabenüberprüfung (GAP) ist der Staatshaushalt ausgeglichen. Für wichtige neue Aufgaben und grosse Investitionen besteht wieder Handlungsspielraum. Das Baselbiet ist heute wieder in der Lage, seine guten staatlichen Leistungen nachhaltig zu finanzieren und damit seine Attraktivität als Wohnort und Wirtschaftsstandort zu stärken. An die Vergabe des Triple A durch die Rating-Agentur Standard & Poor's haben wir uns im Baselbiet beinahe schon gewöhnt. Mit der konsequenten Fortsetzung der nachhaltigen Finanzpolitik will die Regierung die drei A auch den nächsten Generationen ermöglichen.

Die gute Ausgangslage darf Regierung und Parlament keineswegs dazu verleiten, die Ausgabendisziplin jetzt aufzuweichen. Die von der Regierung geplante und vermutlich Anfang 2008 zur Abstimmung gelangende Defizitbremse soll dazu beitragen, den ausgeglichenen Staatshaushalt zu konsolidieren und damit die nachhaltige Finanzpolitik der Regierung wirksam zu unterstützen. Die Defizitbremse hilft uns allen, nicht übermütig zu werden. Wenn wir den in der Verfassung veranker-

ten Auftrag befolgen, den Staatshaushalt auf die Dauer ausgeglichen zu halten, und wenn wir zum Eigenkapital Sorge tragen und es deutlich bei über 100 Mio. Franken belassen, dann wird die Defizitbremse immer nur präventiv wirken und nie wirklich zum Einsatz kommen. Und das ist ja genau der Zweck der Sache.

Dass diese Finanzstrategie richtig ist, unterstreicht der Bericht der Rating-Agentur Standard & Poor's regelmässig. In ihrer Begründung für das Triple A des Kantons Basel-Landschaft erwähnt die Agentur folgende Stärken: eine gute finanzielle Entwicklung über die letzten Jahre, eine bestens qualifizierte Verwaltungsführung, welche die notwendigen Entlastungsmassnahmen eingeleitet hat, die Situation als Nettozahler im Schweizer Finanzausgleichssystem, ein im nationalen und internationalen Vergleich relativ hohes Wohlstandsniveau sowie eine zunehmend diversifizierte Wirtschaft mit guten Wachstumsperspektiven.

Neben den Finanzen steht im Jahr 2008 die Informatik im Mittelpunkt. Der Kanton wird in den kommenden Jahren das Personalsystem sowie die Finanz- und Rechnungswesenapplikationen ablösen müssen. Diese Aufgabe wirft weit reichende Fragen auf (wie Organisation, Prozessoptimierungen, Wirtschaftlichkeit, zukünftige IT-Entwicklung, Softwarearchitektur, Funktionalitätsbedarf, Benutzerakzeptanz, zukünftige Ausbaumöglichkeiten, Betrieb, Support, Synergien mit anderen Kantonen, usw.). Die dazu erforderlichen Umsetzungsschritte werden dem Landrat bis Anfang 2008 vorgeschlagen. Geplant ist die produktive Einführung eines integrierten ERP-Systems (ERP = Enterprise Resource Planning) Anfang 2010.

2.01 Finanzwesen

Finanzhaushalt Das Budget 2008 ist stark geprägt durch den Neuen Finanzausgleich zwischen Bund und Kantonen. Aufgrund des nun vom Bund auf der Basis der Globalbilanz festgelegten Ressourcenausgleichs resultiert eine Entlastung des Kantons Basel-Landschaft im Umfang von 2 Mio. Franken. Das Budget 2008 rechnet mit einem Überschuss von 3 Mio. Franken beim Saldo der Laufenden Rechnung. Dennoch ist absehbar, dass auch künftig nicht alles Wünschbare realisiert werden kann. Es bedarf weiterhin einer strengen Ausgabendisziplin, um den Kantonshaushalt auch in den kommenden Jahren im Lot zu halten. Die Einführung einer kantonalen Defizitbremse wird diese Zielsetzung nachhaltig unterstützen.

Optimierung der Führungsinstrumente Im Rahmen der Ablösung der bestehenden EDV-Lösungen für das Rechnungs- und das Personalwesen sollen die Führungsinstrumente verbessert werden (siehe auch Punkte Nr. 2.09.01 und 2.10.01). Zusammen mit der EDV-Ablösung wird die Rechnungslegung auf der Basis des von der Finanzdirektorenkonferenz weiter entwickelten Harmonisierten Rechnungsmodells (HRM2) angepasst. Im weiteren werden die Prozesse in der Rechnungsführung, im Controlling und im Personalwesen auf Optimierungen hin überprüft. Auch im Bereich der Subventionen und Beteiligungen soll die Steuerung verbessert werden.

2.01.02 Einführung der kantonalen Defizitbremse

Nach der Volksabstimmung soll die Defizitbremse im Jahr 2008 (im Hinblick auf das Budget 2009) in Kraft gesetzt werden. Zur Konkretisierung des Vollzugs wird eine Verordnung erarbeitet.

2.01.05 Teilrevision des Finanzhaushaltsgesetzes und Weiterentwicklung der Rechnungslegung

Mit einer Teilrevision des Finanzhaushaltsgesetzes und des Dekrets zum Finanzhaushaltsgesetz wird die Rechnungslegung an die neue Fachempfehlung der Finanzdirektorenkonferenz angepasst. Die Aussagekraft von Bilanz und Erfolgsrechnung wird durch verschiedene Anpassungen erhöht werden.

2.01.06 Agenturbericht: Steuerung der Beteiligungen

Mit dem Bericht zu den Beteiligungen des Kantons (Agenturbericht) (alter Punkt Nr. 2.02.02) werden mögliche Massnahmen zur Verbesserung der Steuerung der Beteiligungen aufgezeigt. Diese Massnahmen werden im Jahr 2008 konkretisiert, so dass ein systematisches Beteiligungsmanagement eingeführt werden kann. Zum Beteiligungsmanagement werden eine Verordnung und Richtlinien erarbeitet.

2.01.07 Subventionsbericht

Mit dem Subventionsbericht wird eine erhöhte Transparenz bezüglich der ausgerichteten Subventionen hergestellt. Zudem wird das Subventionscontrolling geregelt.

2.01.08 Internes Kontrollsystem und Risikoanalyse

Auf der Basis eines Grobkonzeptes zur Einführung eines internen Kontrollsystems soll geprüft werden, welche Massnahmen vor der Einführung des neuen ERP-Systems eingeführt werden sollen.

2.01.09 Prämienverbilligungen

Aufgrund der Steuergesetzesrevision zur Entlastung von Familien und tiefen Einkommen und der NFA muss das Dekret über die Einkommensgrenzen und den Prozentanteil in der Prämienverbilligung angepasst werden.

2.01.10 Schliessung der Deckungslücke der Pensionskasse

Über eine Zeitperiode von 10 bis 15 Jahren soll die Deckungslücke der Pensionskasse (BLPK) geschlossen werden. In erster Priorität muss die strukturelle Unterfinanzierung der Pensionskassenleistungen beseitigt werden. Gleichzeitig wird ein Primatwechsel überprüft. Bei der Schliessung der Deckungslücke soll eine gewisse Opfersymmetrie zwischen Arbeitgebenden, Arbeitnehmenden und Rentnern erzielt werden. Es ist vorgesehen, dass dem Landrat im Jahr 2008 eine Vorlage unterbreitet wird.

2.02 Partnerschaftsverhandlungen BL / BS

Die interkantonale Zusammenarbeit zwischen den Kantonen Basel-Landschaft und Basel-Stadt soll anhand einheitlicher Vorgaben standardisiert werden. Als Grundlage für die weiteren Arbeiten dienen die gesamtschweizerischen Vorgaben im Rahmen der NFA (Neugestaltung des Finanzausgleichs und der Aufgabenteilung zwischen Bund und Kantonen inklusive Interkantonale Rahmenvereinbarung) und die Standards BL / BS, die auf Regierungsebene mit Basel-Stadt vereinbart wurden. Die Grundsätze sollen gemeinsam mit Basel-Stadt bedarfsgerecht erweitert und verfeinert und in den jeweiligen Verhandlungen in den Einzeldossiers angewendet werden. Als wichtiger Massstab gilt die Wirtschaftlichkeit der Lösungen. Sie soll, wenn immer möglich, für alle beteiligten Partner verbessert werden.

2.02.01 Standardisierung / Systematisierung der interkantonalen Zusammenarbeit

Weiterentwicklung und Umsetzung einheitlicher Vorgaben für den Leistungseinkauf zwischen den Kantonen Basel-Landschaft und Basel-Stadt.

Entwicklung eines Handbuchs im Sinne einer Checkliste für die Zusammenlegung von Dienststellen, und Gewährleistung, dass dieses Handbuch jeweils systematisch angewendet wird.

Im Jahr 2008 sollen die Kriterien zur Prüfung einer Fusion von Dienststellen einerseits und für den Leistungseinkauf andererseits festgelegt werden.

2.02.02 Verhandlungen in Einzeldossiers

Im Jahr 2008 finden unter dem Dach der Partnerschaftsverhandlungen BL / BS schwerpunktmässig Verhandlungen im Bereich der Kultur und des Leistungseinkaufs statt.

2.03 Sozialwesen

Die Durchführung von verschiedenen Evaluationen wird das Geschäftsjahr 2008 prägen. Für die Evaluation der Wirksamkeit von Eingliederungsmassnahmen sind zuvor Umsetzungsgrundlagen zu erarbeiten. Die Effektivität der Interinstitutionellen Zusammenarbeit (IIZ) sowie die Missbrauchsbekämpfung in den Gemeinden (Stichwort Privatdetektive) stellen weitere Auswertungen dar. Diese Arbeiten werden teilweise in enger Zusammenarbeit mit einem externen Berater ausgeführt.

Die permanente Schulung von Behördenmitgliedern hinsichtlich Neuerungen im Sozialhilfewesen sowie spezifische Aus- und Fortbildungsseminare als einzelne Module bilden einen weiteren Schwerpunkt.

Das kontinuierliche Überarbeiten der Beiträge im Handbuch Sozialhilferecht wird in der durch den Regierungsrat einberufenen Konsultativkommission Sozialhilferecht (KKSH) wahrgenommen; die redaktionellen Arbeiten und die entsprechende Administration erfolgen durch das Kantonale Sozialamt (KSA).

Die jährlich erscheinende Sozialhilfestatistik wird in enger Zusammenarbeit mit dem Statistischen Amt ausgearbeitet und einem breiten Publikum zur Verfügung gestellt. Wie jedes Jahr, wird diese aussagekräftige Statistik mit aktuellen Themen ergänzt.

Ein wichtiges Geschäft ist und bleibt die Interinstitutionelle Zusammenarbeit, kurz IIZ, die aus einzelnen Arbeitsgruppen mit eigenen Zielsetzungen besteht.

2.03.02 Interinstitutionelle Zusammenarbeit (IIZ)

- Subkommission «Junge Erwerbslose»
Die Subkommission «Junge Erwachsene» hat sich zum Ziel gesetzt, die erarbeiteten Massnahmen gemäss Studie der Firma Egger, Dreher und Partner AG umzusetzen.
- Subkommission «IIZ-klassisch»
Für die in den Gemeinden, den regionalen Arbeitsvermittlungszentren und der Invalidenversicherung Basel-Landschaft bestimmten Personen werden Fortbildungskurse unter der Koordination des KSA angeboten.
- Subkommission «MAMAC»
Medizinisch-arbeitsmarktlche Assessments mit Case-Management
Geplant ist der Abschluss des zur Zeit laufenden Pilotprojektes mit dem Bund.

Planungsstand: Planung erfolgt | **Datum der Zielerreichung:** 31. Mai 2008.

2.03.05 Spezifische Schulungen für Behördenmitglieder

Schulungsangebote zur Aus- und Fortbildung werden in Form von zwei Modulen zu spezifischen Themen ausgearbeitet. Diese Angebote erfolgen zusammen mit dem Verband für Sozialhilfe Basel-Landschaft (VSO). Inhalte der Module sind Rechtliches und Berechnungsbeispiele aus der Praxis.

Planungsstand: Planung erfolgt | **Datum der Zielerreichung:** 31. Januar 2008 / 31. März 2008.

2.03.06 Kantonale Sozialhilfestatistik

Die Sozialhilfestatistik des Kantons Basel-Landschaft – ein gemeinsames Produkt des Kantonalen Sozialamtes und des Statistischen Amtes – erscheint einmal pro Jahr in einer höheren Auflage. Sämtliche der Sozialhilfestatistik zugrunde liegenden Daten werden vom Kantonalen Sozialamt in den Gemeinden erhoben (§ 43 des Sozialhilfegesetzes).

Planungsstand: Laufende Bearbeitung der Datenbestände | **Datum der Zielerreichung:** 31. Mai 2008.

2.03.07 Handbuch Sozialhilferecht Basel-Landschaft

Die vom Regierungsrat eingesetzte Konsultativkommission Sozialhilfe (KKSH) überprüft laufend das Handbuch Sozialhilferecht und aktualisiert und ergänzt Beiträge, die sich durch die politische Meinungsbildung (Gesetze und Verordnungen) ergeben und / oder verändern. Das Handbuch Sozialhilferecht gewährleistet eine einheitliche Anwendung des Sozialhilferechts im Kanton Basel-Landschaft und hat zu einer grossen Rechtssicherheit geführt. Auch das Kantonsgericht Basel-Landschaft berücksichtigt in seinen Entscheiden das Handbuch Sozialhilferecht.

Planungsstand: laufende Überarbeitung | **Datum der Zielerreichung:** 31. Dezember 2008.

2.03.09 Drei Evaluationen

1. über die Wirksamkeit von Eingliederungsmassnahmen.

§ 52 des Sozialhilfegesetzes (SHG) regelt die Evaluation der Bestimmungen über die Eingliederung unterstützungsberechtigter Personen. In der Konsultativkommission Sozialhilfe (KKSH) werden vorgängig die Methoden und die Kriterien erarbeitet. Die Wirksamkeitsprüfung erfolgt unter Einbezug aller IIZ-Partner.

Finanzielle Auswirkungen
2008: 0.05 Mio. Fr.

-
2. über die Effektivität der Interinstitutionellen Zusammenarbeit (IIZ).
Das gemeinsame Projekt «IIZ-klassisch» wird anhand von einzelnen Klientendaten auf seine Wirksamkeit hin überprüft, um in der Folge die Zusammenarbeit der Institutionen zu optimieren.
3. über den Einsatz von Privatdetektiven in den Gemeinden.
Nach § 42 Abs. 3 SHG bekämpfen Kanton und Gemeinden den Missbrauch von Sozialhilfe. Ziel der Evaluation ist es, die in den Gemeinden getroffenen Massnahmen und deren Wirkung gesamthaft zu erfassen.
- Planungsstand:** Planung erfolgt | **Datum der Zielerreichung: Einsatz Privatdetektive:** 30. Juni 2008 | **Eingliederungsmassnahmen und IIZ:** 30. September 2008.

2.03.10 Allgemeine Schulungen für Behördenmitglieder

- primär zu Neuerungen im Asylwesen und in der Sozialhilfe mit dem Ziel, den Mitgliedern der Sozialhilfebehörden und der Sozialdienste optimales Know-how zu vermitteln.
- werden in Form von zwei bis drei internen Veranstaltungen für potenziell interessierte, mögliche Behördenmitglieder angeboten, dies im Hinblick auf die im Herbst 2009 stattfindenden Wahlen für Mitglieder von Sozialhilfebehörden.

Planungsstand: Planung erfolgt | **Datum der Zielerreichung:** 30. November 2008.

2.04 Asylwesen

Bedingt durch die Anpassung des neuen Finanzierungsmodells des Bundes ist ein neues Controllingsystem umzusetzen. Dies betrifft die Kosten für Personen aus dem Asylbereich, für Personen mit einer vorläufigen Aufnahme (länger als sieben Jahre in der Schweiz wohnhaft), für Personen mit Sozialhilfestopp und für Personen mit einer rechtskräftigen Ausreisefrist bzw. einem Nichteintretensentscheid (NEE).

Geeignete Massnahmen gegenüber dem Bund und gegenüber den Gemeinden sind zu veranlassen. Regelmässige Schulungen und Einberufung von ERFA-Gruppen zum gesamten Themenkreis sind weitere Programmpunkte.

2.04.02 Steuerung der Finanzierung des Asylwesens

Controlling in allen Bereichen der Asylfinanzierung. Insbesondere sind die Bundesvergütungen, die Vergütungen an die Gemeinden und die Kostenentwicklung im Gesundheitsbereich im Hinblick auf eine Sicherstellung der Kostenneutralität zu überprüfen.

Planungsstand: Laufende Prüfung | **Datum der Zielerreichung:** 31. Mai 2008 / 30. November 2008.

2.04.03 Nichteintretensentscheide (NEE) und Asylstopp

Umsetzung der kantonalen Asylverordnung.

Planungsstand: Verordnung in Vernehmlassung | **Datum der Zielerreichung:** Ab Januar 2008.

Finanzielle Auswirkungen
2008: 2.5 Mio. Fr.

2.04.05 Schulungen

Regelmässige Schulungen und Einberufung von ERFA-Gruppen zu den Anpassungen.

Planungsstand: Erfolgt parallel zu Punkt Nr. 2.04.03 | **Datum der Zielerreichung:** 31. Mai 2008 / 30. November 2008.

2.05 Gemeindewesen

Das kantonale Finanzausgleichsgesetz soll total revidiert werden. Die Entwicklung bei Aufgaben wie Bildung und Soziale Wohlfahrt klappt zwischen den einzelnen Gemeinden auseinander. Das Gleichgewicht unter den Gemeinden in Bezug auf ausgewogene Leistungen und Steuerbelastungen soll wieder hergestellt werden.

Die neuen Behördenmitglieder in den Gemeinden werden in der Haushalts- und Finanzpolitik geschult, damit sie über die notwendigen Kompetenzen für ihr Amt als Verantwortliche für die Gemeindefinanzen verfügen.

2.05.01 Revision des kantonalen Finanzausgleichsgesetzes

Eine Arbeitsgruppe mit Vertretern der Verwaltung und zwölf Mitgliedern der Gemeinden wird Modelle erarbeiten und dem Regierungsrat Lösungsvorschläge unterbreiten. Mit der Revision sollen die heutigen Indizes durch einen Sonderlastenausgleich abgelöst werden.

2.05.02 Schulung in Haushalts- und Finanzpolitik

Durchführung von mehreren Informationsveranstaltungen für die Behördenmitglieder in den Gemeinden.

2.07 Steuerwesen

Mit der Verabschiedung der beiden grossen Revisionen zur Entlastung der Familien und von tiefen Einkommen sowie der Baselbieter Wirtschaft konnte die Attraktivität des Kantons Basel-Landschaft als Wohn- und Wirtschaftsraum massgeblich gestärkt werden. Im Jahr 2008 gilt es, diesen Prozess fortzusetzen durch weitere Steuergesetzesrevisionen im Bereich der Unternehmenssteuern sowie der Erbschafts- und der Schenkungssteuer.

Zudem sollen die Arbeiten zur Einführung einer zentralen Verlustscheinbewirtschaftung durch die kantonale Steuerverwaltung weitergeführt werden.

2.07.16 Unternehmenssteuerreform II

Vorbereitung der zweiten Unternehmenssteuerreform zwecks Umsetzung des Unternehmenssteuerreformgesetzes II des Bundes.

Verabschiedung eines Vernehmlassungsentwurfs im zweiten Semester 2008.

Finanzielle Auswirkungen
2008: ertragswirksam
frühestens ab 2010

2.07.18 Revision des Erbschafts- und des Schenkungssteuergesetzes

Revision der Erbschafts- und der Schenkungssteuer unter besonderer Berücksichtigung der Besteuerung von Konkubinatspaaren und Pflegekindern.

Verabschiedung eines Vernehmlassungsentwurfs und Durchführung der Vernehmlassung im ersten Semester 2008; parlamentarische Beratung im zweiten Semester 2008; Inkraftsetzung per 1. Januar 2009.

Finanzielle Auswirkungen
2008: ertragswirksam
frühestens ab 2009

2.07.20 Zentrale Verlustscheinbewirtschaftung

Einführung der Bewirtschaftung von Verlustscheinen anderer kantonalen Dienststellen und Organisationseinheiten durch die Steuerverwaltung.

Auswertung des Pilotprojektes mit dem Kantonalen Sozialamt und Prüfung der organisatorischen Voraussetzungen für die Einführung im ersten Semester 2008; Ergänzung der Steuersoftware NEST im zweiten Semester 2008; Vorbereitung der notwendigen Rechtsgrundlagen im zweiten Semester 2008.

2.07.21 Beweisverwertungsverbot im Steuerstrafverfahren

Anpassung der kantonalen Steuergesetzgebung an die Anforderungen des Beweisverwertungsverbots im Steuerstrafverfahren.

Verabschiedung eines Vernehmlassungsentwurfs und Durchführung der Vernehmlassung im ersten Semester 2008; parlamentarische Beratung im zweiten Semester 2008; Inkraftsetzung per 1. Januar 2009.

2.08 Statistik

Mit dem Aufbau einer Kantonalen Namens- und Adressdatenbank (KANADA) wird der Abbau der in der Verwaltung bestehenden Redundanzen im Bereich der Adressenhaltung angestrebt. Das neue KANADA-Gesetz bildet mit dem gleichzeitig zu beratenden Anmeldegesetz die Grundlage für die Harmonisierung der Einwohnerregister in den Gemeinden. Die Harmonisierung der Einwohnerregister wird vom Bund im Rahmen der eidgenössischen Volkszählung 2010 vorgeschrieben.

2.08.06 Kantonale Namens- und Adressdatenbank (KANADA)

Vorlage des KANADA-Gesetzes und des Anmeldegesetzes an den Landrat. Aufbau einer kantonalen Namen- und Adressdatenbank. Realisieren des Datentransfers von den Gemeinden zum Kanton über eine einheitliche Schnittstelle. Anbindung von Dienststellen an die Datenbank. Als erster Schritt erfolgt im Jahr 2008 das Teilprojekt «Registerharmonisierung».

2.08.07 Gebäudeidentifikator (EGID) und Wohnungsidentifikator (EWID)

Ergänzung der Einwohnerkontrollen in den Gemeinden mit dem eidgenössischen Gebäudeidentifikator (EGID) und dem Wohnungsidentifikator (EWID) und deren Nachführung. Einrichtung der Schnittstelle von den Gemeinden zur kantonalen Gebäudedatenbank. Die Gemeinden werden bei der Umsetzung fachlich durch den Kanton unterstützt. Diese Arbeiten werden voraussichtlich bis ins Jahr 2010 dauern.

Finanzielle Auswirkungen
2008: 0.1 Mio. Fr.

2.08.08 Statistik der Lernenden

Die Statistik der Lernenden wird heute in den Volksschulen mit Papierfragebogen erhoben. Mit der Revision 2008 werden die Daten auf elektronischem Weg erhoben. Die revidierte Statistik wird die Laufbahn der Schülerinnen und Schüler nachvollziehen können.

Mit den einzelnen Schulrektoraten wird eine elektronische Schnittstelle eingerichtet. Die Schülerinnen und Schüler werden mit einer Identifikationsnummer erfasst, was die Verlaufstatistik ermöglicht. Der Bund wird in seiner Revision, die in zwei bis drei Jahren erfolgen wird, die neue AHV-Versichertennummer einführen.

2.09 Personalwesen

Definition einer konsistenten Strategie für den Aufbau und den Betrieb eines effizienten und effektiven Personalmanagements in der kantonalen Verwaltung. Eine solche, von der Gesamtregierung getragene Strategie ist Voraussetzung für die Implementierung von modernen Personalführungs- und Personalcontrollinginstrumenten sowie für das durch das integrierte Enterprise Resource Planning-System (ERP-Projekt) directionsübergreifend (konzernweit) einzuführende Ressourcenmanagement (Personal als Hauptressource).

Weiterführung der laufenden Umsetzungen von strategischen Personalmanagement-Projekten (Personalentwicklung, Personalmarketing, Personalcontrolling, Anpassung Lohnsystem) unter Berücksichtigung schon bekannter Aspekte des zukünftigen ERP-Systems.

2.09.01 Projekt «Einführung ERP-System» (Personalwesen)

Implementierung und Inbetriebnahme des ERP-Systems Personalwesen / HRM (Human Resource Management) für das integrierte Personalmanagement basierend auf den Rahmenbedingungen der Personalstrategie (siehe Punkt Nr. 2.09.06).

Sicherstellung der Funktionen eines modernen integrierten Personalmanagements:

- Personalstammdatenverwaltung / Mutationswesen
- Lohnwesen
- Personalmarketing
- Personalgewinnung
- Einstellungs- und Austrittsabwicklung
- Personalentwicklung
- Organisationsentwicklung
- Geschützte Arbeitsplätze
- Verwaltung des Honorierungssystems
- Personalcontrolling.

Aufbau der Daten- und der Organisationsstrukturen und Prozesse zur Implementierung und für den Betrieb des Personalmanagementsystems gemäss den strategischen Vorgaben gemäss Phasenplanung des ERP-Projektes. Implementierung und Parametrierung des Systems, Systemtests und Inbetriebnahme.

2.09.02 Honorierungssystem

Anpassung des bestehenden Honorierungssystems an die neuen Anforderungen (neue Berufsbilder Gesundheitswesen).

2.09.03 Personalcontrolling

Weiterentwicklung und mit der Einführung des ERP-Systems koordinierter Aufbau des Personalcontrollingkonzeptes (Kennzahlensystem, Datenquellenstrukturen, etc.).

2.09.04 Personalentwicklung

Umsetzung des Personalentwicklungskonzeptes gemäss Phasenplan:

- Umsetzung des neuen Seminarprogramms, insbesondere mit einer Neukonzeption der Einführungskurse für neue Mitarbeitende und der Einführungskurse für neue Führungskräfte;
- Konzeption und Durchführung eines Meetings zum Thema «Personalentwicklung für das Top-Kader der kantonalen Verwaltung».

2.09.05 Personalmarketingkonzept

Erstellen eines Personalmarketingkonzeptes in Bezug auf den internen und externen Arbeitsmarkt:

- Personalwerbung, interner und externer Arbeitsmarkt;
- Personalgewinnung / Auswahl von Suchkanälen und Suchformen;
- Personalauswahl: Prozess des gesamten Selektionsverfahrens (Kommunikation mit Bewerbern, Bewerbungsgespräche / Teilnehmer / Ablauf, Instrumente der Personalauswahl.

2.09.06 Personalstrategie

Weiterführung der Erarbeitung der Personalstrategie durch das Personalamt mit folgenden Ergebnissen:

- Gesamtschau aller im Personalmanagement enthaltenen Aufgabenbereiche mit Festlegung der Kompetenzen der am Personalmanagement beteiligten Stellen;
- Katalog aller Personalmanagementprozesse und deren Eigentümer;
- Definition und Beschreibung aller Beziehungen / Abhängigkeiten zwischen dem Personalamt und seinen verwaltungsinternen und externen Partnern.

Verabschiedung der Strategie und der Umsetzungsplanung durch den Gesamtregierungsrat bis spätestens Ende 1. Quartal 2008.

2.09.07 Organisationsentwicklung

Schaffung einer Funktion für Organisationsentwicklung im Personalamt, die im Sinne des Leistungsauftrages die Organisationsstrukturen pflegt, publiziert, instruiert und gemäss der Ergebnisse der periodischen Überprüfung der Personalstrategie weiter entwickelt und implementiert.

2.10 Informatik

Das prioritäre Ziel besteht darin, nach Vorliegen der ERP-Landratsvorlage Anfang 2008 mit der Einführung eines integrierten ERP-Systems zu beginnen. Ein weiterer Schwerpunkt wird die Erarbeitung der IT-Strategie sein.

2.10.01 Einführung ERP-System (ERP = Enterprise Resource Planning)

Der Kanton wird in den kommenden Jahren sein Personalsystem sowie die Finanz- und Rechnungswesenapplikationen ablösen müssen. Diese Aufgabe wirft weit reichende Fragen auf (Organisation, Prozessoptimierungen, Wirtschaftlichkeit, zukünftige IT-Entwicklung, Softwarearchitektur, Funktionalitätsbedarf, Benutzerakzeptanz, zukünftige Ausbaumöglichkeiten, Betrieb, Support, Synergien mit anderen Kantonen, usw.). Die dazu erforderlichen Umsetzungsschritte werden dem Landrat Anfang 2008 vorgeschlagen. Geplant ist die produktive Einführung eines integrierten ERP-Systems anfangs 2010, nachdem der Zeitplan wegen Einsparungen in der Ausschreibung angepasst werden müssen. Diese Massnahme betrifft diverse Dienststellen der Verwaltung und erscheint hier zusammengefasst an einer Stelle.

Finanzielle Auswirkungen
2008: 6 Mio. Fr.

2.10.02 IT-Strategie

Die Erarbeitung einer verwaltungsweiten IT-Strategie wird gestartet, nachdem die ERP-Strategie und die Evaluation eines entsprechenden Systems abgeschlossen ist.

Finanzielle Auswirkungen
2008: 0.25 Mio. Fr.

2.10.03 **Telefonie**

Erneuerung der Telefonie in den kommenden Jahren bis 2014. Damit sollen in den kommenden Jahren viele der Telefonzentralen mit ablaufendem Lebenszyklus ersetzt werden.

Finanzielle Auswirkungen
2008: 0.65 Mio. Fr.

Landratsvorlage 2007 / 003 / Verpflichtungskredit Nr. 2007 / 2334		
Total:	Fr. 4 100 000.–	(Konti 2101.318.83, 2101.318.81, 2101.311.80, 2101.311.50)
Per Ende 2006 verbraucht:	Fr. 0.–	
Budget 2007:	Fr. 400 000.–	
Plan 2008:	Fr. 650 000.–	

2.10.04 **Information Lifecycle Management (ILM)**

Das rasant wachsende Datenvolumen und die steigende Zahl von Anwendungen würden ohne Massnahmen zu überproportional steigenden Kosten führen. Im Mittelpunkt der Gegenmassnahmen steht der Aufbau zweier redundanter Speichersysteme mit zentraler Datensicherung für die kantonale Verwaltung. Mit der Umsetzung dieser wirtschaftlich und technisch besten Lösungsarchitektur optimiert und standardisiert der Kanton seine IT-Infrastruktur zur Datenhaltung.

Finanzielle Auswirkungen
2008: 1.3 Mio. Fr.

2.11 **Luftverkehr (EuroAirport)**

Der Kanton Basel-Landschaft engagiert sich für den Erhalt des gut funktionierenden und konkurrenzfähigen Flughafens. Er soll weiterhin die Bedürfnisse des Wirtschaftsstandortes und der Bevölkerung befriedigen können sowie eine wichtige Arbeitsstätte sein. Gleichzeitig soll der Verkehr in Zusammenarbeit mit den regionalen Partnern möglichst umweltverträglich abgewickelt werden und die Wohnqualität in den flughafennahen Gemeinden so wenig wie möglich beeinträchtigen.

2.11.05 **Sicherheit, Umweltverträglichkeit und Transparenz**

Die Regierung engagiert sich für eine möglichst sichere und umweltverträgliche Abwicklung des Luftverkehrs mit möglichst geringer Beeinträchtigung der Wohnqualität. Besonderes Augenmerk liegt in diesem Jahr auf der Benutzung des neu eingeführten ILS 34 und der transparenten Darstellung der Umweltauswirkungen.

2.11.06 **Mobilität und Wohlstand**

Der Flughafen soll weiterhin die Mobilitätsbedürfnisse der Bevölkerung und der Unternehmen befriedigen können. Zudem setzt sich die Regierung dafür ein, dass die Rahmenbedingungen für die auf dem EuroAirport tätigen Unternehmen verbessert werden.

2.12 Gleichstellung von Frau und Mann

Die Fachstelle für Gleichstellung ist als kantonales Kompetenzzentrum für Gender- und Gleichstellungsfragen, insbesondere auch für das Gleichstellungs-Controlling und Gleichstellungs-Monitoring gesichert und gestärkt.

2.12.08 Grundlagen- und Planungsbericht

Die Fachstelle ist bei der Erarbeitung von mindestens einem Grundlagen- oder Planungsbericht von der Planung bis zur Publikation beteiligt (zum Beispiel Wirtschaft, Bildung, Jugend, Alter, Sicherheit, Kultur, Familie, Integration).

Finanzielle Auswirkungen
2008: im Rahmen des
Budgets

2.12.09 Schulungsangebote zu Basiswissen in Gender- und Gleichstellungsfragen

Die laufenden Bemühungen zur pilotweisen Einführung eines Gleichstellungs-Controllings werden verstärkt durch Sensibilisierungs- und Schulungsangebote zu Basiswissen in Gender- und Gleichstellungsfragen.

Finanzielle Auswirkungen
2008: im Rahmen des
Budgets



VSD: Empfang Psychiatrische Klinik, Liestal

3 Volkswirtschafts- und Sanitätsdirektion (VSD)

Peter Zwick, Regierungsrat



Die Euro 08 wird auch die Volkswirtschafts- und Sanitätsdirektion «auf Trab» halten. Es ist davon auszugehen, dass die Durchführung zu einigem Zusatzaufwand in diversen Bereichen führen wird. Im Zuständigkeitsbereich des KIGA werden dies Fragen im Zusammenhang mit dem Vollzug des Entsendegesetzes,

Arbeitsbewilligungen für ausländische Arbeitskräfte und Bewilligungen nach Arbeitsgesetz sein. Während der Dauer der Spiele werden die Spitäler mit erhöhter Leistungsbereitschaft arbeiten, was ebenfalls vorbereitet sein will.

Prävention hat viele «Gesichter»: Der Schutz vor Naturgefahren (Naturgefahrenkarte) oder der Schutz der Unternehmungen vor administrativer Überbelastung (Regulierungsfolgenabschätzung bei bestehenden und zukünftigen Erlassen) sind im weitesten Sinne Präventionsmassnahmen im volkswirtschaftlichen Bereich, welche die Direktion im Jahr 2008 beschäftigen werden.

Das bekanntere Gesicht der Prävention betrifft gesundheitspolitische Themen: Das Aktionsprogramm «Gesundes Körpergewicht» soll durch verschiedene Projekte aufzeigen, dass es sich «leichter leichter Leben lässt» und «Fit statt Fett» Spass machen kann. Unsere Gesellschaft wird älter. Mit einem Schwerpunkt «Gesundheitsförderung im höheren Lebensalter» sollen Probleme der steigenden Pflegebedürftigkeit im Alter positiv beeinflusst werden, und das alterspsychiatrische Versorgungssystem soll in Zusammenarbeit mit den gemeindenahen Vernetzungspartnern (Hausärztinnen und Hausärzte, niedergelassene Psychiaterinnen und Psychiater, Alters- und Pflegeheime, Spitex, kommunale Sozialdienste, Pro Senectute und weitere Einrichtungen der Betreuung alter Menschen) dazu beitragen, dass der Generationenvertrag zwischen Jung und Alt – auch vor dem Hintergrund der demographischen Entwicklung – für alle, die junge und die ältere Generation, tragbar bleibt.

Per 1. Januar 2008 soll die neue Verordnung über die berufliche Grundausbildung nach Berufsbildungsgesetz die bisherigen, auf dem Landwirtschaftsgesetz basierenden Ausbildungsvorschriften ablösen. Sie bringt parallel zur dreijährigen Grundausbildung (Abschluss mit eidgenössischem Fähigkeitszeugnis) auch eine zweijährige Grundbildung, die mit dem Berufsattest abgeschlossen wird.

Im Bereich der Meliorationen werden die Arbeiten im Rahmen der Gesamtmelioration Roggenburg weitergeführt, und die Gesamtmelioration Brislach wird ihren Anfang nehmen.

Die Spitäler und die Kantonalen Psychiatrischen Dienste bereiten sich vor auf die leistungsorientierte Finanzierung (Swiss DRG). Die Umsetzungsarbeiten zur KVG-Revision (Teil Spitalfinanzierung) beschäftigen sowohl die Spitäler wie auch die Direktion.

Weitere wichtige Themen betreffen die Erhaltung der Gebäudeinfrastruktur der Kantonsspitäler Liestal und Laufen sowie der Kantonalen Psychiatrischen Dienste in Kombination mit baulichen Anpassungen im Zusammenhang mit der Verbesserung von Leistungsangeboten, die Gesamterneuerung des Kantonsspitals Bruderholz und schliesslich der im Entstehen begriffene Neubau des Universitäts-Kinderspitals beider Basel.

3.01 Wald

Das Holzheizkraftwerk Basel, aber auch die generell steigende Nachfrage nach Holz als Baustoff und Energieträger führen zu einer Art Renaissance der Holznutzung. Es liegt im öffentlichen Interesse, den damit verbundenen Strukturwandel in der Wald- und Holzwirtschaft und die Bildung leistungsfähiger, eigenwirtschaftlicher Betriebsstrukturen (beratend) zu unterstützen. Dabei ist aus öffentlicher Sicht darauf zu achten, dass die Forstbetriebe in der Lage sind, alle Waldfunktionen effizient und kostengünstig sicherzustellen (keine einseitige Ausrichtung auf die Nutzfunktion). Dazu gehört unter anderem auch, die rechtlichen Rahmenbedingungen der Waldpflege im Rahmen der Waldgesetzrevision zu prüfen. Die Bevölkerung zeigt teilweise wenig Verständnis für die vermehrte Nutzung und empfindet die betrieblichen Tätigkeiten der Waldeigentümer als Schädigung. Hier ist mit Aufklärungsarbeit, die auch den Bezug herstellt zu den Auswirkungen der Freizeitaktivitäten, mehr Verständnis zu schaffen. Letztlich sind im Bereich der Prävention und der Walderhaltung einige Anstrengungen notwendig, um die notwendigen Grundlagen für konkrete Massnahmen im Wald ergreifen zu können.

3.01.01 Waldprogramm Basel-Landschaft

Prüfung der Möglichkeiten produktweiser oder produktübergreifender Leistungsvereinbarungen mit den Waldeigentümern bzw. den betrieblichen Leistungserstellern. Vorarbeiten zum Mitwirkungsverfahren «Waldprogramm 2010».

Finanzielle Auswirkungen
2008: 0.02 Mio. Fr.

3.01.02 Naturgefahrenkarte

Es wird die erste Etappe der Gefahrenkarte erarbeitet. Mit der Gefahrenkarte wird die Grundlage für die raumplanerischen Massnahmen zur Prävention vor Naturgefahren für Infrastrukturanlagen und in Siedlungsgebieten geschaffen.

Finanzielle Auswirkungen
2008: 0.25 Mio. Fr.

Landratsvorlage 2006 / 058 vom 21. Februar 2006 / Verpflichtungskredit LRB 2037 vom 19. Oktober 2006

Total:	Fr.	4 150 000.–	(brutto) (Konto 2225.318.91)
Anteil Kanton:	Fr.	1 118 800.–	(netto)
Per Ende 2006 verbraucht:	Fr.	0.–	
Budget 2007:	Fr.	250 000.–	(netto)
Budget 2008:	Fr.	250 000.–	(netto)

3.01.04 Waldgesundheit

Abschluss der laufenden Untersuchungsperiode im Frühjahr 2008, Berichterstattung zuhanden des Parlamentes und der Öffentlichkeit bis Ende Sommer und Abrechnung des Verpflichtungskredites.

Formulierung eines Fortsetzungsprojektes basierend auf den bisherigen Untersuchungen in reduziertem Umfang, ergänzt durch zusätzliche Untersuchungsparameter zum Klimawandel. Landratsvorlage für einen Verpflichtungskredit 2009 – 2012.

Einsetzen einer Arbeitsgruppe «Neophyten» zur Klärung des Handlungsbedarfs und zur Erarbeitung von Vorgaben und Empfehlungen zum Waldschutz.

Finanzielle Auswirkungen
2008: 0.043 Mio. Fr. aus
dem laufenden Verpflichtungskredit, resp. 0.079
Mio. Fr. aus dem neuen
Verpflichtungskredit

Landratsvorlage 2005 / 152 vom 31. Mai 2005, LRB 1575 vom 12. Januar 2006

Total:	Fr.	529 200.–	(Konto 2225.318.93)
Per Ende 2006 verbraucht:	Fr.	347 452.40	
Budget 2007:	Fr.	122 900.–	
Budget 2008:	Fr.	43 000.–	(Abschluss per Ende März 2008).

Landratsvorlage betreffend Verpflichtungskredit ab 2. Quartal 2008 bis 2012.**3.01.05 Schutzwaldbewirtschaftung**

Vorabklärungen und Vorbereitungsarbeiten zum kantonalen Schutzwaldkonzept. Weiterführung der Arbeiten in den bestehenden Schutzwaldprojekten.

In Zusammenarbeit mit dem Tiefbauamt ist zu prüfen, wie entlang der Kantonsstrassen der Schutz vor umfallenden Bäumen verbessert werden kann.

Finanzielle Auswirkungen
2008: 0.14 Mio. Fr.

Wiederinstandstellungsprojekt «Röschenz-Dittingen»

Landratsvorlage 2005 / 169 vom 14. Juni 2005, LRB 1399 vom 20. Oktober 2005

Total Brutto	Fr.	667 500.–	
Anteil Kanton	Fr.	307 525.–	(Konto 2225.362.72)
Per Ende 2006 verbraucht:	Fr.	75 965.75	
Budget 2007:	Fr.	61 505.–	
Budget 2008:	Fr.	61 000.–	

Wiederinstandstellungsprojekt «Laufen»

Landratsvorlage 2005 / 170 vom 14. Juni 2005, LRB 1399 vom 20. Oktober 2005

Total Brutto	Fr.	1 006 150.–	
Anteil Kanton	Fr.	401 740.–	(Konto 2225.362.72)
Per Ende 2006 verbraucht:	Fr.	44 801.45	
Budget 2007:	Fr.	80 348.–	
Budget 2008:	Fr.	79 000.–	
Total: Anteil Kanton	Fr.	709 000.–	(Konto 2225.372.72)

3.01.07 Waldwissen

Aufbau eines Grundangebotes an Führungen und Vorträgen in Zusammenarbeit mit den regionalen Waldbildungsorganisationen.

3.01.08 Nachhaltige Waldentwicklung: Waldinformationssystem

Abschluss der Migrationsprojekte im GIS- / CAD-Bereich.

3.02 Arbeit / Wirtschaft

Das Jahr 2008 steht aus arbeitsmarktlicher Sicht zum einen im Zeichen der Weiterentwicklung von Gesetzgebung und Vollzug im Bereich der Arbeitsbedingungen (Flankierende Massnahmen zum Freien Personenverkehr, Schwarzarbeitsbekämpfung, Familienzulagengesetz, etc.). Andererseits gilt es, im Bereich des Vollzugs der Arbeitslosenversicherung die Kapazitäten an die weitere Entwicklung der Arbeitsmarktlage anzupassen.

3.02.01 **Leistungsvereinbarung für den Vollzug der Flankierenden Massnahmen im Bereich der tripartiten Kommissionen (TPK)**

Die erste Leistungsvereinbarung des EVD mit den Kantonen gilt bis zum 31. Dezember 2007 und hat Pilotcharakter. Die aus der geplanten Auswertung gewonnenen Erkenntnisse werden zur Ausarbeitung einer neuen Leistungsvereinbarung 2008 führen, die es sodann umzusetzen gilt. Es kann zum aktuellen Zeitpunkt jedoch noch keine Aussage darüber gemacht werden, was sich konkret ändern könnte und was dies für Folgen haben wird.

Finanzielle Auswirkungen
2008: die notwendigen
Ressourcen sind grundsätz-
lich geschaffen

3.02.02 **Schwarzarbeit**

Entgegen der ersten Erwartungen tritt das neue Bundesgesetz über Massnahmen zur Bekämpfung der Schwarzarbeit (BGSA) erst per 1. Januar 2008 in Kraft. Gleichzeitig sollte auch das kantonale Einführungsgesetz (GSA) dazu in Kraft treten können. Obwohl der Kanton Basel-Landschaft seit 2002 eine erfolgreich tätige Koordinationsstelle zur Schwarzarbeitsbekämpfung eingerichtet hat, wird die neue Gesetzgebung zu Anpassungen im Vollzug dieser Aufgabe führen. Insbesondere wird aller Voraussicht nach im Ausbaugewerbe die Delegation dieser Aufgabe an eine von den Sozialpartnern getragene Organisation gefordert werden, was die genannte Gesetzgebung ermöglicht. Für diesen Fall gilt es, die Konditionen auszuhandeln und in einer Leistungsvereinbarung festzuhalten.

Finanzielle Auswirkungen
2008: Grundsätzlich offen,
da aufwandabhängig.
Geschätzt zwischen
0.1 und 0.2 Mio. Fr.;
50% werden vom Bund
refinanziert

3.02.03 **Arbeitslosenversicherung**

Die erfreuliche konjunkturelle Entwicklung schlägt seit einiger Zeit auch auf den Arbeitsmarkt durch, allerdings nicht so kräftig wie in der letzten Erholung 1999 / 2000. Aufgrund der Expertenprognosen kann davon ausgegangen werden, dass dies auch für 2008 so bleibt. Entsprechend sind die Vollzugskapazitäten der RAV, der Öffentlichen Arbeitslosenkasse und des Angebots an arbeitsmarktlichen Massnahmen im Auge zu behalten und gegebenenfalls anzupassen. Im Bereich der RAV wird die lancierte Intensivierung der Arbeitgeberkontakte (Projekt «RAVplus») intensiv fortzuführen sein.

Ausserdem steht der ganze Vollzugsbereich vor einem zentralen Umbruch in arbeitstechnischer Hinsicht, der Erneuerung der Bundessysteme AVAM (Arbeitsvermittlung) und ASAL (Arbeitslosenkasse), verbunden mit dem Übergang zu elektronischer Datenverwaltung. Wichtige Umsetzungsschritte erfolgen im Jahr 2008 und werden einige Herausforderungen stellen.

Finanzielle Auswirkungen
2008: keine, Aufwand wird
vom Bund voll refinanziert

3.02.04 **Familienzulagen**

Die Annahme des eidgenössischen Familienzulagengesetzes in der Volksabstimmung vom 26. November 2006 hat dazu geführt, dass das neue kantonale Familienzulagengesetz vom 9. Juni 2005 und die entsprechende Verordnung angepasst und damit einer kleinen Revision unterzogen werden müssen. Diese gibt auch Gelegenheit, ersten Erfahrungen mit dem neuen Gesetz Rechnung zu tragen. Das revidierte Gesetz soll am 1. Januar 2009 in Kraft treten können.

Landratsvorlage 2008: Revision des kantonalen Familienzulagengesetzes.

3.02.05 **KMU-Entlastungsgesetz**

Die Durchführung der Regulierungsfolgenabschätzung bei bestehenden Erlassen anhand einer Prioritätenliste soll bis Ende 2008 abgeschlossen werden.

3.02.07 **Tourismusförderung**

Das Tourismusgesetz des Kantons ist noch jung. Es trat am 1. Dezember 2003 in Kraft. Eine erste Wirkungsprüfung (Wertschöpfungsstudie) nach zwei Jahren zeigte eine positive Entwicklung des Tourismus im Kanton. Zwischen 2003 und 2005 nahmen die Logiernächte um

Finanzielle Auswirkungen
2008: 0.6 Mio. Fr.

7.3 % zu, und auch der Tagestourismus konnte zulegen. Der Verpflichtungskredit für Beiträge an den Verein «Baselland Tourismus» läuft Ende 2008 aus. Entsprechend wird im Laufe des Jahres 2008 eine Vorlage an den Landrat zu erarbeiten sein.

Landratsvorlage 2006 / 061 vom 21. Februar 2006, LRB 1807 vom 11. Mai 2006		
Total Brutto:	Fr. 1 800 000.–	(Konto 2200.365.00)
Per Ende 2006 verbraucht:	Fr. 600 000.–	
Budget 2007:	Fr. 600 000.–	
Budget 2008:	Fr. 600 000.–	

3.02.10 Fussball-Europameisterschaft Euro 2008

Es ist davon auszugehen, dass die Durchführung der Fussball-Europameisterschaft Euro 2008 zu einem Zusatzaufwand in diversen Bereichen führen wird, so unter anderem beim Entsendegesetz, bei Arbeitsbewilligungen für ausländische Arbeitskräfte, bei Bewilligungen nach Arbeitsgesetz, etc.

3.03 Landwirtschaft

Die Anpassung der landwirtschaftlichen Ausbildung an das Bundesgesetz über die Berufsbildung beginnt. Die Haushaltungsschule wird neu als Fachbereich Hauswirtschaft definiert. Die neuen Anforderungen des Bundes betreffend die Unterstützung der Landwirtschaft sollen erfüllt werden.

3.03.01 Anpassung der landwirtschaftlichen Ausbildung

Die berufliche Grundausbildung für die Landwirtinnen und Landwirte wird dem neuen Berufsbildungsgesetz angepasst. 2008 ist das erste Jahr einer dreijährigen Umsetzungsphase. Die Zuständigkeit geht an die BKSD über, Ausbildungsort bleibt das Landwirtschaftliche Zentrum Ebenrain.

3.03.05 Fachbereich Hauswirtschaft

Die klassische Bäuerinnenausbildung mit einem Lehrjahr und viermonatiger Bäuerinnenschule gibt es nicht mehr. Es haben sich neue Aufgabenbereiche aufgedrängt: Die Aufgaben der Haushaltungsschule werden neu definiert.

3.03.06 Optimierung der Nutzung des Ebenrains

Die Nutzung der Räume des Landwirtschaftlichen Zentrums Ebenrain wird optimiert. Einerseits werden vermehrt Kurse des Personalamtes dort durchgeführt; andererseits ist geplant, die Abteilung Veterinär-, Jagd- und Fischereiwesen in den Ebenrain zu verlegen. Die Regierung wird dem Landrat eine Kreditvorlage unterbreiten.

Finanzielle Auswirkungen
2008: die finanziellen
Aufwendungen werden
von der BUD eingestellt

3.03.07 Förderung der regionalen Entwicklung und von regionalen Produkten

Das Bundesgesetz über die Landwirtschaft sieht in Art. 93 Abs. 1 lit. c neu vor, die regionale Entwicklung und den Absatz von einheimischen und regionalen Produkten zu fördern. Es setzt «eine angemessene Leistung eines Beitrages des Kantons ... voraus». 2008 soll der mögliche Umfang einer kantonalen Unterstützung ausgelotet werden.

Finanzielle Auswirkungen
2008: 2008 sind noch
keine finanziellen Auswir-
kungen zu erwarten

3.05 Vermessung: Geographisches Informationssystem (GIS) / Amtliche Vermessung (AV 93)

Grössere Wertschöpfung durch einen verbesserten Zugang auf Geoinformationen sowie Automatisierung der Geschäftsprozesse. Der Betrieb und die Weiterentwicklung des Geographischen Informationssystems (GIS) in der kantonalen Verwaltung und in den Gemeinden hat die Zielsetzung, den Zugang zu Geoinformationen zu verbessern und die Verfahrensabläufe in den behördlichen Stellen zu beschleunigen und zu vereinfachen. Im Weiteren sollen verbesserte Grundlagen für politische Entscheide geschaffen werden. Ziel ist eine optimale Wertschöpfung aus den vorhandenen Geoinformationen durch Kanton, Gemeinden und Private.

Umsetzung neue Amtliche Vermessung 93 (AV93) im Zeitraum von 1995 bis 2015 und in drei zeitlich sich folgenden Etappen. Aktuell ist die vom Landrat 2001 beschlossene 2. Etappe AV93 2002 – 2008 (LRB 2001 / 022) am Laufen. Aufgrund einer beschlossenen GAP-Massnahme mit reduziertem jährlichen Kredit wird sich die Frist für die 2. Etappe auf ca. 2010 verlängern. Die 3. Etappe soll anschliessend das Projekt bis 2017 abschliessen.

3.05.01 Geographisches Informationssystem (GIS)

Betrieb und Weiterentwicklung der kantonalen Geodatenbank, des kantonalen Geoportals, der Geodienste und Geoapplikationen; Zentrale Verwaltung und Bereitstellung der Geodaten des Kantons sowie der Georeferenzdaten des Bundes und der Nachbarkantone; Aktualisierung der bestehenden Geodaten und Integration neuer Geodatenebenen in die kantonale Geodatenbank; Bereitstellung eines digitalen Geländemodells und Oberflächenmodells; Laufende Datenabgaben über Internet; Ausbau der Funktionalität der Gebäudedatenbank zwecks Optimierung der Geschäftsprozesse zwischen Bund, Kanton, Gemeinden und Basellandschaftlicher Gebäudeversicherung; Realisierung von GIS-Projekten in den Dienststellen zur Beschleunigung und Vereinfachung von Verfahrensabläufen und zur Schaffung von verbesserten Grundlagen für politische Entscheide im Sektor «Grund und Boden».

Finanzielle Auswirkungen
2008: 0.54 Mio. Fr.

3.05.02 Neue Amtliche Vermessung 93 (AV 93)

Das vorgesehene Jahresprogramm 2008 verläuft nach dem Moratoriumsjahr 2007 (Stufe Bund) wieder normal. Das Programm entspricht dem neuen Leistungsauftrag 2008 – 2011 und der Leistungsvereinbarung 2008 mit dem Bund, die im Herbst 2007 abgeschlossen werden.

Finanzielle Auswirkungen
2008: 1.59 Mio. Fr. (brutto)
1.04 Mio. Fr. (netto)

Landratsvorlage 2001 / 022, Verpflichtungskredit 2001 – 2008 LRB 2001 / 1281			
Total	Fr. 13 100 000.–	(brutto)	Konto 2230.319.90-3
Per Ende 2006 verbraucht:	Fr. 6 239 831.–	(brutto)	
	Fr. 2 725 013.–	(netto)	
Budget 2007:	Fr. 527 000.–	(brutto)	
Budget 2008:	Fr. 1 530 000.–	(brutto)	
Zugehörige Ertragskonti			
Konto 2230.460.00-3, Budget 2007:	Fr. 105 000.–		
Konto 2230.462.10-2, Budget 2007:	Fr. 253 000.–		
Konto 2230.460.00-3, Budget 2008:	Fr. 190 000.–		
Konto 2230.462.10-2, Budget 2008:	Fr. 360 000.–		

3.06 Melioration (Bodenverbesserung)

- Verbesserung der Produktionsgrundlagen in der Landwirtschaft
- Senkung der Produktionskosten, insbesondere fixe Kosten der Landwirtschaftsbetriebe
- Förderung von Gesamtmeliorationen im Bezirk Laufen

Bei den angegebenen Massnahmen handelt es sich schwergewichtig um die Weiterführung der Arbeiten in der Felderregulierung Roggenburg (Gesamtmelioration) sowie um die Fertigstellung und Abrechnung begonnener Werke, die vom Regierungsrat beschlossen wurden (Verpflichtungen).

3.06.01 Fertigstellung der bewilligten Meliorationsprojekte

Konto 2230.364.00-1			Finanzielle Auswirkungen 2008: 0.48 Mio. Fr.
Verpflichtungskredite gemäss Beschlüssen Regierungsrat:			
Budget 2004:	Fr.	350 000.–	
Rechnung	Fr.	470 156.–	
Budget 2005:	Fr.	350 000.–	
Rechnung	Fr.	356 346.–	
Budget 2006:	Fr.	481 000.–	
Rechnung	Fr.	451 186.–	
Budget 2007:	Fr.	480 000.–	
Rechnung	Fr. ca.	480 000.–	
Budget 2008:	Fr.	480 000.–	
Zur Information: zugehörige Konti Bundesbeitrag (durchlaufender Bundesbeitrag)			
Konto 2230.374.00-1, Budget 2008:	Fr.	360 000.–	
Konto 2230.470.00-1, Budget 2008:	Fr.	360 000.–	

Bei der Gesamtmelioration Brislach steht die öffentliche Auflage des Perimeters bevor.

Finanzielle Auswirkungen
2008: 0.046 Mio. Fr. (netto)

Landratsvorlage 2005 / 294 vom 8. November 2005, LRB 1716 vom 23. März 2006, Gesamtmelioration Brislach		
Beitrag Kanton in Form eines Verpflichtungskredites 2008 – 2017		
Total	Fr.	1 556 000.– (netto)
Budget 2008:	Fr.	46 000.–

3.07 Gesundheitsförderung

Der Regierungsrat hat im Jahr 2006 das Rahmenkonzept Gesundheitsförderung 2006 – 2010 beschlossen. Die entsprechende Vorlage (2006 / 092) wurde vom Landrat am 19. Oktober 2006 zur Kenntnis genommen. Im Jahr 2008 sollen nun die im Rahmenkonzept vorgesehenen Schwerpunktprogramme weiterentwickelt und konkretisiert werden. Es handelt sich um Programme in den fünf Gesundheits-Kernthemen: «ein gesunder Lebensanfang», «Altern in Gesundheit», «Gesundheit junger Menschen», «Suchtprävention» und «gesünder Leben». Insbesondere die Kernthemen «Altern in Gesundheit», «Gesundheit junger Menschen» und «gesünder Leben» sind für die Volkswirtschafts- und Sanitätsdirektion von besonderer politischer und finanzieller Bedeutung.

3.07.01 Gesundheitsförderung und Suchtprävention

Fortführung der Leistungsaufträge an die Aids-Hilfe beider Basel (AHbB) und an den Verein Frau Sucht Gesundheit (FSG).

Finanzielle Auswirkungen
2008: 0.227 Mio. Fr.

Landratsvorlage 2006 / 023 vom 24. Januar 2006, LRB 1717 vom 23. März 2006, Verpflichtungskredit 2006 – 2009

Total	Fr.	988 000.–	Konto 2207.365.50.100
Per Ende 2006 verbraucht:	Fr.	224 500.–	
Budget 2007:	Fr.	157 000.–	für AhbB, max. Fr. 90 000.– für FSG
Budget 2008:	Fr.	157 000.–	für AhbB, max. Fr. 70 000.– für FSG

3.07.02 Schwangerschaftsberatung

Fortführung der Leistungsvereinbarung in Erfüllung der gesetzlich vorgeschriebenen Beratung.

Finanzielle Auswirkungen
2008: 0.2 Mio. Fr.

Landratsvorlage 2005 / 247 vom 20. September 2005, LRB 1533 vom 14. Dezember 2005, Verpflichtungskredit 2005 – 2008

Total	Fr.	800 000.–
Rechnung 2005		
Konto 2202.365.40.200	Fr.	200 000.–
Rechnung 2006		
Konto 2207.365.50.000	Fr.	200 000.–
Per Ende 2006 total verbraucht:	Fr.	400 000.–
Budget 2007		
Konto 2207.365.50.000	Fr.	200 000.–
Budget 2008		
Konto 2207.365.50.000	Fr.	200 000.–

3.07.03 Gesund altern

Im Rahmen dieses auf die Jahre 2008 – 2011 angelegten Programms soll im Kanton ein neues Verfahren für die Gesundheitsförderung der älteren Bevölkerung eingeführt werden. Das Alter dehnt sich bei uns mittlerweile auf eine Zeitspanne von 30 bis 40 Jahren aus. Damit kommt der Gesundheitsförderung im Alter eine immer grössere Bedeutung zu. Untersuchungen haben gezeigt, dass ein Grossteil der zu Hause lebenden Bevölkerung über 65 Jahre in der Schweiz Defizite im Vorsorge- und Gesundheitsverhalten aufweist. Eine gezielte Strategie der Gesundheitsförderung im höheren Lebensalter könnte das Problem steigender Pflegebedürftigkeit deutlich entschärfen. Eine solche Strategie ist das in anderen Kantonen

Finanzielle Auswirkungen
2008: 0.1 Mio. Fr.

und in Gemeinden des Kantons bereits vielfach erprobte Angebot des Gesundheitsprofilverfahrens (auch «präventive Hausbesuche» oder «sanaprofil» genannt). Kernelement dieses Angebots ist ein Fragebogen, mit dem das individuelle Gesundheitsverhalten und der Gesundheitszustand der älteren Person ermittelt, ausgewertet und mit einer Fachperson (meist Hausärztin, Hausarzt) besprochen wird. Ferner werden ergänzende Angebote wie Gruppengespräche oder Hausbesuche angeboten. Wirksamkeit und Wirtschaftlichkeit des Verfahrens wurden mit Erfolg getestet.

Ziel des für den Kanton Basel-Landschaft zu entwickelnden Programms ist es, die für den Kanton beste Umsetzung des Verfahrens zu finden. Vor der Ausbreitung auf das ganze Kantonsgebiet wird die Umsetzung mit einer Pilotphase in zwei bis drei Gemeinden erprobt und gegebenenfalls angepasst. Insgesamt ist für dieses Programm mit einem Finanzbedarf von 0.85 Mio. Franken zu rechnen. Ziel für das Jahr 2008 ist es, die Pilotphase in zwei bis drei Gemeinden erfolgreich abzuschliessen.

3.07.04 Gesundheit junger Menschen – Überprüfung des kantonalen Angebots und der Koordinationsstrukturen im Jugendbereich

Vor acht Jahren hat der Regierungsrat die «Steuerungsgruppe für Präventionsprojekte im Jugendbereich» eingesetzt mit dem Ziel, eine Koordinations- und Kontrollfunktion bei den Projekten im Jugendbereich wahrzunehmen (RRB 1118, 30. Mai 2000). In diesen Jahren sind vielseitige Projekte und Angebote für Jugendliche entwickelt und beurteilt worden. Der inhaltliche Schwerpunkt lag bei der Sucht- und Gewaltprävention.

In den letzten Jahren sind die Herausforderungen, vor die Jugendliche heute gestellt sind, vielfältiger und grösser geworden. Dazu gehören die wachsenden beruflichen Anforderungen, eine zunehmende Individualisierung der Gesellschaft, die Zunahme allein erziehender Eltern und die Zunahme der in der Erziehung ihrer Kinder überforderten Eltern, sowie die sich schnell wandelnden Kommunikationstechniken wie Handys, Computer, Chatrooms, etc. Hinzu kommen das Verharren des Suchtmittelkonsums auf hohem Niveau und Gewalterfahrungen. Neuere Ergebnisse der Hirnforschung belegen zudem, dass das Gehirn jugendlicher während der Adoleszenz einen grossen Umbau durchläuft. Die für die Urteilsfähigkeit in Lebensfragen und Gesundheitsfragen wichtigen höheren geistigen Operationen wie gedankliche Kontrolle, Unterdrückung von Impulsen, Abwägen von Konsequenzen sind erst mit etwa 25 Jahren ausgereift. Demzufolge werden viele Jugendliche mit den heutigen Programmen, die oft auf Einsicht und Selbstverantwortung beruhen, überfordert.

Diese Ausgangslage erfordert eine Überprüfung und Neuorientierung des kantonalen Angebots im Präventionsbereich für Jugendliche, sowohl inhaltlich wie auch strukturell. Ziel für das Jahr 2008 ist es, in einem ersten Schritt eine Bestandsaufnahme der Angebote und eine Bedarfsanalyse ausgehend von den heutigen Herausforderungen und den neuen wissenschaftlichen Erkenntnissen zu erstellen und die weiteren Schritte zu entwerfen.

3.07.05 Umsetzung Aktionsprogramm «Gesundes Körpergewicht» (Kernthema «Gesünder Leben»)

In Zusammenarbeit mit der Stiftung Gesundheitsförderung Schweiz wird ein über drei Jahre angelegtes Programm zur Förderung des gesunden Körpergewichts der Bevölkerung des Kantons Basel-Landschaft entwickelt. Der Fokus des Programms soll auf der Zielgruppe der Kinder und der Jugendlichen liegen. Der Grund für diesen Fokus liegt in der massiven Zunahme des kindlichen Übergewichts in den letzten dreissig Jahren und in der enormen gesundheitlichen Beeinträchtigung des bereits im Kindesalter erworbenen Übergewichts.

Ferner soll im Rahmen dieses Programms geprüft werden, wie bisher schwer zu erreichende Bevölkerungsgruppen mit gesundheitsförderlichen Angeboten angesprochen werden können und welche Möglichkeiten der Verhältnisprävention auf kantonaler Ebene bestehen. In den Jahren 2008 – 2010 werden die im Jahr 2007 entwickelten Programme umgesetzt. Es sind folgende Programmelemente vorgesehen:

Finanzielle Auswirkungen
2008: 0.2 Mio. Fr.

1. Gesunde Mittagsverpflegung für Kinder in Institutionen (Mittagstische, Kinderkrippen, Schulkantinen, etc.), in Zusammenarbeit mit der BKSD;
2. Früherfassung von Risikokindern im Alter von ca. drei Jahren und Beratung / Begleitung der Familien mit Risikokindern, in Zusammenarbeit mit den Gemeinden;
3. Aufwertung des Wohnumfeldes zur Bewegungsförderung der Kinder im Freien, in Zusammenarbeit mit der BUD.

Die bereits bestehenden Angebote zur Förderung des gesunden Körpergewichts (zum Beispiel «Tacco & Flip») werden in das Programm integriert.

Für die Finanzierung dieses Programms wird eine hälftige Beteiligung durch die Stiftung Gesundheitsförderung Schweiz angestrebt. Im Jahr 2008 werden die Programmelemente mit bereits erprobten Angeboten (Element Nr. 1) bzw. in Pilotprojekten (Elemente Nr. 2 und 3) umgesetzt und eine Zwischenevaluation erstellt.

Landratsvorlage / Verpflichtungskredit

3.07.06 Erarbeitung einer Verordnung für die Mütter-Väter-Beratung in den Gemeinden

Im Rahmen des Projektes Gesundheitsförderung im Frühbereich (1999 – 2004) wurde das Angebot der Mütter-Väter-Beratung im Kanton Basel-Landschaft analysiert. Wie die Gemeinden den gesetzlichen Auftrag umsetzen wollen, ist ihnen überlassen. Dies hat zur Folge, dass zwar jede Gemeinde über das Angebot der Mütter-Väter-Beratung verfügt, das Angebot jedoch von Gemeinde zu Gemeinde sehr unterschiedlich ausgestaltet ist. Heute sind 19 Mütter-Väter-Beratungen unter insgesamt 35 Trägerschaften im Kanton Basel-Landschaft für die rund 2400 Neugeborenen pro Jahr zuständig. Die momentan sehr heterogene Situation im Kanton Basel-Landschaft erfordert die Erarbeitung von allgemein gültigen Grundlagen. In einem gemeinsamen Prozess mit den Gemeinden, den Arbeitgeberorganisationen und Fachpersonen der Mütter-Väter-Beratung soll ein koordiniertes und qualitativ gutes Angebot entwickelt werden.

3.08 Gesundheitswesen

Mit dem Projekt «Global» wird primär die Leistungsfinanzierung der Baselbieter Spitäler ab 2008 verfolgt. Die aktuell gültige Defizitdeckung ist nicht mehr zeitgemäss und mit der späteren Einführung des nationalen Vergütungssystems Swiss-DRG nicht vereinbar. Das Projekt «Global» bildet die Basis für die zukünftigen Vergütungssysteme. Mit der KVG-Revision werden die Kantone zur Mitfinanzierung aller Patienten in allen Spitälern verpflichtet. Die mögliche Freizügigkeit der Spitalwahl auch für grundversicherte Patienten wird die Gesundheitsfinanzierung und die Planung stark beeinflussen und verändern. Aufgrund dessen sind bereits im Vorfeld die möglichen Kooperationen mit anderen Kantonen, aber auch privaten Gesundheitsversorgern zu eruieren. Dazu zählt auch die Realisierung des Projektes «Geriatricspital Bethesda».

3.08.02 Neubau des Universitäts-Kinderspitals beider Basel (UKBB)

Die Realisierung des Neubaus läuft. Die Fertigstellung ist auf das 3. Quartal 2010 vorgesehen.

Finanzielle Auswirkungen
2008: siehe BUD

3.08.07 Einführung von Globalbudgets in den Baselbieter Spitälern (Projekt «Global»)

Die Baselbieter Spitäler werden ab 2008 mit einem Globalbudget finanziert. Der Leistungsausweis wird in einem weiterführenden Projekt bis zur Einführung von Swiss-DRG kontinuierlich verbessert.

Beratungsaufwand für das weiterführende Projekt Leistungsausweis 2008: 0.07 Mio. Franken.

Finanzielle Auswirkungen
2008: 0.07 Mio. Fr.

3.08.09 KVG-Revision

Die KVG-Revision beeinflusst Finanzierung und Planung ab 2009 erheblich. Während im Vorfeld noch in der Gesundheitskommission des Ständerates beraten wird, müssen die Kantone sich auf die möglichen Veränderungen einstellen und ab 2008 die notwendigen Projekte aufgleisen. Die Mitfinanzierung aller Baselbieter HP- und P-Patienten in ausserkantonalen und Privat-Spitälern hat massive Konsequenzen (20 Mio. Franken jährlich). Dieser Effekt wirkt auf das Budget, sobald die neue KVG-Gesetzgebung in Kraft tritt (voraussichtlich ab 2009). Die Wirkung der vollen Freizügigkeit kann noch nicht vollständig abgeschätzt werden.

2008: 0.05 Mio. Franken für Konzepte / Beratung.

Finanzielle Auswirkungen
2008: 0.05 Mio. Fr.

3.08.10 Geriatriespital Bethesda

An der gemeinsamen Sitzung der Regierungen Basel-Stadt und Basel-Landschaft vom 13. Februar 2007 wurde ein Grundsatzentscheid für ein gemeinsames geriatrisches Kompetenzzentrum getroffen. Aktuell wird der Projektfahrplan ausgearbeitet, um Infrastruktur und Organisation des Kompetenzzentrums festzulegen. Neben diesen fundamentalen Teilprojekten wird die Ausgestaltung von Leistungsaufträgen und Leistungsvereinbarungen von enormer Bedeutung sein, da das Leistungsangebot kostenneutral gegenüber den Leistungskosten im Kantonsspital Bruderholz sein soll. Im weiteren müssen das geriatrische Leistungsangebot für die Bevölkerung im unteren Kantonsteil gesichert und die Überführung der Geriatrie ins Bethesdaspital und der Rheumatologie ins Bruderholzspital geplant werden.

2008: 0.015 Mio. Franken für Konzepte / Beratung.

Finanzielle Auswirkungen
2008: 0.015 Mio. Fr.

3.08.11 Grenzüberschreitende Zusammenarbeit BL, BS und Lörrach

Im Dezember 2006 haben die Vertreter der Kantone Basel-Landschaft und Basel-Stadt jeweils einen Vertrag mit den Versicherern und dem Landkreis Lörrach für den grenzüberschreitenden Leistungsbezug abgeschlossen. Aufgrund der in der KVG-Revision vorgesehenen Zielrichtungen (kantonale Mitfinanzierung aller stationären Behandlungen und Freizügigkeit bei der Spitalwahl) sollen die Möglichkeiten einer intensiveren grenzüberschreitenden Zusammenarbeit geprüft werden. In einigen Bereichen der medizinischen Versorgung dürften sich durchaus qualitativ hoch stehende und günstige Versorgungskonzepte ergeben.

Finanzielle Auswirkungen
2008: keine Angaben
möglich

3.09 Kantonsspital Bruderholz (KSB)

Erhaltung der betrieblichen Funktionstüchtigkeit des KSB bis zum Abschluss des Erneuerungsprojektes KSB.

3.09.01 Gebäudesanierung / Sicherheit / Teilsanierung der technischen Basisinfrastruktur

Umsetzung der Teilprojekte aus dem Paket «Sicherheitsrelevante Massnahmen 2» (SM 2) Evaluation, Definition und Formulierung von noch notwendigen, neuen Sicherheitsmassnahmen (SM 3) im Hinblick auf die Erhaltung der Betriebssicherheit und Funktionstüchtigkeit des Spitals.

Budget 2008: Fr. 50 000.– zulasten Betriebsrechnung.

Finanzielle Auswirkungen
2008: siehe BUD

Landratsvorlage 2006 / 325 vom 19. Dezember 2006 betreffend Sicherheitsrelevante Massnahmen 2 (SM 2) / LRB vom 14. Juni 2007

Verpflichtungskredit von	Fr. 24 500 000.–	Siehe BUD, Punkt Nr. 4.04.02.
--------------------------	------------------	-------------------------------

3.09.03 Informatik / Schrittweiser Ausbau der elektronischen Patientenakte

Ausbau einer umfassenden elektronischen Patientenakte (EPA) bei gleichzeitiger Integration aller davon betroffenen Informatikapplikationen; Gesamtkosten total Fr. 3 200 000.–

Budget 2008: Fr. 900 000.– zulasten Betriebsrechnung.

Finanzielle Auswirkungen
2008: 0.9 Mio. Fr.

3.09.09 Verfeinerung von (Patienten-)Management-Systemen

Ausbau und Verfeinerung der Kostenträgerrechnung (Fallkostenrechnung); Vorbereitung automatisierter Fallpauschalen-Berechnungen (DRG-Pauschalen). Erweiterung des Controllings um weitere Aspekte von Medizin-Controlling. Im Rahmen der laufenden Diskussionen zur Revision des KVG bildet die Spitalfinanzierung einen zentralen Bestandteil. Fast unbestritten ist in dieser Vorlage die Umstellung von einem kostenbasierten auf ein vermehrt leistungsorientiertes, schweizweit einheitliches Entschädigungssystem (kurz Swiss-DRG). In den Jahren 2008 und 2009 laufen in allen Spitälern die entsprechenden Umsetzungsarbeiten.

Finanzielle Auswirkungen
2008: 0.25 Mio. Fr.

3.09.10 Unterhalt und Erhaltung der Gebäudeinfrastruktur

Umsetzung von Projekten zum Unterhalt und zur Erhaltung der baulichen Substanz. Transfer ex Investitionsbudget BUD, Konto 2280.503.30-990 Sammelkonto Spitäler, total 6.5 Mio. Franken, Anteil KSB 2.395 Mio. Franken.

Finanzielle Auswirkungen
2008: 2.395 Mio. Fr.

3.09.11 Gesamterneuerung Kantonsspital Bruderholz (KSB)

Mitwirkung bei den Vorbereitungsarbeiten im Zusammenhang mit der Gesamterneuerung des KSB bzw. dem Bau eines neuen Bettenhauses mit dem Ziel, dem Landrat im Jahr 2010 eine Baukreditvorlage unterbreiten zu können. Transfer ex Investitionsbudget BUD.

Finanzielle Auswirkungen
2008: siehe BUD

Landratsvorlage 2007 / 125 vom 29. Mai 2007 / LRB noch offen

Kantonsspital Bruderholz; Sanierung und Erweiterung; Projektierungskredit Total	Fr. 27 000 000.–	Siehe BUD, Punkt Nr. 4.04.02.
--	------------------	-------------------------------

3.10 Kantonsspital Liestal (KSLi)

- Sanierung von haustechnischen Anlagen im Behandlungstrakt in Verbindung mit der Behebung der betrieblichen Engpässe im Bereich der Notfallstation KSL;
- Erweiterung der kardiologischen Versorgung im KSL;
- Prüfung eines Kooperationsvorhabens im Bereich der Radioonkologie;
- Erarbeitung eines Parkplatzkonzeptes und dringliche Lösung des Parkproblems beim KSL;
- Einführung des leistungsbezogeneren Abgeltungssystems im stationären Bereich (Swiss-DRG) im Rahmen der bevorstehenden Umsetzungsmassnahmen zur KVG-Revision (Teil Spitalfinanzierung).

3.10.06 Sanierung von haustechnischen Anlagen im Behandlungstrakt; Erweiterung der interdisziplinären Notfallstation im KSL als Bestandteil einer Gesamtplanung (KSLi 10)

Mit der dringend notwendigen Verbesserung der Situation im Notfallbereich (Notfallstation) in Verbindung mit der Sanierung der haustechnischen Anlagen im Behandlungstrakt, die im Projekt KSL 95 nicht berücksichtigt waren, werden die bestehenden betrieblichen Engpässe in einem zentralen Behandlungssegment behoben. Die haustechnischen Anlagen (Erstellungsjahr 1981) bedürfen alleine vom Alter her dringend einer Sanierung bzw. eines Ersatzes.

Finanzielle Auswirkungen
2008: 0.3 Mio. Fr.

Abschluss der Machbarkeitsstudie und anschliessend Landratsvorlage (Projektierungskredit) im 2008

Total im Investitionsprogramm eingestellt:	Fr. 60 400 000.–	(Konto 2270.503.30-275)
Budget 2007:	Fr. 300 000.–	(Machbarkeitsstudie)
Budget 2008:	Fr. 300 000.–	

3.10.07 Optimierung der Betriebsabläufe in der Medizinischen Diagnostik in Verbindung mit einer Erweiterung der kardiologischen Versorgung

Im Zuge des medizinischen Fortschritts ist die Weiterentwicklung der Kardiologie im KSL bei gleichzeitigem Ausbau der Infrastruktur unabdingbar, um für das Einzugsgebiet (oberes und mittleres Baselbiet) die erweiterte Grundversorgung weiterhin anbieten zu können. Geplant sind diese Ausbauschritte im Netzwerk des Universitätsspitals Basel. Gleichzeitig sollen die Betriebsabläufe in der Medizinischen Diagnostik verbessert und die bestehenden räumlichen Engpässe behoben werden.

Finanzielle Auswirkungen
2008: 2 Mio. Fr.

3.10.08 Prüfung eines Kooperationsvorhabens im Bereich Radioonkologie

Im Zuge der Weiterentwicklung des medizinischen Angebots für das Einzugsgebiet des KSL wird für den Bereich der Radioonkologie ein Kooperationsvorhaben mit einem privaten Anbieter geprüft.

Finanzielle Auswirkungen
2008: noch nicht bestimmbar

3.10.09 Erarbeitung eines Parkplatzkonzeptes und dringliche Lösung des Parkproblems rund um das KSL in Zusammenarbeit mit der BUD

Es ist dringend erforderlich, das Parkproblem rund um das KSL nachhaltig einer Lösung zuzuführen. Das KSL verfügt gegenwärtig vor dem Haupteingang über 8 und vor der Notfallstation über 32 öffentliche Parkplätze (die Einstellhalle ist mehrheitlich besetzt). Bei einem 400-Betten-Spital und jährlich über 60 000 ambulanten Behandlungen ist diese Anzahl völlig

Finanzielle Auswirkungen
2008: noch nicht bestimmbar

unzureichend. Durch den Bau der H2 und dem daraus folgenden Wegfall der vor kurzem erstellten ca. 100 öffentlichen Parkfelder auf dem Brodbeck-Areal wird es ohne Ersatzangebot zu unhaltbaren Zuständen kommen.

Einleiten der entsprechenden Planungsarbeiten und sukzessive Umsetzung daraus resultierender einzelner Massnahmen.

3.10.10 Einführung Swiss-DRG im Rahmen der Umsetzungsarbeiten zur KVG-Revision (Teil Spitalfinanzierung)

Im Rahmen der laufenden Diskussionen zur Revision des KVG bildet die Spitalfinanzierung einen zentralen Bestandteil. Fast unbestritten ist in dieser Vorlage die Umstellung von einem kostenbasierten auf ein vermehrt leistungsorientiertes, schweizweit einheitliches Entschädigungssystem (kurz Swiss-DRG). In den Jahren 2008 und 2009 laufen in allen Spitälern die entsprechenden Umsetzungsarbeiten.

Finanzielle Auswirkungen
2008: Projektkosten:
0.25 Mio. Fr.

3.10.11 Unterhalt und Erhaltung Gebäudeinfrastruktur

Umsetzung von Projekten zum Unterhalt und zur Erhaltung der baulichen Substanz. Transfer ex Investitionsbudget BUD, Konto 2270.503.30-990 Sammelkonto Spitäler, total 6.5 Mio. Franken, Anteil KSL 2.1 Mio. Franken.

Finanzielle Auswirkungen
2008: 2.1 Mio. Fr.

3.12 Zentralwäscherei Liestal (ZWL)

- Optimierte Wäscheversorgung für die Baselbieter Spitäler;
- Realisierung einer haustechnischen Sanierung in Verbindung mit energiesparenden Verbesserungen.

3.12.01 Optimierte Wäscheversorgung für die Baselbieter Spitäler

Auf der Basis der Vorarbeiten 2005 – 2007 sollen mit einem einheitlichen Wäscheversorgungskonzept, einem koordinierten Einkauf und einer optimierten Bewirtschaftung und Verteilung durch die ZWL weitere schrittweise Kosteneinsparungen für die einzelnen Betriebe realisiert werden, zusätzlich zu den bereits im Rahmen der GAP-Massnahmen in den Jahren 2005 – 2007 realisierten Einsparungen.

Finanzielle Auswirkungen
2008: weitere Einsparungen erst ab 2009

3.12.02 Haustechnische Sanierung in Verbindung mit energiesparenden Verbesserungen

Die bestehenden technischen Anlagen und Einrichtungen weisen einen technischen Stand der 1960er Jahre auf. Bei der Sanierungsplanung unter der Federführung des Hochbauamtes geht es darum, Ideen zu entwickeln, die einwandfreie betriebliche Verhältnisse bei geringen Investitionskosten garantieren sowie einen minimalen Energieeinsatz notwendig machen. Aufgrund erster Vorabklärungen ist energetisch ein grosses Sparpotenzial vorhanden. Zudem sind sicherheitsrelevante Aspekte zu berücksichtigen. Um eine Umsetzung bei laufendem Wäschebetrieb durchführen zu können, ist eine angemessene Etappierung vorzusehen. Erarbeitung einer Landratsvorlage.

Finanzielle Auswirkungen
2008: 1.3 Mio. Fr.

Landratsvorlage / Verpflichtungskredit LRB offen, Landratsvorlage im 2008		
Total im Investitionsprogramm eingestellt:	Fr. 13 300 000.–	(Konto 2271.503.30-268)
Budget 2008:	Fr. 1 300 000.–	

3.12.03 Unterhalt und Erhaltung Gebäudeinfrastruktur

Umsetzung von Projekten zum Unterhalt und zur Erhaltung der baulichen Substanz. Transfer ex Investitionsbudget BUD, Konto 2271.503.30-990 Sammelkonto Spitäler, total 6.5 Mio. Franken, Anteil ZWL 0.1 Mio. Franken.

Finanzielle Auswirkungen
2008: 0.1 Mio. Fr.

3.13 Kantonsspital Laufen (KSLa)

- Projektierungskredit für die baulichen Erneuerungen und Verbesserungen (Projekt OPCaT = Ablösung Operationssäle, vertikale Erschliessung «Medizin 2», Garderobe- und Technikräume, Cafeteria);
- Restrukturierung Diagnostik;
- Einführung Bezugspflege;
- Abschluss und Umsetzung Kostenträgerrechnung / Codierung zur Vorbereitung von DRG.

3.13.01 Sicherstellung der Grundversorgung / Unterhalt und Erhaltung der Gebäudeinfrastruktur / Projektierungskredit OPCaT

Der Westtrakt weist erheblichen Sanierungsbedarf auf; die in diesem Trakt untergebrachten Operationssäle wurden zwar immer à jour gehalten, entsprechen aber nicht mehr den heutigen Vorgaben und sollten auch aus Platzgründen abgelöst werden. Für den Gebäudeteil «Medizin 2» wird eine Vertikalerschliessung unumgänglich; es fehlen Garderobe- und Technikräume; die Cafeteria ist zu erweitern und zu erneuern.

Finanzielle Auswirkungen
2008: 0.3 Mio. Fr.

Landratsvorlage (Projektierungskredit) im 2008

Total im		
Investitionsprogramm eingestellt:	Fr. 35 200 000.–	(Konto 2290.503.30-277)
Budget 2008:	Fr. 300 000.–	

3.13.04 Verbesserung des Patientenmanagements

Die Einführungsaktivitäten des Jahres 2007 in den Gebieten Kostenträgerrechnung und Codierung sind im Hinblick auf DRG abzuschliessen, zu integrieren und im ganzen Betrieb zum konsequenten Führungsmittel auszubauen.

3.13.05 Vorbereitung der leistungsbasierten Finanzierung (Swiss-DRG) / Einführung Swiss-DRG im Rahmen der Umsetzungsarbeiten zur KVG-Revision (Teil Spitalfinanzierung)

Im Rahmen der laufenden Diskussionen zur Revision des KVG bildet die Spitalfinanzierung einen zentralen Bestandteil. Fast unbestritten ist in dieser Vorlage die Umstellung von einem kostenbasierten auf ein vermehrt leistungsorientiertes, schweizweit einheitliches Entschädigungssystem (kurz Swiss-DRG). In den Jahren 2008 und 2009 laufen in allen Spitälern die entsprechenden Umsetzungsarbeiten.

Finanzielle Auswirkungen
2008: Projektkosten:
0.1 Mio. Fr.

3.13.06 Dienstleistungen

Restrukturierung Diagnostik: Im Anschluss an die Erneuerung der Radiologie (2007) sind der Betrieb und die Verwertung der neuen Technologien teilweise neu zu gestalten oder anzupassen; dabei soll den niedergelassenen Ärzten ein wirkungsvoller Nutzen der erneuerten und erweiterten Diagnosemöglichkeiten zugänglich gemacht werden.

Einführung Bezugspflege: Das im Jahr 2007 laufende Pilotprojekt ist auszuwerten und auf eine integrale Einführung im KSLa auszurichten.

Finanzielle Auswirkungen
2008: Aufwand und Ertrag
halten sich die Waage.

Weder Kosten noch
Nutzen sind derzeit
beifizierbar

3.13.07 Unterhalt und Erhaltung Gebäudeinfrastruktur

Umsetzung von Projekten zum Unterhalt und zur Erhaltung der baulichen Substanz. Transfer ex Investitionsbudget BUD, Konto 2290.503.30-990 Sammelkonto Spitäler, total 6.5 Mio. Franken, Anteil KSLa 1.405 Mio. Franken.

Finanzielle Auswirkungen
2008: 1.405 Mio. Fr.

3.14 Kantonale Psychiatrische Dienste (KPD)

In der Folgeplanung II zum Psychiatriekonzept Basel-Landschaft festgestellte Versorgungsmängel in den Bereichen Alterspsychiatrie, Alkoholabhängigkeit und Tagesversorgung gilt es zu beheben. Ziele sind:

- Schaffung eines Alterspsychiatrischen Kompetenzzentrums durch die Externen Psychiatrischen Dienste (EPD) und die Kantonale Psychiatrische Klinik (KPK);
- Schaffung eines Psychiatrischen Zentrums für Abhängigkeitskrankheiten (PZA), das aus der heutigen Drogenberatung Baselland (DBL) und Teilen der heutigen Basellandschaftlichen Beratungsstellen für Alkohol- und andere Suchtprobleme (BfA) entstehen soll;
- Qualitativer und quantitativer Ausbau der ambulanten und tagesklinischen Angebote an den EPD zur Entlastung der oftmals überbelegten KPK.

Ebenfalls in Angriff genommen werden müssen bauliche Massnahmen zur Sanierung der durch die ambulanten Dienste genutzten Personalwohnsiedlungen auf dem Platz Liestal sowie die Schaffung von zusätzlichen Akut- und Rehabilitationsabteilungen für den Bereich Alterspsychiatrie in der Kantonalen Psychiatrischen Klinik bzw. im Kantonalen Altersheim (KAL).

3.14.06 Schaffung eines Alterspsychiatrischen Kompetenzzentrums

Ein alterspsychiatrisches Versorgungssystem soll aus abgestuften und ineinander greifenden Bausteinen bestehen – und über eine einheitliche Adresse abrufbar sein. Die stationären Versorgungsbausteine bestehen aus den entsprechenden Fachabteilungen der Kantonalen Psychiatrischen Klinik. Die institutionellen ambulanten Versorgungsbausteine werden an den Externen Psychiatrischen Diensten ausgebaut. Beide institutionellen Vertretungen arbeiten eng mit den weiteren gemeindenahen Vernetzungspartnern (Hausärztinnen und Hausärzte, niedergelassene Psychiaterinnen und Psychiater sowie Psychologinnen und Psychologen, Alters- und Pflegeheime, Spitex, kommunale Sozialdienste, Pro Senectute und weitere Einrichtungen der Altenbetreuung) zusammen, welche die ergänzenden Bausteine im Versorgungsverbund darstellen.

Zur Schaffung der notwendigen stationären Akut- und Rehabilitationsabteilungen sind bauliche Massnahmen bei der KPK oder im KAL notwendig.

Die Massnahme ergibt sich aus der Folgeplanung II zum Psychiatriekonzept Basel-Landschaft. Diese Vorlage wird gemeinsam mit der Vorlage zur Sanierung der Personalwohnsiedlung auf dem Platz Liestal eingereicht.

Finanzielle Auswirkungen
2008: 0.3 Mio. Fr.

Landratsvorlage / Verpflichtungskredit zusammen für die Programmpunkte Nr. 3.14.06 und Nr. 3.14.07

Total im Investitionsprogramm eingestellt:	Fr. 10 000 000.–	(Konto 2295.503.30-276)
Budget 2007:	Fr. 300 000.–	
Budget 2008:	Fr. 300 000.–	

3.14.07 Sanierung und Umbau oder allenfalls Neubau der durch die ambulanten Dienste genutzten Personalwohnsiedlungen der KPD auf dem Platz Liestal

Heute sind die Externen Psychiatrischen Dienste in Liestal im Gebäude des Kantonalen Altersheims domiziliert. Ein Teil dieser Räume wird künftig durch die stationären Alterspsychiatrischen Angebote benötigt. Ersatz könnte in den allerdings sanierungsbedürftigen Personalwohnsiedlungen oder allenfalls in einem gemeinsam von KJPD, EPD und DBL genutzten Neubau geschaffen werden. In den sanierungsbedürftigen Personalwohnsiedlungen sind heute ebenfalls der Kinder- und Jugendpsychiatrische Dienst (KJPD) mit der Psychotherapiestation für junge Frauen mit schweren Essstörungen und die Drogenberatung Baselland domiziliert, die auch in Zukunft auf entsprechende Arbeitsräumlichkeiten angewiesen sind. Diese Vorlage wird gemeinsam mit der Vorlage Schaffung eines Alterspsychiatrischen Kompetenzzentrums in den Externen Psychiatrischen Diensten und in der Kantonalen Psychiatrischen Klinik eingereicht.

Finanzielle Auswirkungen
2008: siehe
Punkt Nr. 3.14.06

Landratsvorlage / Verpflichtungskredit zusammen für die
Programmpunkte Nr. 3.14.06 und Nr. 3.14.07.

3.14.08 Psychiatrisches Zentrum für Abhängigkeitskrankheiten (PZA)

Das Ziel der Zusammenführung der Behandlungseinheiten für legale und illegale Substanzen in ein Psychiatrisches Zentrum für Abhängigkeitskrankheiten (PZA) wird durch die teilweise Integration der heutigen Basellandschaftlichen Beratungsstellen für Alkohol- und andere Suchtprobleme (BfA) in die Drogenberatung Baselland (DBL) erreicht. Dieses Projekt wird zusammen mit den Basellandschaftlichen Beratungsstellen für Alkohol- und andere Suchtprobleme (BfA) und dem Blauen Kreuz Baselland realisiert.

Die Massnahme ergibt sich aus der Folgeplanung II zum Psychiatriekonzept Basel-Landschaft. Vorlage an den Landrat.

3.14.11 Unterhalt und Erhaltung Gebäudeinfrastruktur

Umsetzung von Projekten zum Unterhalt und zur Erhaltung der baulichen Substanz. Transfer ex Investitionsbudget BUD, Konto 2295.503.30-990 Sammelkonto Spitäler, total 6.5 Mio. Franken, Anteil KPD 0.5 Mio. Franken.

Finanzielle Auswirkungen
2008: 0.5 Mio. Fr.

3.15 Kantonales Laboratorium

Präventiver Gesundheitsschutz und Konsumentenschutz durch einen modernen Vollzug der Lebensmittelgesetzgebung.

3.15.04 Zusammenführung der Kantonalen Laboratorien der Kantone Basel-Stadt und Basel-Landschaft im «Futuro», Liestal

Im Rahmen der Partnerschaftsverhandlungen Basel-Stadt und Basel-Landschaft wird die Zusammenführung der beiden Kantonalen Laboratorien geprüft.

Finanzielle Auswirkungen
2008: schwierig abzuschätzen, nach Möglichkeit kostenneutral

3.15.05 Umzug des Kantonalen Laboratoriums an den neuen Standort im «Futuro», Liestal

Der Umzug ist auf Ende 2008 / Anfang 2009 geplant. Im Zusammenhang mit diesem Umzug fällt ein einmaliger Einrichtungskredit von Fr. 675 000.– (siehe BUD) an.



BUD: Empfang Generalsekretariat, Liestal

4 Bau- und Umweltschutzdirektion (BUD)

Jörg Krähenbühl, Regierungsrat



Tiefbau Gut ausgebaute und betriebsbereite Verkehrsnetze sind die unverzichtbare Basis für das Funktionieren einer modernen Gesellschaft und einer prosperierenden Wirtschaft. Dazu gehören Strassennetze von nationaler und regionaler Bedeutung, Schienennetze im Fern- und Nahbereich sowie Verkehrswege für den Langsamverkehr. Neben der Werterhaltung der Verkehrsinfrastruktur geht es um die Sicherstellung der Verkehrssicherheit und des Verkehrsflusses. Unter diesem Aspekt erhalten die Bewirtschaftung und der Ausbau des Gesamtnetzes für den Strassen- und Schienenverkehr sowie das Verkehrsmanagement hohe Priorität. Diese Verkehrsnetze müssen funktionsgerecht ausgebaut, neuen Anforderungen und Randbedingungen angepasst, in der Substanz über lange Zeit erhalten und schliesslich jederzeit betriebsbereit gehalten werden. Die hohen Erwartungen und die knappen finanziellen Mittel erfordern eine regionale Koordination der Verkehrs- und Siedlungsplanung im Agglomerationsprogramm.

Hochbau Für die Bereitstellung von notwendigen Infrastrukturen für die Verwaltungszwecke sind zahlreiche Neubauvorhaben in den Bereichen Bildung, Gesundheit und Justiz von prioritärer Bedeutung. Die einzelnen Massnahmen verfolgen die vom Regierungsrat 2007 verabschiedete Strategie für ein Flächenmanagement. Der Zustand der Liegenschaften im Jahr 2007 muss durch notwendige Arbeitsinstrumente sowie eine sichergestellte Finanzierung für den Werterhalt messbar verbessert werden. Die Sekundarschulbauten können durch den Kanton mit optimalen Rahmenbedingungen übernommen werden.

Umweltschutz und Energie Im Bereich Umweltschutz und Energie sollen im nächsten Jahr prioritär nachstehende Ziele erreicht werden. Es sind wichtige Beiträge zu einer gesunden Umwelt und zu einem zukunftsfähigen Lebensraum für die Menschen in der Region.

1. **Energie und Klimaschutz:** Die kantonale Energie- und Klimaschutzstrategie liegt vor, die Förderbeiträge sind wirkungsvoll eingesetzt, ein Förderprogramm für die Sanierung bestehender Bauten ist vorbereitet und der Beitritt zur Novatantis «2000-Watt-Gesellschaft» ist realisiert.
2. **Grundwasser, Wasserversorgung und Altlasten:** Die Strategie «Wasserversorgung BL» liegt vor. Grund- und Trinkwasser sind durch wirksame Grundwasserschutz-zonen geschützt und speziell im Umfeld belasteter Standorte systematisch überwacht. Der Kataster der belasteten Standorte ist fertig gestellt, die Chemie-deponien im Raum Muttenz sind betreffend Sanierungsbedarf abschliessend beurteilt. Bei Schiessanlagen ist der Schadstoffeintrag in die Umwelt gestoppt.
3. **Ressourcenschonung:** Konzepte zum Umweltmanagement in der Verwaltung und zur nachhaltigen öffentlichen Beschaffung liegen vor. Ein Pilotprojekt «Cleaner Production» bei KMU ist realisiert.
4. **Wirkungsorientierte Verwaltung:** Die Kooperation mit dem AUE BS ist gemäss Landratsvorlage und Landratsbeschluss weiter entwickelt. Der Beitrag des Kantons Basel-Landschaft zum Pilotprojekt «Netzwerk Umweltdaten Schweiz (NUS)» von Bund und Kantonen in den Bereichen Bodenschutz und Gewässerschutz ist realisiert.

Industrielle Betriebe Der Kanton sorgt für den gesetzeskonformen, sicheren Betrieb der Anlagen in seinem Verantwortungsbereich und nutzt dabei die Möglichkeit, Wertstoffe und Energie zurück zu gewinnen. In Kooperation mit Privaten werden Materialien aus Altlastensanierungen aufbereitet und ein wesentlicher Teil der Stoffe in den Materialkreislauf zurückgeführt. So werden der nachhaltige Umgang mit Baustoffen gefördert, die Lebensdauer der Reaktordeponie Elsbisgraben verlängert und ein Kostenvorteil für das Sanierungsprojekt realisiert. Die Abwasserreinigungsanlagen und Anlagen

im Netz (Kanäle, Mischwasserbecken) im Verantwortungsbereich des Kantons leisten einen aktiven Beitrag zum Schutz des Nahrungsmittels Trinkwasser, nutzen Kostenvorteile im Betriebsverbund des AIB und werden als Quellen erneuerbarer Energie genutzt. Die Wärmeerzeugung für die Liegenschaften des Kantons und den Betrieb der eigenen Anlagen erfolgt durch den vorbildlichen Einsatz neuer Technologien und erneuerbarer Energiequellen wie Holz, Deponie- und Klärgas.

Sicherheit Das Sicherheitsinspektorat vollzieht die Störfallverordnung, die Einschliessungs- und Freisetzungsverordnung sowie die Gefahrgutbeauftragtenverordnung mit dem Ziel, die Eigenverantwortung der Betriebe nachhaltig zu unterstützen und Synergien und Ressourcen optimal zu nutzen. Methodische Ansätze und Prozessabläufe für Aspekte der Störfallvorsorge in der Raumplanung und Arbeitshilfen zur optimalen Erfassung der Angaben beim Gefahrguttransport werden erstellt, Bestehendes wird optimiert.

Raumplanung Im Vordergrund stehen im 2008 folgende vier Schwerpunkte:

- Verabschiedung des Kantonalen Richtplans durch den Landrat und anschliessend dessen Umsetzung mit den festgesetzten Entwicklungsschwerpunkten, mit der Weiterentwicklung der Planungen in einzelnen Gemeinden und mit dem Aufbau der Raumbewertung als Controllinginstrument;
- Beginn der Umsetzung von Schlüsselprojekten des Spezialrichtplans Salina-Raurica;
- Durchführung von nachhaltigen Angebotsverbesserungen im Bereich des öffentlichen Verkehrs im Rahmen des 5. Generellen Leistungsauftrages 2006 – 2009;
- Monitoring und Controlling im Bereich des Natur- und Landschaftsschutzes.

4.01 Tiefbau / Verkehr und Bau / Öffentlicher Verkehr

Der mit dem Bericht «Grünes Licht für den öffentlichen Verkehr» 1976 eingeleitete Ausbau der Vorortsbahnen geht in der neuen Legislaturperiode seinem Ende entgegen. Eine steigende Bedeutung erhalten die Erneuerungs- und die Erhaltungsmassnahmen für die Schienen gebundenen Trassen. Mit dem Kreditbeschluss «Massnahmen Bahnübergänge» wird ein neues Kapitel zur Optimierung der bestehenden Kreuzungen Schiene / Strasse eingeläutet. Für den Strassen gebundenen öffentlichen Verkehr sind Massnahmen zur Verbesserung der Fahrplanstabilität anzugehen.

Bei der Linie 10 steht der Ausbau der Verkehrsdrehscheibe Dornach – Arlesheim sowie die Doppelspurverlängerung bis Stollenrain und bei der Linie 11 die Erneuerung der Ortsdurchfahrt in Reinach an. In Allschwil ist das Trasse der Linie 6 verbunden mit einer moderaten Umgestaltung der Baslerstrasse vollständig zu erneuern. Rund 240 Tram- und Bahnübergänge (exklusive SBB) sollen in den kommenden Jahren nach den Grundsätzen für die Signalisierung der Kreuzungen Schiene / Strasse überprüft und sofern erforderlich optimiert werden.

Ziele all dieser Massnahmen sind die Verbesserung der allgemeinen Verkehrssicherheit durch eine Reduktion oder eine einheitliche Signalisierung der Konfliktpunkte Schiene / Strasse, ein verdichteter Fahrplan in Spitzenzeiten sowie die Erhöhung der durchschnittlichen Reisegeschwindigkeit.

4.01.02 BLT-Linie 11, Reinach

Trasseerneuerung und Umgestaltung der Ortsdurchfahrt in Reinach. Bau 2008 – 2011.

Finanzielle Auswirkungen
2008: 2 Mio. Fr.

Landratsvorlage / Verpflichtungskredit LRB 1995 / 2481 und 2002 / 1478		
Total:	Fr. 39 700 000.–	(Konto 2317.701.40-003, 2317.364.00-003)
Per Ende 2006 verbraucht:	Fr. 26 373 610.–	
Budget 2007:	Fr. 100 000.–	
Budget 2008:	Fr. 2 000 000.–	

4.01.04 BLT-Linie 10, Dornach – Arlesheim, Umgestaltung Bahnhof

Ausbau der Verkehrsdrehscheibe Dornach – Arlesheim und der Doppelspur bis Stollenrain. Bau 2008 – 2011.

Noch kein Kredit vorhanden.

Finanzielle Auswirkungen
2008: 3.5 Mio. Fr.

4.01.05 BVB-Linie 6, Allschwil, Baselstrasse

Erneuerung des Trasses der BVB-Linie 6, Erneuerung der Baselstrasse sowie Umgestaltung von Haltestellen (Anteil Gleistrasse). Bau ab 2009 ermöglichen.

Noch kein Kredit vorhanden (siehe auch Punkt Nr. 4.02.26).

Finanzielle Auswirkungen
2008: 0.5 Mio. Fr.

4.01.06 BVB-Linie 2, Binningen, Kronenplatz

Gleiserneuerung, neue Wendeschlaufe und Umgestaltung Kronenplatz. Realisierung ab 2008. Verpflichtungskredit (siehe auch Punkt Nr. 4.02.22).

4.01.08 Optimierungsmassnahmen Bahnübergänge

Optimierungsmassnahmen nach den Grundsätzen für die Signalisierung der Kreuzungen Schiene / Strasse. Realisierung ab 2008.

Finanzielle Auswirkungen
2008: 2 Mio. Fr.

Landratsvorlage / Verpflichtungskredit LRB 2006 / 2036

Total	Fr.	2 000 000.–	(Konto 2317.364.00-012)
Per Ende 2006 verbraucht:	Fr.	78 507.05	
Budget 2007:	Fr.	500 000.–	
Budget 2008:	Fr.	2 000 000.–	

4.01.09 BVB-Linie 14, MuttENZ – Pratteln

Erneuerung Tramgleise 2. Etappe. Planung ab 2008.

Noch kein Kredit vorhanden.

4.01.10 Standards Schieneninfrastruktur

Die Standards für Schieneninfrastrukturbauten sollen sowohl für den Neubau als auch für die Substanzerhaltung überprüft werden. Ziel ist ein optimierter Mitteleinsatz für die langfristige Gewährleistung der Funktion der Schieneninfrastrukturen. Dabei sollen auch die Eigentumsfragen geklärt werden.

Ein Konzept betreffend Standards und Mittelbedarf für Schieneninfrastrukturbauten soll ab 2009 vorliegen.

Finanzielle Auswirkungen
2008: 0.1 Mio. Fr.

4.01.11 Strassen gebundener öffentlicher Verkehr

Prüfung und Einleitung von Massnahmen zur Verbesserung der Fahrplanstabilität.

Finanzielle Auswirkungen
2008: 0.2 Mio. Fr.

4.01.12 Waldenburgerbahn

Trasseerneuerungen vorbereiten.

Noch kein Kredit vorhanden.

4.02 Tiefbau / Verkehr und Bau / Individualverkehr

Hauptziel ist, dem Zweckartikel des kantonalen Strassengesetzes entsprechend die Betriebsbereitschaft und die Erhaltung der Kantonsstrassen sicherzustellen und ihre Funktion langfristig zu gewährleisten. Der entsprechende Mittelbedarf ist steigend.

Die Mittel für den Ausbau sollen vorab in die kantonalen Hochleistungsstrassen (HLS) investiert werden. Ihnen kommt im gesamten Verkehrsnetz eine wichtige Funktion zu. Die HLS entlasten die Siedlungsgebiete und erlauben eine rationelle Versorgung mit Gütern und Dienstleistungen.

Die Nationalstrassen bilden die Hauptachsen des nationalen und regionalen Verkehrsnetzes. Sie fallen mit Inkrafttreten der NFA ab 1. Januar 2008 vollumfänglich in die Zuständigkeit des Bundes. Der Kanton setzt sich für eine bedarfsgerechte Bewirtschaftung ein. Der Kanton Basel-Landschaft strebt, in Übereinstimmung mit dem vom Bundesrat vorgelegten Sachplan Verkehr, die Ergänzung des Nationalstrassennetzes auf der Achse H18 Basel – Delémont inklusive der erforderlichen Zubringer an und will den Ausbau der kritischen Stellen vorantreiben. Der Betrieb der Nationalstrassen wird ab 1. Januar 2008 im Leistungsauftrag des Bundes durch interkantonale Trägerschaften wahrgenommen. Der Kanton Basel-Landschaft beteiligt sich zusammen mit den Kantonen Aargau und Solothurn an der neu zu gründenden Aktiengesellschaft «Nationalstrassen Nordwestschweiz (NSNW)», die auch die Nationalstrassen auf dem Territorium des Kantons Basel-Stadt betreiben wird.

Mit der Realisierung des Schlüsselprojektes «H2 Pratteln – Liestal» wird das Verkehrsproblem im unteren Ergolzthal gelöst.

4.02.01 Optimierung der Strasseninfrastruktur

Der Schwachstellenplan zeigt auf, wo für den motorisierten Individualverkehr, den öffentlichen Verkehr und den Langsamverkehr Handlungsbedarf an der Strasseninfrastruktur zur Erhöhung der Verkehrssicherheit und zur Verbesserung des Verkehrsflusses besteht. Die Umsetzung der Massnahmen richtet sich nach den Prioritäten Verkehrssicherheit – Zustand Verkehrsinfrastruktur – Verkehrsfluss.

Finanzielle Auswirkungen
2008: Diverse Konti
Laufende Rg. und Inv.-Rg.
Rubriken 2312, 2313, 2314

4.02.02 Optimierung der Verkehrsinfrastruktur / Verkehrsfluss

Der Verkehr soll möglichst sicher und flüssig abgewickelt werden. Ganz besonders gilt dies beim Eintreten eines Ereignisses. Dazu werden Verkehrsmanagementpläne erarbeitet – im Sinne von vorbehaltenen Entschlüssen –, welche die erforderlichen Massnahmen und die Zuständigkeit für die Umsetzung regeln.

Zur optimierten Abwicklung des Verkehrs ist in Zusammenarbeit mit der Polizei die Opportunität und der allfällige Aufbau einer regionalen Verkehrsleitzentrale zu prüfen (vom Bund angestrebt auf 2012).

Das Mobilitätsmanagement bei der kantonalen Verwaltung soll umgesetzt und mögliche Anreize für Unternehmungen sollen geprüft werden.

Finanzielle Auswirkungen
2008: 0.5 Mio. Fr.

4.02.03 A2 Sanierungstunnel Belchen

Nach Abschluss der öffentlichen Auflage und Vorliegen der rechtskräftigen Vergabe der Planerleistungen (Verzögerung des Projektes um zwei bis drei Jahre) sollen in der kommenden Legislaturperiode unter der Verantwortung des ASTRA die erforderlichen Detailprojekte erarbeitet werden. Ziel ist die Inbetriebnahme spätestens 2017 als Voraussetzung für die umfassende Erneuerung der bestehenden Bauwerkssubstanz.

Finanzielle Auswirkungen
2008: zu 100 % durch den
Bund finanziert

4.02.04 A2 Erhaltungsabschnitt Basel – Augst

Abschluss der umfassenden Instandsetzung und Erneuerung des Abschnittes Basel – Augst unter der Verantwortung des ASTRA im Verlauf 2008 inkl. Realisierung des Verkehrsleitsystems 2. Etappe sowie der Optimierung der Anschlüsse Pratteln und Liestal.

Erarbeitung des Konzeptes 2008 / 2009 Kapazitätsoptimierung unter der Federführung des ASTRA sowie Vorbereitung der erforderlichen Projekte auf kantonomer Stufe zur Sicherstellung des Verkehrsflusses.

Finanzielle Auswirkungen
2008: zu 100 % durch den
Bund finanziert

4.02.06 H2 Pratteln – Liestal

Plangenehmigungsverfahren Abschnitt Tunnel, Ausführungsprojekt und Realisierung der H2 nach Bauprogramm. Realisierung bis 2013 (exklusive Rheinstrasse).

Finanzielle Auswirkungen
2008: keine;
Spezialfonds: 45 Mio. Fr.

4.02.07 H2 Umfahrung Liestal

Instandsetzung und Ausbau der Umfahrung Liestal, Kreditbeschluss erwirken, Projekt zur Baureife führen und Realisierung ab 2010 ermöglichen. Bau ab 2010.

Finanzielle Auswirkungen
2008: 0.5 Mio. Fr.

Landratsvorlage / Verpflichtungskredit LRB 2001 / 1217			
Total:	Fr.	900 000.–	(Konto 2312.501.10-138)
Per Ende 2006 verbraucht:	Fr.	975 308.40	
Budget 2007:	Fr.	150 000.–	
Budget 2008:	Fr.	500 000.–	

Noch kein Baukredit vorhanden (Konto 2312.501.20-151).

4.02.08 H18 Umfahrung Laufen / Zwingen

Ausarbeiten des Generellen Projektes unter dem Aspekt, dass die H18 gemäss Sachplan Verkehr vom Bund ins Grundnetz aufgenommen werden soll.

Finanzielle Auswirkungen
2008: 0.5 Mio. Fr.

Landratsvorlage / Verpflichtungskredit LRB 2000 / 672		
Total:	Fr. 3 000 000.–	(Konto 2312.501.10-013)
Per Ende 2006 verbraucht:	Fr. 657481.20	
Budget 2007:	Fr. 300 000.–	
Budget 2008:	Fr. 500 000.–	

4.02.09 Südumfahrung Basel

Analyse der Probleme und der Bedürfnisse als Grundlage für den Beschluss über das weitere Vorgehen. Eventuell Generelle Projekte für den Zubringer Allschwil und den Anschluss an die H18 im Raum Aesch (vorbehältlich Kantonalen Richtplan und Volksinitiative) mit dem Ziel, dass die Südumfahrung vom Bund im Sachplan Verkehr ins Grundnetz aufgenommen wird.

4.02.10 Kantonale Hochleistungsstrassen, Kantonsstrassen

Aufrechterhaltung der Betriebsbereitschaft und Substanzerhaltung, Nachrüsten der Anlagen (Verkehrsleitsystem, Lärm- und Grundwasserschutzbauten) sowie Umgestaltung von Knoten auf den Kantonsstrassen und von Ortsdurchfahrten.

Finanzielle Auswirkungen 2008:
KS 25–30/Jahr; HLS 10 Mio. Fr. im Mittel/
Jahr. Diverse Konti Laufende
Rg. und Inv.-Rg. Rubriken 2313 und 2314

4.02.11 Regionales Radroutennetz

Netzausbau: Ausarbeiten ausführungsfähiger Projekte und Realisierung mit Prioritäten Schulwegsicherung und Eliminierung gefährlicher Punkte und Strecken.

Finanzielle Auswirkungen
2008: 3 Mio. Fr.

Landratsvorlage / Verpflichtungskredit LRB 1996 / 32 und 1998 / 74		
Total:	Fr. 47 722 173.–	(Konto 2312.501.20-007)
Per Ende 2006 verbraucht:	Fr. 23 711 267.65	
Budget 2007:	Fr. 500 000.–	
Budget 2008:	Fr. 3 000 000.–	

4.02.14 H18 Anschluss Aesch / Dornach

Bau- und Ausführungsprojekt. Bau ab 2009.
Noch kein Kredit vorhanden.

Finanzielle Auswirkungen
2008: 0.5 Mio. Fr.

4.02.15 Gelterkinden – Rickenbach, Korrektur

Bau- und Ausführungsprojekt, Realisierung. Bau ab 2008.

Finanzielle Auswirkungen
2008: 2.5 Mio. Fr.

Landratsvorlage / Verpflichtungskredit LRB 2006 / 1698		
Total:	Fr. 2 700 000.–	(Konto 2312.501.20-116)
Per Ende 2006 verbraucht:	Fr. 33 548.15	
Budget 2007:	Fr. 0.–	
Budget 2008:	Fr. 2 500 000.–	

4.02.16 MuttENZ, Sanierung / Umgestaltung Rheinfelderstrasse

Bau- und Ausführungsprojekt, Realisierung. Bau ab 2009.

Noch kein Kredit vorhanden.

4.02.18 Zwingen, Sanierung / Umgestaltung Ortsdurchfahrt und neue Birsbrücke

Bau- und Ausführungsprojekt, Realisierung (Anteil Strasse). Bau ab 2008.

Noch kein Kredit vorhanden.

Finanzielle Auswirkungen
2008: 1.5 Mio. Fr.

4.02.19 Reigoldswil, Korrektur Ziefenstrasse

Bau- und Ausführungsprojekt, Realisierung (Anteil Strasse). Bau ab 2009 ermöglichen.

Noch kein Kredit vorhanden.

Finanzielle Auswirkungen
2008: 0.05 Mio. Fr.

4.02.20 Langenbruck, Korrektur / Umgestaltung Hauensteinstrasse

Bau- und Ausführungsprojekt, Kreditbeschluss erwirken. Realisierung ab 2011.

Noch kein Kredit vorhanden.

4.02.21 Augst, Sanierung / Umgestaltung Ortsdurchfahrt

Bau- und Ausführungsprojekt, Realisierung vorbereiten. Bau ab 2009 ermöglichen.

Noch kein Kredit vorhanden.

Finanzielle Auswirkungen
2008: 0.1 Mio. Fr.

4.02.22 Binningen, Kronenplatz

Glaserneuerung, neue Wendeschlaufe und Umgestaltung Kronenplatz. Realisierung ab 2007.

Finanzielle Auswirkungen
2008: 4 Mio. Fr.

Landratsvorlage / Verpflichtungskredit LRB 2003 / 159		
Total:	Fr.	9 100 000.– (Konto 2312.501.20-090)
Per Ende 2006 verbraucht:	Fr.	539 075.25
Budget 2007:	Fr.	0.–
Budget 2008:	Fr.	4 000 000.–

4.02.23 Lärmschutz an Kantonsstrassen

Umsetzung der Massnahmen gemäss Strassensanierungsprogramm. Gebundene Ausgaben im Rahmen der Investitionsrechnung.

Finanzielle Auswirkungen
2008: 2 Mio. Fr.

4.02.25 H18 Tunnel Eggflue

Gewährleistung der Tunnelsicherheit. 1. Intervention 2008 / 2009: Ausbau Energieleitungstunnel zum Fluchtweg, Fluchtwegabgänge Zentrale. 2. Intervention 2012 / 2013: Umbau Tunnellüftung, weitere Fluchtwegabgänge.

Finanzielle Auswirkungen
2008: 12 Mio. Fr.

4.02.26 Allschwil, Korrektur / Umgestaltung Baselstrasse

Erneuerung des Trasses der BVB-Linie 6, Erneuerung der Baselstrasse sowie Umgestaltung von Haltestellen (Anteil Strasse). Bau ab 2009 ermöglichen.

Noch kein Kredit vorhanden.

Finanzielle Auswirkungen
2008: 0.5 Mio. Fr.

4.02.27 Grellingen, Sanierung / Umgestaltung Ortsdurchfahrt

Bau- und Ausführungsprojekt. Realisierung ab 2011.

Finanzielle Auswirkungen
2008: 0.02 Mio. Fr.

Landratsvorlage / Verpflichtungskredit LRB 2002 / 1616			
Total:	Fr.	150 000.–	(Konto 2312.501.10-016)
Per Ende 2006 verbraucht:	Fr.	78 380.15	
Budget 2007:	Fr.	50 000.–	
Budget 2008:	Fr.	20 000.–	

4.02.28 Pratteln, Salina Raurica, Rheinstrasse

Bau- und Ausführungsprojekt, Realisierung vorbereiten. Bau ab 2009 ermöglichen.
Noch kein Kredit vorhanden.

Finanzielle Auswirkungen
2008: 0.5 Mio. Fr.

4.02.29 Lausen, Hauptstrasse bis Altmarkt

Bau- und Ausführungsprojekt, Kreditbeschluss erwirken. Realisierung ab 2009 / 2010.
Noch kein Kredit vorhanden.

4.02.30 Bottmingen – Oberwil, Linksufrige Birsigtalstrasse

Bau- und Ausführungsprojekt. Realisierung ab 2011.
Noch kein Kredit vorhanden.

4.03 Tiefbau / Verkehr und Bau / Wasserbau

Planung, Realisierung und Bewirtschaftung der kantonalen Gewässer sind darauf ausgerichtet, einen möglichst ungehinderten Wasserabfluss zu gewährleisten ohne Schaden anzurichten. Die Anliegen des Ufer- und Hochwasserschutzes werden unter massvoller Berücksichtigung ökologischer und ortsplannerischer Anliegen realisiert. Mit Revitalisierungen und Ausdolungen wird ein aktiver Beitrag zur Wiederherstellung, Aufwertung und Vernetzung wichtiger Lebensräume geleistet. Die Massnahmen für den Hochwasserschutz, für Revitalisierungen sowie für die ökologische Aufwertung der Gewässer erfolgen gemäss Wasserbaukonzept und den darin festgelegten Prioritäten unter Berücksichtigung der Mittel und der Opportunität.

4.03.02 Passiver Hochwasserschutz

Erarbeiten von Gefahrenkarten unter Federführung der Basellandschaftlichen Gebäudeversicherung sowie des Forstamtes beider Basel zusammen mit dem Amt für Raumplanung und dem Tiefbauamt.

Bis 2011 sollen die Gefahrenkarten für den ganzen Kanton erstellt sein.

4.03.03 Allschwil, Hochwasserschutz «Dorf»

Weiterführung Projektierungsarbeiten und Realisierung Hochwasserrückhaltebecken Lützelbach ab 2008 ermöglichen.

Finanzielle Auswirkungen
2008: 0.5 Mio. Fr.

Landratsvorlage / Verpflichtungskredit LRB 2003 / 2106			
Total:	Fr.	7 090 000.–	(Konto 2316.701.90-015)
Per Ende 2006 verbraucht:	Fr.	2 796 088.25	(brutto)
Budget 2007:	Fr.	3 000 000.–	
Budget 2008:	Fr.	500 000.–	

4.03.05 Gelterkinden, Hochwasserschutz Eibach

Ausführungsprojekt und Realisierung ab 2008.

Finanzielle Auswirkungen
2008: 0.1 Mio. Fr.

Landratsvorlage / Verpflichtungskredit LRB 2006 / 1697			
Total:	Fr	2 950 000.–	(Konto 2316.701.90-017)
Per Ende 2006 verbraucht:	Fr.	0.–	
Budget 2007:	Fr.	0.–	
Budget 2008:	Fr.	100 000.–	

4.03.07 Reigoldswil, Hochwasserschutz Hintere Frenke

Weiterführung Bau- und Ausführungsprojekt (Anteil Wasserbau), Realisierung ab 2009 ermöglichen.

Finanzielle Auswirkungen
2008: 0.1 Mio. Fr.

Landratsvorlage / noch kein Verpflichtungskredit			
Total:	Fr	2 950 000.–	(Konto 2316.701.90-019)
Per Ende 2006 verbraucht:	Fr.	0.–	
Budget 2007:	Fr.	100 000.–	
Budget 2008:	Fr.	100 000.–	

4.03.08 Hochwasserschutz und Revitalisierungen der Birs und der Ergolz

Diverse Projektierungs- und Bauarbeiten. Wie: Augst Ergolz Uferrenaturierung, Binningen Birsig Renaturierung im Bereich Schlosspark, Füllinsdorf Ergolz Renaturierung unterhalb ARA, Känerkinden Felibächli Ausdolung, Reinach Renaturierung Birs oberhalb ARA.

Finanzielle Auswirkungen
2008: 1.6 Mio. Fr.

4.03.09 Zwingen, Birs Hochwasserschutz und Fischgängigkeit

Weiterführung Ausführungsprojekt und Realisierung ab 2008.

Finanzielle Auswirkungen
2008: 0.7 Mio. Fr.

Landratsvorlage / noch kein Verpflichtungskredit			
Total:	Fr	2 950 000.–	(Konto 2316.701.90-020)
Per Ende 2006 verbraucht:	Fr.	0.–	
Budget 2007:	Fr.	0.–	
Budget 2008:	Fr.	700 000.–	

4.03.10 Reinach, Erlenbach (Dorfbach) und Leibach Hochwasserschutz und Ausdolung

Weiterführung Projektierungsarbeiten und Realisierung ab 2008.

Finanzielle Auswirkungen
2008: 0.5 Mio. Fr.

Noch kein Verpflichtungskredit vorhanden			
Total:	Fr	0.–	(Konto 2316.701.90-022)
Per Ende 2006 verbraucht:	Fr.	0.–	
Budget 2007:	Fr.	0.–	
Budget 2008:	Fr.	500 000.–	

4.04

Hochbau / Bereitstellung räumlicher Ressourcen (Investitionsprojekte) / Werterhaltung der Gebäude und Anlagen im Verwaltungsvermögen

Bearbeitung der zahlreichen Projekte in der Phase Planung als Vorbereitung von Projektierungs- und / oder Baukreditvorlagen. Weiterbearbeitung der bereits gestarteten Schlüsselprojekte des Hochbauamtes. Nachdem im Jahr 2007 die städtebaulichen Grundlagen für den Campus Muttens ausgearbeitet wurden, kann 2008 nach genehmigtem Projektierungskredit der Wettbewerb für die Projektevaluation gestartet werden.

Nach der Genehmigung des Projektierungskredites durch den Landrat kann für die Sanierung und die Erweiterung des Kantonsspitals Bruderholz der Wettbewerb für die Projektevaluation durchgeführt werden.

Die Übernahme der Sekundarschulbauten tritt in eine intensive Verhandlungsphase mit den Standortgemeinden. Relevant sind hierbei die Aushandlung und der Abschluss notwendiger Verträge. Im Jahr 2008 ist die Landratsvorlage für die definitive Lösung auszuarbeiten. Nach dem Vorliegen des Landratsbeschlusses im Jahr 2009 sind für das Budget 2010 (erstes Jahr der Übernahme) die notwendigen Budgetwerte zu ermitteln und einzustellen.

Gemäss der neuen Regelung betreffend Zuständigkeiten für die Spitäler zwischen der VSD und der BUD liegen neu die Projekte mit Verpflichtungskredit sowie die baulichen Massnahmen ohne Verpflichtungskredite bei der VSD. Ausnahmen für das Jahr 2008 bilden die beiden Projekte «Sanierung und Erweiterung Kantonsspital Bruderholz» und «Kantonsspital Bruderholz, Sicherheitsrelevante Massnahmen Haustechnik, 2. Etappe», die in einer Übergangsphase (2008) noch in der Verantwortung des Hochbauamtes verbleiben.

Bereitstellung räumlicher Ressourcen (Investitionsprojekte) Für die Planung der zahlreichen Projekte sind Finanzmittel sicherzustellen. Die Finanzierung der Neubauprojekte ist optimiert. Die Realisierung erfolgt gemäss Dringlichkeit.

Warterhaltung der Gebäude und Anlagen im Verwaltungsvermögen Ein minimaler Wertehalt der Liegenschaften im Verwaltungsvermögen sollte garantiert werden. Dem zusehenden Verfall der Liegenschaften muss Einhalt geboten werden.

4.04.01 Flächenmanagement

Der Regierungsrat hat im Juni 2007 die Strategie für ein Flächenmanagement verabschiedet und die Ausarbeitung von konkreten Massnahmen zur Umsetzung in die Wege geleitet. Davon betroffen sind drei Massnahmen im Bereich Bau, davon sind zwei im Jahr 2008 zu bearbeiten.

Optimierung Standort Liestal (Baukosten geschätzt: 62 Mio. Fr.) und Optimierung Lager (Baukosten geschätzt: 6.7 Mio. Fr.): 2008 werden für diese beiden Projekte Machbarkeitsstudien über die Laufende Rechnung ausgelöst. Ab 2009 sind sie im Budget der Investitionsrechnung wirksam.

4.04.02 Landratsvorlagen / Verpflichtungskredite LRB

Oberwil, Gymnasium, Mediothek, Umbau und Sanierung		
Total:	Fr. 18 600 000.–	inkl. Aulaersatz RRB Nr. 0438 vom 20. März 2007 (Konto 2320.503.30-225)
Per Ende 2006 verbraucht:	Fr. 3 160 000.–	
Budget 2007:	Fr. 12 000 000.–	
Budget 2008:	Fr. 300 000.–	

Liestal, Staatsarchiv, Ausbau		
Total:	Fr. 15 400 000.–	(Konto 2320.503.30-226)
Per Ende 2006 verbraucht:	Fr. 8 160 000.–	
Budget 2007:	Fr. 5 400 000.–	
Budget 2008:	Fr. 300 000.–	

Bruderholz, Kantonsspital Bruderholz		
Total:	Fr. 386 000 000.–	(Konto 2320.503.30-232)
Per Ende 2006 verbraucht:	Fr. 0.–	
Budget 2007:	Fr. 2 500 000.–	
Budget 2008:	Fr. 3 000 000.–	

Muttenz, Gewerbeschule Sanierung Aussenhülle		
Total:	Fr. 4 300 000.–	(Konto 2320.503.30-234)
Per Ende 2006 verbraucht:	Fr. 0.–	
Budget 2007:	Fr. 500 000.–	
Budget 2008:	Fr. 100 000.–	

UKBB Neubau Basel (1/2 Anteil) / 2005 / 1393		
Total:	Fr. 74 650 000.–	(Konto 2320.503.30-242)
Per Ende 2006 verbraucht:	Fr. 1 970 000.–	
Budget 2007:	Fr. 15 000 000.–	
Budget 2008:	Fr. 28 000 000.–	

Bruderholz, KSB Sicherheitsrelevante Massnahmen 2. Etappe		
Total:	Fr. 24 500 000.–	(Konto 2320.503.30-252)
Per Ende 2006 verbraucht:	Fr. 0.–	
Budget 2007:	Fr. 5 000 000.–	
Budget 2008:	Fr. 8 000 000.–	

Muttenz, Strafjustizzentrum, Projektierungsvorlage / 2005 / 1325		
Total:	Fr. 68 000 000.–	(Konto 2320.503.30-253)
Per Ende 2006 verbraucht:	Fr. 0.–	
Budget 2007:	Fr. 0.–	
Budget 2008:	Fr. 2 100 000.–	

Liestal, Kantonsgericht, Projektierungsvorlage		
Total:	Fr. 15 500 000.–	(Konto 2320.503.30-254)
Per Ende 2006 verbraucht:	Fr. 0.–	
Budget 2007:	Fr. 0.–	
Budget 2008:	Fr. 300 000.–	

Augst, Römerstadt Augusta Raurica (RAR) AP / Steinlager / Diverse		
Total:	Fr. 10 000 000.–	(Konto 2320.503.30-257)
Per Ende 2006 verbraucht:	Fr. 180 000.–	
Budget 2007:	Fr. 0.–	
Budget 2008:	Fr. 300 000.–	

Münchenstein, Gymnasium Sanierung Gebäudehülle		
Total:	Fr. 13 000 000.–	(Konto 2320.503.30-258)
Per Ende 2006 verbraucht:	Fr. 0.–	
Budget 2007:	Fr. 500 000.–	
Budget 2008:	Fr. 200 000.–	

Muttenz, BZM, , Sanierung Haustechnik / Gebäudehülle		
Total:	Fr. 10 000 000.–	(Konto 2320.503.30-259)
Per Ende 2006 verbraucht:	Fr. 0.–	
Budget 2007:	Fr. 300 000.–	
Budget 2008:	Fr. 300 000.–	

Liestal, Zeughaus, Sanierung Gebäudehülle		
Total:	Fr. 4 000 000.–	(Konto 2320.503.30-260)
Per Ende 2006 verbraucht:	Fr. 0.–	
Budget 2007:	Fr. 300 000.–	
Budget 2008:	Fr. 100 000.–	

Liestal, Bezirksschreiberei, Übergangslösung		
Total:	Fr. 1 000 000.–	(Konto 2320.503.30-262)
Per Ende 2006 verbraucht:	Fr. 0.–	
Budget 2007:	Fr. 0.–	
Budget 2008:	Fr. 300 000.–	

Liestal, Gymnasium Sanierung Gebäudehülle		
Total:	Fr. 4 000 000.–	(Konto 2320.503.30-263)
Per Ende 2006 verbraucht:	Fr. 0.–	
Budget 2007:	Fr. 300 000.–	
Budget 2008:	Fr. 100 000.–	

Oberwil, Gymnasium Turnhalle Sanierung Aussenhülle		
Total:	Fr. 900 000.–	(Konto 2320.503.30-264)
Per Ende 2006 verbraucht:	Fr. 0.–	
Budget 2007:	Fr. 100 000.–	
Budget 2008:	Fr. 800 000.–	

Niederdorf, JuNI Jugendvollzugszentrum		
Total:	Fr. 10 500 000.–	(Konto 2320.503.30-266)
Per Ende 2006 verbraucht:	Fr. 0.–	
Budget 2007:	Fr. 0.–	
Budget 2008:	Fr. 300 000.–	

Liestal, Kantonsmuseum, Umbau und Sanierung		
Total:	Fr. 4 800 000.–	(Konto 2320.503.30-271)
Per Ende 2006 verbraucht:	Fr. 0.–	
Budget 2007:	Fr. 0.–	
Budget 2008:	Fr. 300 000.–	

Liestal, Turnhalle für Gymnasium Liestal		
Total:	Fr. 4 500 000.–	(Konto 2320.503.30-272)
Per Ende 2006 verbraucht:	Fr. 0.–	
Budget 2007:	Fr. 0.–	
Budget 2008:	Fr. 300 000.–	

Laufen, Gymnasium Sanierung Haustechnik		
Total:	Fr. 1 500 000.–	(Konto 2320.503.30-273)
Per Ende 2006 verbraucht:	Fr. 0.–	
Budget 2007:	Fr. 0.–	
Budget 2008:	Fr. 300 000.–	

Liestal, ZID, Notstrom / Rechenzentrum inkl. Ersatz Kälte		
Total:	Fr. 2 900 000.–	(Konto 2320.503.30-274)
Per Ende 2006 verbraucht:	Fr. 0.–	
Budget 2007:	Fr. 0.–	
Budget 2008:	Fr. 300 000.–	

Münchenstein, Gymnasium Sanierung Innenräume		
Total:	Fr. 12 000 000.–	(Konto 2320.503.30-278)
Per Ende 2006 verbraucht:	Fr. 0.–	
Budget 2007:	Fr. 0.–	
Budget 2008:	Fr. 300 000.–	

Muttenz, FHNW, Hochschule für Life Sciences		
Total:	Fr. 50 000 000.–	(Konto 2320.503.30-280)
Per Ende 2006 verbraucht:	Fr. 0.–	
Budget 2007:	Fr. 0.–	
Budget 2008:	Fr. 300 000.–	

Sissach, Landwirtschaftliches Zentrum Ebenrain, Sanierung		
Total:	Fr. 1 000 000.–	(Konto 2320.503.30-281)
Per Ende 2006 verbraucht:	Fr. 0.–	
Budget 2007:	Fr. 0.–	
Budget 2008:	Fr. 100 000.–	

Pratteln, KIGA-Gebäude / Arbeitsplatzoptimierung		
Total:	Fr. 2 000 000.–	(Konto 2320.503.30-282)
Per Ende 2006 verbraucht:	Fr. 0.–	
Budget 2007:	Fr. 0.–	
Budget 2008:	Fr. 300 000.–	

Gutsbetriebe Wildenstein und Arxhof, Laufställe		
Total:	Fr. 2 000 000.–	(Konto 2320.503.30-284)
Per Ende 2006 verbraucht:	Fr. 0.–	
Budget 2007:	Fr. 0.–	
Budget 2008:	Fr. 300 000.–	

Muttenz, FHNW, Hochschule für Pädagogik und Hochschule für Soziale Arbeit		
Total:	Fr. 90 000 000.–	(Konto 2320.503.30-310)
Per Ende 2006 verbraucht:	Fr. 0.–	
Budget 2007:	Fr. 7 400 000.–	
Budget 2008:	Fr. 300 000.–	

4.04.03 Unterhaltsmassnahmepläne

Nach durchgeführten Zustandsanalysen werden mehrjährige Unterhaltsmassnahmepläne erstellt und realisiert.

4.04.04 Unterhaltsstandard

Es sind Finanzmittel für den vom Regierungsrat im Jahr 2007 genehmigten Unterhaltsstandard bereitzustellen.

Finanzielle Auswirkungen
2008: 8 Mio. Fr.

4.04.05 Werterhalt

Der Mitteleinsatz für den Werterhalt ist abhängig von den vom Hochbauamt bewirtschafteten Flächen. Bei Flächenzuwachs (Neubauten, Raumerweiterungen) muss der Mehraufwand zusätzlich zum ordentlichen Budget bereitgestellt werden.

4.05 Umwelt und Energie

A Abfall / Ressourcenschonung / Altlasten / Umweltgefährdende Stoffe

Zur Schonung wichtiger Ressourcen wie Boden, Wasser, Stoffe und Energie werden mit vorbildlichen Projekten Weichen gestellt.

4.05.05 Projekte zur Ressourcenschonung

Ein Pilotprojekt «Cleaner Production» (Schonung von Ressourcen wie Energie, Wasser, Stoffe und Abfälle) bei KMU ist realisiert.

Finanzielle Auswirkungen
2008: 0.05 Mio. Fr.

4.05.06 Sanierung wichtiger belasteter Standorte

Der Kataster der belasteten Standorte ist erstellt und der Öffentlichkeit zugänglich. Die Chemiedeponien im Raum Muttens sind betreffend Sanierungsbedarf abschliessend beurteilt. Bei Schiessanlagen ist der Schadstoffeintrag in die Umwelt gestoppt. Damit sind Bundesbeiträge an künftige Sanierungen gesichert. Landratsvorlage ist in Vorbereitung.

Finanzielle Auswirkungen
2008: 0.22 Mio. Fr.

4.05.07 Flächenrecycling

Im Jahr 2008 sind noch keine Massnahmen vorgesehen, da das Vorhaben auf dem noch im Aufbau befindlichen Kataster der belasteten Standorte basiert.

4.05.08 Umweltmanagement in der Verwaltung und nachhaltige öffentliche Beschaffung

Erarbeitung eines Konzeptes zum Umweltmanagement in der Verwaltung.

Finanzielle Auswirkungen
2008: 0.05 Mio. Fr.

Landratsvorlage / Verpflichtungskredit LRB 2001 / 1384			
Total:	Fr.	500 000.–	(Konto: verschiedene; hauptsächlich 318.20)
Per Ende 2006 verbraucht:	Fr.	90 757.15	
Budget 2007:	Fr.	34 000.–	
Budget 2008:	Fr.	34 000.–	

4.05 Umwelt und Energie

B Grundwasser / Wasserversorgung / Wassernutzung

Die Versorgung mit Trinkwasser in guter Qualität und ausreichender Menge ist sichergestellt, indem Gefahrenquellen identifiziert und weitgehend eliminiert sowie wirksame Schutzzonen planerisch gesichert sind.

4.05.11 Konzept «Zukunft Wasserversorgung BL»

Die Strategie «Zukunft Wasserversorgung BL» wird erarbeitet.

Finanzielle Auswirkungen 2008: in der Laufenden Rechnung keine, da gebührenfinanziert (keine Belastung des Staatshaushalts)

4.05.12 Überwachung Grundwasserqualität

Systematische Überwachung der chemischen Belastung des Grundwassers bei belasteten Standorten (hot spots wie Muttener Hard, Pratteln, Schönenbuch, unteres Ergolzthal) und Aufbau einer Grundwasserdatenbank. Durchführung der Untersuchungen im Rahmen des nationalen Netzes zur Qualitätsbeobachtung des Grundwassers (NAQUA).

Finanzielle Auswirkungen 2008: in der Laufenden Rechnung keine, da gebührenfinanziert (keine Belastung des Staatshaushalts)

4.05.13 Wirksame Grundwasserschutzzonen und -areale

Ausscheidung, Anpassung und raumplanerische Sicherung von Schutzzonen und -arealen für Trinkwasserfassungen gemäss Prioritäten. Die Bedeutung von Schutzzonen zur Sicherstellung der Trinkwasserversorgung wird der Öffentlichkeit und den Entscheidungsträgern kommuniziert.

Finanzielle Auswirkungen 2008: in der Laufenden Rechnung keine, da gebührenfinanziert (keine Belastung des Staatshaushalts)

4.05 Umwelt und Energie

D Luftreinhaltung

Schutz der Umwelt und des Menschen vor übermässiger Luftbelastung durch die Sicherstellung der Einhaltung der Emissionsgrenzwerte und die Umsetzung der Massnahmen des Luftreinhalteplans.

4.05.30 Minderung der Staubemissionen

Minderung der Staubemissionen von Feststofffeuerungsanlagen und Bekämpfung der illegalen Abfallentsorgung in Holzfeuerungen.

4.05.31 Massnahmen des Luftreinhalteplans

Umsetzung der Massnahmen des Luftreinhalteplans und Begleitung von Projekten in anderen Politikbereichen.

4.05.32 Atmosphärische Gasheizungen

Umsetzung des Sanierungsprogramms für atmosphärische Gasheizungen.

4.05.33 Feinstaubproben

Charakterisierung der Zusammensetzung und der Herkunft von Feinstaubproben.

4.05.34 Controllingbericht

Controllingbericht zur Luftqualität und zur Wirkung des Massnahmenplans.

4.05 Umwelt und Energie

E Schutz vor Störfällen / Sicherheit

Die Errungenschaften der letzten Jahre und der hohe Sicherheitsstandard werden weitergeführt. Sicherheit ist als Querschnittsaufgabe in anderen Bereichen (wie zum Beispiel Raumplanung) integriert und wird dank GIS verbessert.

4.05.41 Risiko für das Projekt Salina Raurica

Das Risiko für das Projekt Salina Raurica, ausgehend von den Industriestandorten im Raum Schweizerhalle, soll anhand einer Risikoermittlung beurteilt und allfällige Massnahmen sollen vorgeschlagen werden.

Finanzielle Auswirkungen
2008: 0.05 Mio. Fr.

4.05 Umwelt und Energie

G Energie / Klimaschutz

Umsetzung der Strategie Energie und Klimaschutz mit den Zielen Energie sparen, Energieeffizienz und Anteil erneuerbarer Energie erhöhen und damit die CO₂-Emissionen reduzieren.

4.05.61 Finanzielle Anreize und Förderung im Bereich Energie

Die Förderbeiträge werden möglichst wirkungsvoll eingesetzt und einer Wirkungsanalyse unterzogen. Ein Förderprogramm für die Sanierung bestehender Bauten und die Finanzierung dieses Programms wird vorbereitet als Anschluss an das Gebäudeprogramm der Stiftung Klimarappen.

Finanzielle Auswirkungen
2008: 1 Mio. Fr.

Landratsvorlage / Verpflichtungskredit LRB 2004 / 186		
Total:	Fr. 4 000 000.–	(Konto 2330.365.80)
Per Ende 2006 verbraucht:	Fr. 0.–	
Budget 2007:	Fr. 756 732.–	
Budget 2008:	Fr. 750 000.–	

4.05.63 Erarbeitung und Umsetzung der kantonalen Energie- und Klimaschutzstrategie

Die Ziele zur Erreichung der «2000-Watt-Gesellschaft» Basel-Landschaft sind formuliert, der so genannte «Absenkpfad BL» ist definiert und durch den Regierungsrat und den Landrat beschlossen.

Finanzielle Auswirkungen
2008: 0.05 Mio. Fr.

Landratsvorlage ist in Vorbereitung.

4.05.64 Internationale Zusammenarbeit

Die Umsetzungspläne im Rahmen von Interreg IV für die Klimaschutzstrategie der Oberreinkonferenz sind formuliert und beschlossen.

Finanzielle Auswirkungen
2008: 0.02 Mio. Fr.

4.05 Umwelt und Energie

H Nachhaltige Entwicklung

4.05.73 Beitritt zu Novatlantis

Der Beitritt des Kantons Basel-Landschaft zu Novatlantis 2000-Watt-Gesellschaft ist erfolgt und erste Pilot- und Demonstrationsprojekte werden finanziell unterstützt.

Finanzielle Auswirkungen
2008: 0.35 Mio. Fr.

Landratsvorlage ist in Vorbereitung.

4.05 Umwelt und Energie

I Umweltbeobachtung / Wirkungsorientierter Umweltschutz

Die Lösung der Probleme in den Bereichen Umwelt und Energie erfolgt inhaltlich vernetzt und räumlich über die Grenzen hinweg. Die Verwaltung entwickelt sich weiter bezüglich Wirkungsorientierung und Effizienz.

4.05.80 Ökocontrolling

Realisierung des Beitrages des Kantons Basel-Landschaft zu den Pilotprojekten des «Netzwerkes Umweltdaten Schweiz (NUS)» von Bund und Kantonen in den Bereichen Bodenschutz und Gewässerschutz.

Finanzielle Auswirkungen
2008: 0.03 Mio. Fr.

4.05.81 Verwaltungskooperation

Weiterentwicklung der Kooperation mit dem AUE BS gemäss Landratsvorlage und Landratsbeschluss.

Finanzielle Auswirkungen
2008: 0.05 Mio. Fr.

4.05 Umwelt und Energie

J Nichtionisierende Strahlung

Schutz der Bevölkerung vor nichtionisierender Strahlung durch eine flächendeckende Überwachung der Immissionen und eine verstärkte Kontrolle von Sendeanlagen.

4.05.90 Aufbau eines Immissionskatasters

Aufbau eines Immissionskatasters und Validierung durch Messungen.

4.05.91 Feldkontrolle von Mobilfunkstationen

Verstärkte Feldkontrolle von Mobilfunkstationen sowie regelmässige Inspektionen der Betriebsparameter in den Mobilfunkzentralen.

4.05.92 Erhebung der Amateurfunksender

4.06 Industrielle Betriebe

Abwasserreinigung

- Sicherstellen einer nachhaltigen, gesetzeskonformen Abwasserreinigung im Kanton Basel-Landschaft durch stetige Weiterentwicklung und Werterhalt der Infrastruktur.
- Wertstoffe zurückgewinnen und im Sinne der Vorsorge gefährliche Schadstoffe (Hormone, Medikamente) vom Wasserkreislauf fernhalten durch eine nachhaltige Aufbereitung des Abwassers an der Quelle und in den ARA.
- Kanton bietet sich den Gemeinden als Dienstleister an und schafft Synergien durch vorhandenes Know-how.

Abfallentsorgung

- Sichere Lagerung von belasteten Abfällen im Kanton Basel-Landschaft zu marktkonformen Preisen.
- Wertstoffe in den Materialkreislauf zurückführen durch eine nachhaltige Aufbereitung von belasteten Abfällen.

Energieversorgung

- Produktion von Energie (Wärme und Strom) mit hoher Verfügbarkeit aus erneuerbaren Energiequellen (Holz, Deponiegas, Klärgas).

4.06.01 Ausbau und Erhalt der ARA Birs in Birsfelden

Ausbau der ARA Birs in Birsfelden und Aufhebung der ARA Birs 1 in Reinach.

Landratsvorlage / Verpflichtungskredit LRB 2004 / 308		
Total:	Fr. 56 950 000.–	(Konto 2341.501.51.066)
Per Ende 2005 verbraucht:	Fr. 17 636 826.89	
Budget 2006:	Fr. 14 500 000.–	
Budget 2007:	Fr. 11 000 000.–	

Finanzielle Auswirkungen
2008: in der Laufenden
Rechnung keine, da
gebühren-finanziert
(keine Belastung des
Staatshaushalts)

4.06.02 Mischwasserbehandlung im Birstal und Birsigtal

Bau von Mischwasserbecken zur Reduktion der Anzahl Entlastungen in die Gewässer im Fall von Regenwetter.

Für Birsigtal

Landratsvorlage / Verpflichtungskredit LRB 1991 / 2717		
Total:	Fr. 20 300 000.–	
Per Ende 2006 verbraucht:	Fr. 17 000 000.–	
Rest budgetiert für 2007 und 2008		

Finanzielle Auswirkungen
2008: in der Laufenden
Rechnung keine, da
gebühren-finanziert
(keine Belastung des
Staatshaushalts)

Für Birstal

Landratsvorlage / Verpflichtungskredit LRB 2004 / 308		
Total:	Fr. 24 700 000.–	(Konto 2341.501.52.118)
Per Ende 2005 verbraucht:	Fr. 4 580 518.42	
Budget 2006:	Fr. 1 500 000.–	
Budget 2007:	Fr. 2 200 000.–	
Rest budgetiert bis 2013		

4.06.03 Erhalt der ARA im Frenketal und Laufental

Für Frenketal

Landratsvorlage in Vorbereitung	
Total:	ca. Fr. 15 000 000.–
Realisierung 2008 – 2013	

Finanzielle Auswirkungen
2008: in der Laufenden
Rechnung keine, da
gebühren-finanziert
(keine Belastung des
Staatshaushalts)

Für ARA Liesberg

Landratsvorlage / Verpflichtungskredit LRB 2005 / 1324	
Total:	Fr. 3 100 000.– (Konto 2341.501.51.070)
Realisierung 2007 – 2009	

4.06.07 Werterhaltung der Infrastruktur im Bereich Abfallentsorgung

Werterhalt der Infrastruktur (Tunnel, Abdichtungen, Rohrleitungssysteme, Deponiegasproduktion) und bedarfsgerechter Ausbau der einzelnen Reaktorkompartimente.

Finanzielle Auswirkungen
2008: in der Laufenden
Rechnung keine,
da gebühren-finanziert
(keine Belastung
des Staatshaushalts)

Landratsvorlage Tunnelsanierung in Vorbereitung	
Total:	Fr. 2 100 000.– (Konto 2343.501.60.053)
Budget 2007:	Fr. 100 000.–
Budget 2008:	Fr. 1 900 000.–
Budget 2009:	Fr. 100 000.–

4.06.10 Standortvorteile zur Industrieansiedlung nutzen

Gezielte Ansiedlungen von Industriebetrieben, die Prozesswärme benötigen (zusammen mit der Wirtschaftsförderung des Kantons), durch gezielte Nutzung des Standortvorteils der vorhandenen Hoch- und Mitteltemperaturnetze der Fernwärme.
Laufende Gewinnung von neuen Kunden.

Finanzielle Auswirkungen
2008: in der Laufenden
Rechnung keine,
da gebühren-finanziert
(keine Belastung
des Staatshaushalts)

4.07 Raumplanung

A Grenzüberschreitende Raumentwicklung

Partnerschaftliche Gestaltung des Lebens- und des Wirtschaftsraumes der Region Basel. Zusammen sind die Infrastrukturen für die Erreichbarkeit der trinationalen Agglomeration auszubauen und zu betreiben. Die Sorge um die Umwelt und die Landschaften soll miteinander getragen werden. Für diese Zukunftsaufgaben ist eine gemeinsame Organisation einzurichten. Mit der Gründung des Trinationalen Eurodistricts Basel wird in den kommenden Monaten ein wichtiger Schritt zur Entwicklung und zur Gestaltung der gemeinsamen Zukunft getan.

4.07.01 Entwicklung des Trinationalen Eurodistricts Basel (TEB)

Umsetzung der Schlüsselprojekte und Etablierung einer neuen Organisationsform (Eurodistrict Basel) mit neuen Inhalten und Aufgaben (Internationale Bauausstellung Basel IBA).

Finanzielle Auswirkungen
2008: Anteil Regional-
planungsstelle beider
Basel (BS + BL) 0.1 Mio. Fr.

4.07 Raumplanung

B Kantonale Raumentwicklung

Kantonale Raumentwicklung bestehend aus: Umsetzung des Richtplans, Abstimmungstätigkeiten, Raumbeobachtung, Planungsprojekte (Salina Raurica, Dreispitz).

Ortsplanung Sicherung einer qualitativ hochwertigen baulichen Entwicklung und einer hohen Lebensqualität. Förderung der interkommunalen Zusammenarbeit zwecks koordinierter Entwicklung der Ballungsräume.

Diese Massnahmen dienen im Konkreten der Sicherung einer hochwertigen baulichen Entwicklung, der Sicherung und der Gestaltung der Freiräume, der Entwicklung einer hohen Lebensqualität – insbesondere Wohn- und Naherholungsqualität – und der Abstimmung im Bereich Verkehr und Siedlungsentwicklung.

4.07.11 Umweltbeobachtung

Die Umweltbeobachtung beschränkt sich auf die Entwicklung der Lärmbelastung (Erstellung Emissions- und Lärmbelastungskataster). Ergebnis der Raumbeobachtung sind periodisch erstellte Berichte.

4.07.12 Agglomerationsprogramm

Umsetzung eines Agglomerationsprogramms (Abstimmung Verkehr und Siedlungsentwicklung) in Zusammenarbeit mit den Nachbarkantonen und den ausländischen Nachbarn. Die für die Agglomeration Basel wichtigsten Verkehrsprojekte werden gemeinsam festgelegt und zur finanziellen Unterstützung in Bern eingegeben. Für die Umsetzung muss eine Trägerschaft etabliert werden.

Finanzielle Auswirkungen
2008: (Anteil BL)
0.05 Mio. Fr.

4.07.13 Salina Raurica

Nach Genehmigung des Projektes 2007 wird die Projektierung der Infrastrukturmassnahmen begonnen, im Wesentlichen die Projektierung des Längi-Parks, des Rhein-Parks, der Rheinstrassenverlegung sowie des ÖV-Korridors und neuer Haltestellen. Das Gebietsmanagement und -marketing wird aufgebaut. Erste Baumassnahmen beginnen nach der Projektierungsphase.

Finanzielle Auswirkungen
2008: (nur Amt für Raumplanung) 0.29 Mio. Fr.

Mehrere Landratsvorlagen.

4.07.14 Vereinheitlichung von Begriffen und Messweisen im Konkordat

Finanzielle Auswirkungen
2008: keine
(Budget ab 2009)

4.07.15 Workshop «Strukturen für eine interkommunale Zusammenarbeit im Wirtschaftsraum Basel» / Modellvorhaben: Aufgleisen von Workshops und einer Ergebniskonferenz

Diese Massnahmen dienen der Koordination und der Förderung der interkommunalen Zusammenarbeit (Erarbeitung von Modellprojekten und finanzieller Unterstützung durch den Bund und den Kanton (zum Beispiel Birs-Stadt); Durchführung von Workshops mit den Gemeinden und raumrelevanten Akteuren; Information der Bevölkerung, Organisation von öffentlichen Veranstaltungen; Erstellung von Publikationen.)

Finanzielle Auswirkungen
2008: 0.08 Mio. Fr.

4.07 Raumplanung

C Öffentlicher Verkehr

Massnahmen zur Förderung des öffentlichen Verkehrs im Kantonsgebiet und der grenzüberschreitenden Linien sowie Interessenwahrung im Rahmen der schweizerischen Verkehrspolitik. Erarbeitung einer umweltgerechten Lösung für den Gütertransport durch die Region.

4.07.20 Verbesserung des öffentlichen Verkehrs im Rahmen der Umsetzung des 5. Generellen Leistungsauftrags (GLA) und der Erarbeitung des 6. Generellen Leistungsauftrags (2010 – 2013)

- Erschliessung Widen (Münchenstein)
- Erschliessung Allschwil
- 1/4-Stunden-Takt auf dem Hauptnetz der Regio-S-Bahn.

Die Massnahmen lassen sich derzeit noch nicht beziffern. Im 5. GLA sind für die Jahre 2008 und 2009 Kosten von insgesamt 76.2 Mio. Fr. vorgesehen. Die Kosten werden sich danach voraussichtlich bei ca. 40 Mio. Fr. stabilisieren.

Finanzielle Auswirkungen
2008: 33.9 Mio. Fr.

4.07.21 Ausbau der Regio-S-Bahn

Fertigstellung der Massnahmen im Bereich der Infrastruktur der Haltestellen und des kombinierten Verkehrs (gemäss LRB 2005 / 1018 vom 3. Februar 2005), namentlich der Station Dornach – Arlesheim.

Finanzielle Auswirkungen
2008: 12.6 Mio. Fr.

4.07.23 Weitere Investitionshilfen für die Transportunternehmen im Rahmen des 9. Rahmenkredits des Bundes

Beiträge an die Transportunternehmen für die Investitionshilfe im Rahmen von Leistungsvereinbarungen mit dem Bund. Dabei werden pro Jahr im Schnitt Mittel von ca. 8 Mio. Fr. benötigt, wobei die Zahl je nach Stand der Grossprojekte schwanken kann und eine Abgrenzung zu den Vorlagen des Tiefbauamtes im Einzelfall abgeklärt werden muss.

Finanzielle Auswirkungen
2008: keine
(Budget ab 2009)

4.07.24 Öffentlichkeitsarbeit für die strategischen Verkehrsvorhaben

Die Anliegen des Kantons sollen gegenüber dem Bund deutlich mehr Beachtung finden, namentlich das Projekt «Wisenberg-Tunnel».

Finanzielle Auswirkungen
2008: 0.05 Mio. Fr.

4.07 Raumplanung

D Denkmalschutz / Ortsbildpflege

Fachgerechte Erhaltung und Schutz von Kulturdenkmälern und Ortsbildern sowie qualitative Förderung der städtebaulichen Entwicklung.

4.07.31 **Unterschutzstellung von wertvollen historischen Zeugen**

Unterschutzstellung von wertvollen historischen Zeugen, angemessene und fachlich einwandfreie Begleitung von Bau- und Renovationsvorhaben bei geschützten Kulturdenkmälern.

Finanzielle Auswirkungen
2008: Subvention / Experten 0.8 Mio. Fr.

4.07.32 **Grundlagen: Publikationsreihe «Kunstdenkmäler der Schweiz»**

- Fertigstellung von Band IV, Bezirk Waldenburg;
- Erstellung von Band V, Bezirk Laufen;
- Einreichung einer Landratsvorlage zwecks Finanzierung von Band V.

Finanzielle Auswirkungen
2008: Personal / Sachkosten 0.1 Mio. Fr.

4.07.33 **Grundlagen: Überarbeitung von ISOS regional**

Sachdienliche Publikation für Gemeinden und Kanton (Kantonsaufgabe).

Finanzielle Auswirkungen
2008: Sachkosten keine
(Budget ab 2009)

4.08 Natur- und Landschaftsschutz

Erhaltung und Förderung einer intakten, vielfältigen und charakteristischen Landschaft mit ihrer spezifischen biologischen Vielfalt.

4.08.03 **Fortsetzung des Programms «Ökologischer Ausgleich im Landwirtschaftsgebiet»**

Finanzielle Auswirkungen
2008: 4.5 Mio. Fr.

4.08.04 **Fortsetzung des Programms «Naturschutz im Wald»**

Finanzielle Auswirkungen
2008: 1.9 Mio. Fr.

4.08.05 **Unterschutzstellung von Naturobjekten**

Unterschutzstellung und fachgerechter Unterhalt der national und regional bedeutsamen Naturobjekte (inklusive Umsetzung der Bundesinventare, Naturschutzdienst, Artenschutz).

Finanzielle Auswirkungen
2008: 1.3 Mio. Fr.

4.08.06 **Einführung der Qualitätssicherung Natur- und Landschaftsschutz**

Finanzielle Auswirkungen
2008: 0.48 Mio. Fr.

4.08.07 **Start des Programms «Natur in der Siedlung»**

Finanzielle Auswirkungen
2008: 0.2 Mio. Fr.

4.08.08 **Abschluss der Leistungsvereinbarung Natur und Landschaft**

Abschluss der Leistungsvereinbarung Natur und Landschaft mit dem Bund (Erträge) im Rahmen der NFA.

Finanzielle Auswirkungen
2008: 0.9 Mio. Fr.



JPMD: Schalter Motorfahrzeugkontrolle, Füllinsdorf

5 Justiz-, Polizei- und Militärdirektion (JPMD)

Sabine Pegoraro, Regierungspräsidentin



1. Sicherheit: Tagesgeschäft und Sonderaufgaben müssen funktionieren Engagierte Arbeit im weiten Bereich der Sicherheit – von der Polizei über den Bevölkerungsschutz, den Krisenstab bis hin zur Migration – hat zur insgesamt erfreulich positiven Sicherheitslage im Kanton Basel-Landschaft beigetragen. Ermöglicht haben das die Mitarbeitenden, aber auch die Geldgeber, das Parlament und der Souverän. Dieses gute Niveau gilt es zu halten, Schwerpunkte neu zu definieren und umzusetzen. Vor allem aber müssen wir neben diesem Tagesgeschäft auch in der Lage sein, spezielle und sehr grosse Herausforderungen Bürger orientiert, kompetent und engagiert zu meistern. Das zentrale Thema in diesem Gebiet wird die Sicherheit an der Euro 08 sein. Die Sicherheitsverantwortlichen der Polizei, des Bevölkerungsschutzes und aus anderen Bereichen der JPMD werden dazu beitragen, dass Fans und Bevölkerung ein hoffentlich sicheres und friedliches Fussballfest feiern können. Damit das gelingt, sind ausführliche Planungsarbeiten für die Sicherheit rund um das Fussballstadion St. Jakob, aber auch für die anderen öffentlichen Fanzonen im Baselbiet notwendig. Zudem müssen der zusätzlich anfallende Fahrzeugverkehr möglichst störungsfrei bewältigt und der Parkraum geplant und bewirtschaftet werden. Kriminalpolizeiliche Vorkehren gilt es gemeinsam mit dem Partnerkanton Basel-Stadt vorzubereiten und zu realisieren.

2. Grössere Projekte Die Palette bei den grösseren Projekten reicht von Verbesserungsprojekten im direkten Kontakt mit der Kundschaft, wie zum Beispiel der Einführung eines Allround-Schalters bei der Motorfahrzeugkontrolle, bis hin zur weiteren Planungsarbeit an bereits lancierten Vorhaben, wie beispielsweise dem Projekt für ein Jugendvollzugszentrum auf dem Gebiet des Arxhofs in Niederdorf.

3. Gesetzgebung – die dritte Säule der Tätigkeit Im Zentrum stehen der Bereich Datenschutz mit den Anpassungen an die Abkommen von Schengen / Dublin, aber auch der Vollzug der Integrationsgesetzgebung und die Weiterführung der Arbeiten für die Umsetzung der Schweizerischen Strafprozessordnung mit der Einführung des Staatsanwaltschaftsmodells im Kanton Basel-Landschaft.

5.01 Polizei

Euro 08: Spannende Fussballspiele in einem sicheren Umfeld. Die Euro 08 ist eine grosse Herausforderung auch für die Kräfte der Sicherheit und des Bevölkerungsschutzes. Deshalb werden die Planungs- und die Umsetzungsarbeiten, aber auch die Nachbereitung des Grossanlasses einen grossen Teil der Personalressourcen dieser Dienste beanspruchen. Im Kanton Basel-Landschaft bedeutet das für die Polizei die Aufrechterhaltung von Sicherheit und Ordnung im öffentlichen Raum sowie die Durchführung der verkehrs- und der kriminalpolizeilichen Massnahmen während der Euro 08. Die Euro 08 soll den Aktiven, den Besucherinnen und Besuchern und der einheimischen Bevölkerung in bester Erinnerung bleiben, auch was die Sicherheit angeht.

5.01.02 Anpassung der polizeilichen Aus- und Weiterbildung

Die Interkantonale Polizeischule Hitzkirch (IPH) hat ihren Betrieb am 1. September 2007 aufgenommen. Die Aus- und Weiterbildungen sowohl in Hitzkirch als auch im Korps der Polizei Basel-Landschaft werden aufgrund der gemachten ersten Erfahrungen zu überprüfen sein und müssen allenfalls entsprechend angepasst werden. Instrumente zur Sicherstellung des Lerntransfers und der Ausbildungsqualität wurden definiert und werden 2008 eingeführt und auf ihre Wirksamkeit hin überprüft.

5.01.09 Zusammenarbeit mit den Gemeinden

Neben den «Runden Tischen Sicherheit» mit den Gemeinden ist die polizeiliche Zusammenarbeit mit den Gemeinden zu analysieren und eventuell neu auszurichten. Die Erfahrungen aus anderen Kantonen mit ihren Modellen für die polizeiliche Zusammenarbeit mit ihren Gemeinden sind in diese Arbeiten einzubeziehen.

5.01.10 Reorganisation der Hauptabteilung Sicherheit und Ordnung

Polizeipräsenz wirkt präventiv. Deshalb sollen die Strukturen der Hauptabteilung Sicherheit und Ordnung optimiert und verstärkt werden. Mittel dazu sind eine professionelle Einsatzplanung und die Bildung eines mobilen Einsatzelementes. Dazu werden 10 – 20 Polizeimitarbeitende zur Verfügung stehen, um die Polizeipatrouillen vor Ort an neuralgischen Punkten und bei speziellen Vorkommnissen wirksam und rasch zu unterstützen.

Finanzielle Auswirkungen
2008: 0.4 Mio. Fr.

5.01.12 Motivationshilfen für die Erstattung von Strafanzeigen

Aufgabe des Staates ist es, Opfer zu schützen und Täter zur Verantwortung zu ziehen. Niemand soll aus Angst von der Erstattung einer Strafanzeige absehen müssen. Im letzten Jahr ist eine fachübergreifende Fachgruppe eingesetzt worden, die zur Zeit Vorschläge für Motivationshilfen zur Erstattung von Strafanzeigen ausarbeitet. 2008 werden diese Massnahmen umzusetzen sein.

5.01.13 Qualitätssicherung in der Kriminaltechnik

Bei der Spurensicherung an Tatorten und bei deren Auswertung wird ein Qualitätssicherungssystem erforderlich. Die wichtigsten Bereiche der Kriminaltechnik sollen durch die Qualitätssicherung vereinheitlicht und aufgewertet werden. Es ist sicherzustellen, dass die Tatortarbeit und die Bearbeitung der Spuren Schritt für Schritt dokumentiert werden und jederzeit nachvollziehbar sind.

5.01.16 Sicherheit während der Fussball-Europameisterschaft (Euro 08)

Die Polizei will mit ihrem Einsatz mithelfen, dass die Grossveranstaltung Euro 08 in einem friedlichen und sicheren Umfeld durchgeführt werden kann. Der Schutz, die Sicherheit und die Mobilität der Bevölkerung, der Besucherinnen und Besucher sowie der Teilnehmenden soll gewährleistet sein. Wichtig ist, dass die Einsatzkräfte sehr gut auf die Euro 08 vorbereitet werden.

Finanzielle Auswirkungen
2008: soweit die Über-
stunden nicht kompensier-
bar sind: im Maximum
1.57 Mio. Fr.

5.01.17 Patientenleitsystem

Im Rahmen der Euro 08 ist geplant, schweizweit ein Patientenleitsystem einzuführen. Diese Einführung wird durch den Kantonalen Krisenstab (KKS) realisiert werden. Mit diesem System werden bei Grossereignissen die Daten von Unverletzten, Verletzten, Vermissten und Angehörigen durch die Einsatzkräfte erfasst und zentral zusammengeführt.

5.01.18 Einheitstarif Parkraum St. Jakob

Das Parkraumangebot im Gebiet der Sportanlagen St. Jakob genügt nicht. Deshalb wird ein Parkierungskonzept für Parkplätze im Raum St. Jakob umgesetzt und es wird ein Einheits-tarif für diesen Parkraum geschaffen. Voraussetzung dazu ist die Möglichkeit der regelmässigen Nutzung der Reitsportanlage Schänzli als Parkraum.

5.02 Migration / Integration

Das kantonale Einführungsgesetz zum neuen Ausländergesetz (AuG) wird zusammen mit dem Bundesgesetz voraussichtlich am 1. Januar 2008 in Kraft treten. Im Kanton Basel-Landschaft sind die notwendigen Vorbereitungen zu treffen, damit die Integrationsbestimmungen – wozu insbesondere der Grundsatz des «Forderns und des Förderns» gehört – umgesetzt werden können.

5.02.01 Umsetzung der Integrationsgesetzgebung

Die Fachstelle für Integrationsfragen gehört seit dem 1. August 2007 zum Generalsekretariat der Justiz-, Polizei- und Militärdirektion. Bis 2008 ist die Integration in die neue Direktion abgeschlossen. Wichtig ist, dass die rechtlichen Voraussetzungen für den Vollzug des Integrationsgesetzes in der Form einer Verordnung geschaffen werden. Ebenfalls muss sich die neue Kommission für Integrationsfragen konstituieren. Zum Vollzug des Integrationsgesetzes zählen auch die Information der Arbeitgeberschaft über die Angebote der Integrationsförderung sowie die Vorbereitung und der Abschluss von Integrationsvereinbarungen mit ausländischen Staatsangehörigen.

5.03 Jugendanwaltschaft / Jugend

Die Jugendanwaltschaft übt mit ihren Aufgaben «Untersuchung», «Anklage», Strafbefehle», «Vollzug der Sanktionen» und «Prävention» eine zentrale Rolle bei der Bewältigung von Jugenddelinquenz aus. Das Jahr 2008 wird primär durch die Umsetzung des im Jahr 2007 neu eingeführten kantonalen und eidgenössischen Jugendstrafrechts geprägt sein.

5.03.03 Weiterführung der Elternworkshops

Die Jugendanwaltschaft will weiterhin präventiv auf die Jugenddelinquenz einwirken, indem sie die Eltern gefährdeter Jugendlicher frühzeitig und wirkungsvoll unterstützt. Die bereits eingeführten Elternworkshops zur Unterstützung und Beratung betroffener Eltern werden fortgesetzt.

5.03.05 Umsetzung der neuen gesetzlichen Regelungen in der Praxis

Die Einführung der neuen Regelungen des eidgenössischen Jugendstrafrechts und des kantonalen Jugendstrafverfahrensgesetzes sowie die Schaffung eines eigenen polizeilichen Jugenddienstes haben diverse technische und organisatorische Änderungen (unter anderem neue EDV-Softwarelösungen) zur Folge. Die Einführung und die Umsetzung der neuen Regelungen wird zur Hauptsache in den Jahren 2007 und 2008 erfolgen.

5.04 Staatsanwaltschaft

Im Bund wird – voraussichtlich per 1. Januar 2010 – die schweizerische Strafprozessordnung eingeführt. Diese sieht die Einführung des Staatsanwaltschaftsmodells mit dem eingeleiteten Verfahren vor. Das Staatsanwaltschaftsmodell wird das zweistufige Untersuchungsrichtermodeill im Kanton Basel-Landschaft ablösen. Es gilt die notwendigen Vorkehrungen zu treffen, damit das Staatsanwaltschaftsmodell im Kanton ohne Verzug eingeführt werden kann.

5.04.02 Vorbereitungen für die Einführung des Staatsanwaltschaftsmodells

Eine Projektgruppe – geleitet von der Justiz-, Polizei- und Militärdirektion und vom Kantonsgericht – erarbeitet zur Zeit Vorschläge für die Strukturen und für die Abläufe bei der neuen Staatsanwaltschaft. Gleichzeitig ist das kantonale Einführungsgesetz zur schweizerischen Strafprozessordnung vorzubereiten.

5.05 Strafvollzug / Freiheitsentzug

5.05.02 Projekt für ein Jugendvollzugszentrum Nordwest- und Innerschweiz

Das neue Jugendstrafrecht sieht die Möglichkeit vor, gegenüber Jugendlichen Einschliessungsstrafen bis zu vier Jahren anzuordnen. Zur Zeit wird geprüft, ob auf dem Areal des Massnahmenzentrums für junge Erwachsene auf dem Arxhof, Niederdorf, ein Jugendvollzugszentrum mit 16 – 18 Plätzen für den Vollzug von Einschliessungsstrafen gebaut und betrieben werden soll. Die Kantone des Strafvollzugskonkordates der Nordwest- und der Innerschweiz sind an diesem Projekt sehr interessiert. Zur Zeit wird eine Machbarkeitsstudie ausgearbeitet. 2008 wird aufgrund der Ergebnisse der Machbarkeitsstudie über die Weiterführung des Projektes entschieden.

5.05.03 Täter-Opfer-Ausgleich

Es hat sich gezeigt, dass speziell bei den Strafverfolgungsbehörden Interesse am Täter-Opfer-Ausgleich besteht. Darunter wird der Weg verstanden, mit Hilfe eines Mediators eine aussergerichtliche Konfliktregelung zu finden und sich über eine Wiedergutmachung zu verständigen. Die schweizerische Strafprozessordnung sieht den Täter-Opfer-Ausgleich nicht mehr ausdrücklich vor. Dennoch kann es im Rahmen von Strafverfahren sinnvoll sein, einen Täter-Opfer-Ausgleich anzustreben. Die JPMD will 2008 ein Pilotprojekt starten, dessen Ergebnisse die Grundlage liefern sollen für den Entscheid über die verbreitete Anwendung dieses Instrumentes im Kanton Basel-Landschaft.

5.05.04 Haftplätze in der PUK Basel

Im Rahmen der baulichen Erweiterung der PUK Basel bietet sich die Möglichkeit, fünf Haftplätze im geschlossenen Bereich zu mieten, wodurch diese Plätze ganzjährig für die Bedürfnisse des Kantons Basel-Landschaft reserviert sind. Für die Unterbringung psychisch kranker Untersuchungsgefangener und für Personen im Straf- und Massnahmenvollzug, die wegen ihres Gefährdungspotenzials dauernd überwacht werden müssen, ist der Kanton dringend auf diese fünf Plätze angewiesen. Im Kanton Basel-Landschaft besteht kein entsprechendes Angebot.

Finanzielle Auswirkungen
2008 und folgende Jahre:
1.2 Mio. Fr.

5.06 Bevölkerungsschutz

Das Erdbebenrisiko ist im Baselbiet höher als anderswo in der Schweiz. Sachlich und ohne die Bevölkerung zu verängstigen, sollen weitere Vorkehrungen getroffen werden, um die Bevölkerung im Ereignisfall gut schützen und um materielle und körperliche Schäden möglichst gering halten zu können.

Die Grossveranstaltung Euro 08 ist auch für die Sicherheitskräfte ausserhalb der Polizei wie Zivilschutz, Wehrdienste, Sanität und Spitäler eine grosse Herausforderung, die es im Jahr 2008 zu meistern gilt.

5.06.03 Erdbebenvorsorge

Die Mikrozonierung umfasst heute beinahe den ganzen Kanton und steht kurz vor dem Abschluss. Im Jahr 2008 wird die Erdbebenkarte den Fachpersonen und den Fachstellen im Bauingenieurwesen an Orientierungs- und Weiterbildungsveranstaltungen sowie mittels einer Informationsplattform umfassend bekannt gemacht. In einem weiteren Schritt werden die Vorbereitungen für die Erneuerung und für die Erweiterung der Erdbebenmessstationen im Kanton Basel-Landschaft getroffen.

Finanzielle Auswirkungen
2008: 0.05 Mio. Fr.

5.06.04 Euro 08

Zivilschutzformationen aus dem Kanton Basel-Landschaft werden für Logistik-, Sanitäts-, Betreuungs-, ABC- und allgemeine Unterstützungsaufgaben in Bereitschaft gestellt (siehe auch Punkt Nr. 5.01.16).

5.08 Motorfahrzeugkontrolle (MFK)

Die MFK will noch stärker als bisher die Kundinnen und Kunden ins Zentrum ihrer Tätigkeit setzen. Weitere Verbesserungen in der Dienstleistungsqualität sollen deshalb verwirklicht werden.

5.08.03 Strassenverkehrsamt

In praktisch allen Schweizer Kantonen werden die Dienstleistungen der MFK – insbesondere die Ausstellung von Führer- und Fahrzeugausweisen sowie der Bezug der Kontrollschilder – und der Motorfahrzeugprüfstation (MFP) durch dieselbe Institution, nämlich das Strassenverkehrsamt, erbracht. Zur Zeit wird geprüft, ob auch in den beiden Basel ein Strassenverkehrsamt realisiert werden soll. Bis 2008 soll eine Detailstudie vorliegen, die mögliche Varianten für die Verwirklichung eines solchen Modells aufzeigt. Die Ergebnisse dieser Studie werden die Grundlage für den Entscheid über das weitere Vorgehen bilden.

5.08.04 Allround-Schalter

Eine neue EDV-Applikation ermöglicht einen einfacheren Zugang der Mitarbeitenden zu allen Geschäftsfällen. Damit kann der Allround-Schalter geschaffen werden: Ab Mai 2008 wird es den Kundinnen und Kunden der MFK möglich sein, alle Geschäfte an einem einzigen Schalter zu erledigen.

5.09 Rechtsetzung

Im Kanton Basel-Landschaft sind rechtzeitig die verfassungsrechtlichen und die gesetzlichen Voraussetzungen zu schaffen, damit die neue Bundesgesetzgebung – an vorderster Stelle die Schweizerische Strafprozessordnung und die Bundeszivilprozessordnung – voraussichtlich 2010 in Kraft treten können.

Verschiedene Gesetzgebungsvorhaben

Im Jahr 2008 stehen auf kantonaler Ebene die folgenden Gesetzgebungsvorhaben im Vordergrund:

- Revision des Ombudsmangegesetzes **5.09.03**
- Revision des Filmgesetzes **5.09.05**
- Revision des Landratsgesetzes **5.09.11**
- Entwurf eines Einführungsgesetzes zur Schweizerischen Strafprozessordnung **5.09.12**
- Entwurf eines Einführungsgesetzes zur Bundeszivilprozessordnung **5.09.13**
- Entwurf eines neuen Datenschutzgesetzes, mit der Einführung des Öffentlichkeitsprinzips **5.09.14** und **5.09.10**.

5.09.16 Überprüfung der gesetzlichen Regelungen im Bereich Alkohol und Jugendschutz

Zur Zeit klärt eine Fachgruppe ab, ob die Jugendschutzbestimmungen betreffend Alkohol im Gastgewerbegesetz verstärkt werden müssen. Für den Fall, dass Handlungsbedarf besteht, wird ein Entwurf für die Anpassung des Gastgewerbegesetzes vorbereitet. Der Landrat überwies dem Regierungsrat verschiedene parlamentarische Vorstösse, welche die Überprüfung der geltenden gesetzlichen Regelungen verlangen.

5.09.17 Revision der Gebührenverordnung zum Zivilrecht

Die Gemeinden stellten die Forderung, bestimmte Tätigkeiten im Bereich des Vormundschafswesens der Gebührenpflicht zu unterstellen. Eine Arbeitsgruppe unter der Leitung der Justiz-, Polizei- und Militärdirektion, der auch Vertretungen der Gemeinden angehören, erhielt den Auftrag, Grundlagen für die Erhebung von Gebühren im Vormundschafsbereich zu erarbeiten. In der zweiten Hälfte 2007 / erste Hälfte 2008 wird die Gebührenverordnung entsprechend den Ergebnissen der Arbeitsgruppe revidiert werden.

5.10 Weitere Projekte und Dienstleistungen

F Zivilstandswesen

Die Projekte zielen darauf ab, die Qualität der Dienstleistungen in der JPMD zu steigern, damit die hohen Erwartungen der Kundinnen und Kunden erfüllt werden können. Die Organisationsprojekte haben zum Ziel, schlanke Strukturen auf der Grundlage effizienter Abläufe zu erreichen. Dadurch soll die Bevölkerung möglichst einfach und kostengünstig Zugang zu den Dienstleistungen erhalten.

5.10.50 Überprüfung der Organisation des Zivilstandswesens

Seit Juni 2004 sind alle Zivilstandsämter in der Schweiz an Infostar (= Informatisiertes Standesregister) angeschlossen. Je mehr Personen an Infostar angeschlossen sind, desto grösser ist der Effizienzgewinn. Der personelle Aufwand der sechs Zivilstandsämter im Kanton Basel-Landschaft wird sich mittelfristig verringern. Entsprechend sind die Strukturen und die Abläufe im Zivilstandswesen zu überprüfen. Seit April 2007 ist eine Arbeitsgruppe eingesetzt mit dem Auftrag, Vorschläge für eine neue Struktur der Zivilstandsämter auszuarbeiten. Führen die Erkenntnisse der Arbeitsgruppe zu einer Strukturänderung, ist die Revision des Zivilstandsdekrets einzuleiten.

5.10 Weitere Projekte und Dienstleistungen

G Diverses

Die Projekte zielen darauf ab, die Qualität der Dienstleistungen in der JPMD zu steigern, damit die hohen Erwartungen der Kundinnen und Kunden erfüllt werden können. Die Organisationsprojekte haben zum Ziel, schlanke Strukturen auf der Grundlage effizienter Abläufe zu erreichen. Dadurch soll die Bevölkerung möglichst einfach und kostengünstig Zugang zu den Dienstleistungen erhalten.

5.10.60 Neuorganisation des Fundwesens und des Verwertungswesens

In der zweiten Hälfte 2007 wird das neue kantonale Einführungsgesetz zum Zivilgesetzbuch (ZGB) in Kraft treten. Darin werden auch das Fundwesen und das Verwertungswesen im Kanton neu geregelt. Bei der JPMD werden das kantonale Fundbüro und der Verwertungsdienst eingerichtet, die im ehemaligen Zeughaus an der Oristalstrasse 100 in Liestal untergebracht sein werden. Im Jahr 2008 werden die beiden neuen Dienste ihre Aufgaben nach der Einführungsphase vollumfänglich erfüllen können.

5.11 Familienfragen

Die Ausarbeitung einer Leistungsvereinbarung zwischen dem Kanton und dem Baselbieter Bündnis für Familien, die Koordination von Querschnittsaufgaben, die Erstellung eines Familienberichtes und die Umsetzung eines Familienhandbuches stehen im Zentrum der Tätigkeiten.

5.11.01 Baselbieter Bündnis für Familien

Zwischen dem Kanton und dem Baselbieter Bündnis für Familien ist eine Leistungsvereinbarung auszuarbeiten. Die Mitwirkung im Baselbieter Bündnis für Familien durch die Fachstelle für Familienfragen ist im Rahmen der vereinbarten Leistungen und den budgetierten Geldern sicherzustellen.

Planungsstand: Ab Januar 2008 | **Datum der Zielerreichung:** 30. Juni 2008.

5.11.02 Kantonsinterne Koordinationssitzung

Koordination möglicher Querschnittsaufgaben. Gedankenaustausch über laufende und geplante Geschäfte. Einmal jährlich eine Sitzung mit allen involvierten Stellen der kantonalen Verwaltung und auch externen Partnern.

Planungsstand: Ab Januar 2008 | **Datum der Zielerreichung:** 30. Juni 2008.

5.11.03 Familienbericht

Für die Jahre 2008 und 2009 werden im Budget der Fachstelle für Familienfragen zwei Jahrestanchen eingestellt für die Konzeption, die externe Erarbeitung und die Veröffentlichung eines Familienberichtes über die Situation der Familien im Kanton Basel-Landschaft.

Planungsstand: Ab Januar 2008 | **Datum der Zielerreichung:** 31. Oktober 2008.

Finanzielle Auswirkungen
2008: 0.08 Mio. Fr.

5.11.04 Familienhandbuch

Laufende Umsetzung und Aufschaltung im Internet, letzteres in Koordination mit der Direktionsinformatik.

Planungsstand: Ab Januar 2008 | **Datum der Zielerreichung:** 31. Dezember 2008.

Finanzielle Auswirkungen
2008: 0.01 Mio. Fr.



BKSD: Empfang Berufsfachschule Gesundheit Baselland, Münchenstein

6 Bildungs-, Kultur- und Sportdirektion (BKSD)

Urs Wüthrich-Pelloli, Regierungsrat



Im Bildungsbereich stehen drei Projekte im Zentrum:

1. **HarmoS** Die Harmonisierung der obligatorischen Schule (HarmoS) ist ein prioritäres Projekt der Schweizerischen Konferenz der kantonalen Erziehungsdirektoren (EDK).

Für den Kanton Basel-Landschaft ergibt sich erheblicher Veränderungsbedarf. Gesamtschweizerisch einheitlich zu regeln sind das Schuleintrittsalter und die Schulpflicht, die Dauer und die Ziele der Bildungsstufen und deren Übergänge sowie die Anerkennung von Abschlüssen.

2. **Bildungsraum Nordwestschweiz** Die Kantone Basel-Landschaft, Basel-Stadt, Aargau und Solothurn unternehmen zusammen eine grosse Anstrengung, ihre verschiedenen Bildungssysteme im Rahmen der Umsetzung von HarmoS miteinander zu entwickeln und einander anzupassen.

3. **Bildungsbericht 2007** Gemäss Bildungsgesetz nimmt der Regierungsrat aufgrund eines Berichtes alle vier Jahre zur Qualität der öffentlichen Schulen im Kanton Stellung. Der Bericht hat die Aufgabe, Rechenschaft über das Erreichte gegenüber Parlament und Öffentlichkeit abulegen. Der Bildungsbericht 2007 soll eine informative Grundlage über den erreichten Stand der Entwicklung des Bildungswesens darstellen und Perspektiven aufzeigen. Er wird insbesondere genutzt für das Legislaturprogramm des Regierungsrates für die Jahre 2008 – 2011.

Im Kulturbereich ist das Kultugesetz das bedeutungsvollste Projekt. Es regelt die Belange der zukünftigen Kunst- und Kulturförderung im Kanton Basel-Landschaft. Die Förderung und die Pflege von Kunst und Kultur besteht als generelle öffentliche Aufgabe in der Kantonsverfassung. Kanton und Gemeinden stehen in gemeinsamer Verantwortung. Angesichts der Tatsache, dass das urbane und damit kulturelle Zentrum der Region ausserhalb des Kantons Basel-Landschaft liegt, kommt dem Kanton Basel-Landschaft betreffend Förderung und Pflege von Kunst und Kultur eine besondere Rolle zu. Das Gesetz berücksichtigt die kulturpolitische Praxis des Kantons seit 1985 und integriert alle Handlungs- und Wirkungsfelder: Museen, Bibliotheken, Archäologie, zeitgenössische Kunst- und Kulturförderung.

Das ganze Jahr 2008 steht im Zeichen der Fussball-Europameisterschaft Euro 08 in der Schweiz mit allen Vorrundenspielen der Schweizer Fussballnationalmannschaft im Stadion St. Jakob-Park in Basel. Unsere Region ist mit Sicherheit gut vorbereitet. Wenn das Feuer der Begeisterung auf die Bevölkerung überspringt, kann der Sommer 2008 zu einem unvergesslichen Ereignis werden, das unsere Region in der ganzen Welt bekannt macht.

Teil Bildung

6.01 Bildungswesen allgemein

Konkordat obligatorische Schule (HarmoS) und Schaffung eines Bildungsraums Nordwestschweiz
Die Harmonisierung und die Weiterentwicklung der obligatorischen Schule ist ein prioritäres Projekt der Schweizerischen Konferenz der kantonalen Erziehungsdirektoren (EDK). Vorgesehen ist, dass das aufgrund der Vernehmlassungsergebnisse überarbeitete HarmoS-Konkordat 2007 gutgeheissen wird und die Kantone zum Beitritt eingeladen werden. Ergänzend dazu planen die Regierungen der Kantone Aargau, Basel-Landschaft, Basel-Stadt und Solothurn eine gemeinsame und weitergehende Umsetzung des HarmoS-Konkordates.

6.01.01 Berufsauftrag für Lehrpersonen

Der Berufsauftrag für Lehrpersonen wird zusammen mit den Sozialpartnern überprüft und dort, wo es nötig ist, angepasst.

6.01.04 Gesamtsprachenkonzept

Der Landrat hat am 18. Januar 2007 den Regierungsrat beauftragt, das Gesamtsprachenkonzept der Schweizerischen Konferenz der kantonalen Erziehungsdirektoren (EDK) mit Französisch ab 3. Klasse der Primarschule und mit Englisch ab 5. Klasse der Primarschule umzusetzen und eine entsprechende Vorlage vorzubereiten. Vor allem die Weiterbildung der Lehrpersonen ist vorrangig in die Wege zu leiten.

Finanzielle Auswirkungen

2008: 0.86 Mio. Fr.

2009: 0.66 Mio. Fr.

2010: 0.94 Mio. Fr.

2011: 0.94 Mio. Fr.

Verpflichtungskredit / Landratsvorlage			
Total:	Fr.	513 000.–	(Konto 2503)
Total Weiterbildung Lehrpersonen:	Fr.	4 400 000.–	
Per Ende 2007 verbraucht:	Fr.	300 000.–	
Budget 2008:	Fr.	200 000.–	und 660 000.–

6.02 Volksschule, Kindergarten, Primarschule, Sekundarstufe I

6.02.02 PISA 2006

Bei den Kompetenzmessungen zu PISA (Programme for International Student Assessment) wird geklärt, ob die Jugendlichen vorbereitet sind, sich den Herausforderungen des beruflichen Lebens und der demokratischen Institutionen zu stellen. Im dritten PISA-Zyklus mit dem Schwerpunkt Naturwissenschaften hat sich der Kanton Basel-Landschaft mit einer kantonal auswertbaren Stichprobe beteiligt. Im Jahre 2008 ist eine Publikation der Resultate vorgesehen.

Finanzielle Auswirkungen

2008: 0.02 Mio. Fr.

6.02.07 Umsetzung der Pensenpool-Regelung Spezielle Förderung

Es ist beabsichtigt, eine Pensenpool-Regelung für die Ressourcensteuerung im Bereich der Speziellen Förderung an der Volksschule einzuführen. Eine über die veränderte Mittelsteuerung hinaus reichende Weiterentwicklung der Speziellen Förderung soll zusammen mit dem sonderpädagogischen Konzept beider Basel geplant und konzipiert werden.

Finanzielle Auswirkungen

2008: 0.03 Mio. Fr.

6.02.09 Integrierte Begabungs- und Begabtenförderung

Zusammen mit der Pädagogischen Hochschule der Fachhochschule Nordwestschweiz baut die BKSD eine kantonale Plattform auf in Bezug auf die integrierte Begabungs- und Begabtenförderung für die gegenseitige Information, für den Erfahrungsaustausch sowie für den Wissenstransfer zwischen der Unterrichtspraxis und der Forschung und Entwicklung. Das Netzwerk wird nach der dreijährigen Aufbauphase von der Pädagogischen Hochschule übernommen und weiter betreut werden.

Finanzielle Auswirkungen
2008: 0.04 Mio. Fr.

6.02.12 HarmoS: Schweizerische Bildungsstandards

Das Projekt HarmoS unter der Federführung der Schweizerischen Erziehungsdirektorenkonferenz (EDK) definiert in den Bildungsbereichen Unterrichtssprache, Mathematik, Naturwissenschaften und Fremdsprachen Lernziele am Ende des 2., 6. und 9. Schuljahres. Das Vorhaben soll die inhaltliche Schulkoordination voranbringen und zur Qualitätsentwicklung der Volksschule beitragen.

Finanzielle Auswirkungen
2008: 0.025 Mio. Fr.

6.02.13 Deutschschweizer Lehrplan

Die Deutschschweizer Kantone sind übereingekommen, in Abstimmung mit den HarmoS-Bildungsstandards einen deutschschweizerischen Lehrplan für die Volksschule zu entwickeln. Der Lehrplan soll bis zum Jahr 2010 fertig gestellt werden. Die zuständigen Behörden entscheiden danach je einzeln über die kantonale Inkraftsetzung des Deutschschweizer Lehrplans.

Finanzielle Auswirkungen
2008: 0.03 Mio. Fr.

6.02.14 Basisstufe / Grundstufe

Der Kanton Basel-Landschaft führt keine eigenen Schulversuche zur Basis- und Grundstufe durch, wirkt jedoch in der Projektkommission und weiteren Gremien unter der Federführung der Regionalkonferenz der Ostschweizer Bildungsdirektoren (EDK-Ost) mit. Vorgesehen ist, nach Abschluss der Schulversuche und gemeinsam mit den Nachbarkantonen Aargau, Basel-Stadt und Solothurn im Jahr 2008 die Weichen für den Schuleingangsbereich zu stellen.

Finanzielle Auswirkungen
2008: keine Mehrkosten

6.02.17 Instrumente zur Qualitätssicherung und -optimierung

Unterstützung der Volksschulen und der Musikschulen bei der Einrichtung und Sicherung der internen Evaluation gemäss Bildungsgesetz §§ 60 und 61
www.IQES-online.net ist eine Internetplattform für den Wissensaustausch und die Web-basierte Selbstevaluation der Unterrichts- und Schulqualität. Sie ermöglicht es den Schulen, ihre interne Evaluation auf wissenschaftlich fundierte Grundlagen aufzubauen, ohne selber die ganze Grundlagenarbeit leisten zu müssen. Gleichzeitig können die IQES-Instrumente auch in der externen Evaluation eingesetzt werden. Im wissenschaftlichen Beirat zu IQES sind international renommierte Forschungs- und Evaluationsfachpersonen vertreten. Eintrittsbeitrag für institutionelle Partner im IQES-Netzwerk und 1. Tranche Sammelabonnemente für Schulen (40).

Finanzielle Auswirkungen
2008: 0.1 Mio. Fr.

6.02.21 Umsetzung Disziplinar massnahmen mit dem erweiterten Instrument von «TimeOut»

Von der Schule ausgeschlossene Schülerinnen und Schüler sollen in einem Betreuungs- und Beschäftigungsprogramm während maximal acht Wochen im Jahr untergebracht werden. Die Massnahme soll zur Reintegration in die jeweilige Schulgemeinschaft führen.

Finanzielle Auswirkungen
2008: 0.45 Mio. Fr.

6.02.24 Einführung von Informationstechnologien (ICT) an der Primarschule als Unterrichtshilfe (2008 – 2013)

Der Landrat hat den Regierungsrat mit Beschluss vom 23. Februar 2006 beauftragt, eine Vorlage an den Landrat über den Einsatz von Informationstechnologien an der Primarschule als Unterrichtshilfe auszuarbeiten. Mit der Vorlage wird ein Verpflichtungskredit zur Umsetzung dieses Beschlusses in der Höhe von 5 Mio. Franken, verteilt auf die Jahre 2008 bis 2013, beantragt. Mit diesem Verpflichtungskredit sollen alle Primarlehrpersonen verpflichtend fortgebildet werden und die Schulen und die Einwohnergemeinden als Trägerinnen der Primarschule bei der Einführung von ICT an der Primarschule als Unterrichtshilfe unterstützt werden.

Finanzielle Auswirkungen
2008: 1.096 Mio. Fr.

Verpflichtungskredit / Landratsvorlage		
Total:	Fr. 5 000 000.–	(Konto 2503)
Per Ende 2007 verbraucht:	Fr. 0.–	
Budget 2008:	Fr. 0.–	(Verpflichtungskredit: 1 096 000.–)
Budget 2009:	Fr. 1 000 000.–	
Budget 2010:	Fr. 1 000 000.–	

6.03 Mittelschulen, Gymnasien, Sekundarstufe II

6.03.01 Fachmaturität

Im Jahr 2007 schliesst der erste Jahrgang die Fachmaturitätsschule (FMS) mit dem Fachmittelschulausweis ab. Im ersten Semester 2007 / 2008 wird erstmals ein zentral geführter Vorbereitungskurs zum Erwerb der Fachmaturität Pädagogik angeboten, Abschluss Anfang 2008. 2008 werden auch die Fachmaturitäten der Berufsfelder Gesundheit, Soziales und Kunst erstmals abgeschlossen. Der Vorbereitungskurs für die Fachmaturität Pädagogik wird 2008 voraussichtlich an allen Baselbieter Gymnasien geführt.

Finanzielle Auswirkungen
2008: 0.9 Mio. Fr.

6.05 Jugendhilfe

Der Kanton entwickelt in Zusammenarbeit mit den Gemeinden und den beteiligten privaten Organisationen ein kantonales Leitbild Kinder- und Jugendhilfe. In einem ersten Schritt werden die Grundlagen erarbeitet und der Auftrag geklärt.

6.05.03 Leitbild Jugendhilfe

Es wird eine Studie in Auftrag gegeben, die folgende Fragen behandeln soll:

- Mögliche Themen und Schwerpunkte eines kantonalen Leitbildes «Kinder- und Jugendhilfe»,
- Vorschläge zur Verbesserung der Zuständigkeiten in der Kinder- und Jugendhilfe innerhalb der kantonalen Verwaltung,
- Zusammenarbeitsformen in der Kinder- und Jugendhilfe zwischen Kanton und Gemeinden unter Einbezug privater Anbieter.

Zur Vorbereitung und Begleitung der Studie wird eine Projektgruppe eingesetzt, bestehend aus Vertretungen der betroffenen Direktionen und der Gemeinden, vertreten durch den Verband Basellandschaftlicher Gemeinden (VBLG).

Finanzielle Auswirkungen
2008: 0.04 Mio. Fr.

6.06 Behindertenhilfe

Der Kanton übernimmt auf den 1. Januar 2008 die umfassende Verantwortung für die Wohnheime, Tagesstätten und Werkstätten der Behindertenhilfe nach dem Rückzug der IV gemäss den Beschlüssen zur NFA. Die bisherigen Leistungen der IV werden durch den Kanton gesichert. Das Konzept «Behindertenhilfe», das gemeinsam mit dem Kanton Basel-Stadt erarbeitet wird, wird fertig gestellt und in die Vernehmlassung gegeben.

6.06.02 Konzept Behindertenhilfe

Der Entwurf des gemeinsamen Konzeptes Behindertenhilfe BL / BS wird für die Vernehmlassung fertig gestellt. Nach der Vernehmlassung erfolgt die Bereinigung und die Verabschiedung durch die Regierungen zur Genehmigung durch den Bundesrat.

Finanzielle Auswirkungen
2008: 0.03 Mio. Fr.

6.06.07 Umsetzung der Leistungsvereinbarungen

Die neuen Leistungsvereinbarungen mit den Einrichtungen der Behindertenhilfe werden ab 1. Januar 2008 umgesetzt. Insbesondere werden die Controllinginstrumente entwickelt. Die Vereinbarungen sichern die Übernahme bisheriger Leistungen zusammen mit den Kostenübernahmegarantien im Rahmen der Interkantonalen Vereinbarung für soziale Einrichtungen.

Finanzielle Auswirkungen: Nettoaufwand durch die Übernahme bisheriger Leistungen der IV.

Finanzielle Auswirkungen
2008: 46.7 Mio. Fr.

6.09 Berufsbildung / Berufsberatung (Berufsfachschulen)

Es ist das Ziel, einerseits möglichst allen Jugendlichen einen Abschluss auf der Sekundarstufe II zu ermöglichen und andererseits in der Berufsbildung attraktive Ausbildungen mit vielfältigen Weiterentwicklungsmöglichkeiten anzubieten.

Seit dem 1. Januar 2004 ist das neue Berufsbildungsgesetz in Kraft. Aus diesem Grund müssen alle Ausbildungsreglemente (neu: Bildungsverordnungen) aller Berufe überarbeitet werden. Die Umsetzung erfolgt in enger Zusammenarbeit mit dem Kanton Basel-Stadt. Bei der Umsetzung müssen die Lehrbetriebe sauber informiert und begleitet werden, damit die Ausbildungsbereitschaft der Betriebe nicht sinkt.

6.09.05 Stärkung der dualen Berufslehre (Umsetzung des neuen eidgenössischen Berufsbildungsgesetzes)

Die Umsetzung der neuen Bildungsverordnungen erfolgt in enger Zusammenarbeit mit Verbänden, den Berufsfachschulen und dem Amt für Berufsbildung und Berufsberatung. Bei der Umsetzung ist einerseits darauf zu achten, dass auch weniger anspruchsvolle Ausbildungsmöglichkeiten angeboten werden (Attestausbildungen) und andererseits sollen schulisch starke und leistungsfähige Jugendliche attraktive Ausbildungen im Rahmen einer Berufslehre absolvieren können. Die höhere Beteiligung des Bundes dürfte die durch die neuen Bildungsverordnungen entstehenden Kosten ausgleichen.

Verpflichtungskredit / Landratsvorlage in Vorbereitung.

6.09.07 Umsetzung des Berichtes IIZ / Case-Management zu Gunsten arbeitsloser Jugendlicher

Pro Jahrgang fallen gemäss einer Untersuchung rund 100 Jugendliche aus dem Bildungssystem. Diese Jugendlichen absolvieren keine Ausbildung auf der Sekundarstufe II und sind von Arbeitslosigkeit bedroht. Solche Jugendlichen sollen früh erfasst, begleitet und zu einem Abschluss auf der Sekundarstufe II geführt und gecoacht werden. Gemeinsam erarbeiten das Amt für Volksschulen, das Sozialamt, das KIGA und das Amt für Berufsbildung und Berufsberatung entsprechende Strategien, Instrumente und Massnahmen (Interinstitutionelle Zusammenarbeit IIZ).

Finanzielle Auswirkungen
2008: 0.8 Mio. Fr.

6.09.08 Nachholbildung / Validation

Das neue Berufsbildungsgesetz ermöglicht einerseits, das eidgenössische Fähigkeitszeugnis nach einer gewissen Anzahl Jahren in der Praxis nachzuholen (Nachholbildung) und andererseits können informell erworbene Kenntnisse und Fähigkeiten bei der Prüfung angerechnet werden. Diese Möglichkeit ergibt neue Ausbildungswege und höhere Flexibilität beim Erreichen eines Lehrabschlusses. Im Jahr 2008 sollen entsprechende Instrumente erprobt werden.

6.10 Tertiäre Bildung (Fachhochschule, Universität)

Der Kanton Basel-Landschaft verfolgt die Vision eines Hochschulraums Nordwestschweiz. Damit soll die Wissensbildung besser vernetzt werden und die Innovationskette durch eine enge Kooperation zwischen der Universität Basel, der Fachhochschule Nordwestschweiz und den Forschungsinstituten der Region gestärkt werden. Die Schwerpunktbildung in den Life Sciences soll den Know-how-Transfer zu den hier ansässigen Firmen unterstützen, neue Firmen anziehen und damit den Wirtschaftsstandort stärken.

6.10.04 Fachhochschule Nordwestschweiz (FHNW)

Die im vierkantonalen Leistungsauftrag 2006 – 2008 formulierten Leistungsziele und Entwicklungsschwerpunkte sollen umgesetzt werden. Die Musikhochschule und die Schola cantorum der Musikakademie der Stadt Basel werden in die FHNW integriert. Der neue Leistungsauftrag 2009 – 2011 wird erarbeitet und den Parlamenten der vier Vertragskantone unterbreitet.

Finanzielle Auswirkungen
2008: 4 Mio. Fr.

6.10.05 Universität Basel

Die im bikantonalen Leistungsauftrag 2007 – 2009 formulierten Ziele und Entwicklungsschwerpunkte sollen umgesetzt werden.

Finanzielle Auswirkungen
2008: 4.1 Mio. Fr.

Landratsvorlage / Verpflichtungskredit LRB

Total:	Fr.393 700 000.–	(Konto 2539.361.30)
Budget 2007:	Fr.127 500 000.–	
Budget 2008:	Fr.131 600 000.–	
Budget 2009:	Fr.134 600 000.–	

6.10.07 FHNW: Planung Neubau Fachbereiche Pädagogik, Soziale Arbeit und Life Sciences in Muttenz

Projekt der BUD (siehe Nr. 4.04.02).

6.10.08 FHNW: Angliederung Institut für Spezielle Psychologie und Pädagogik (ISP) an die FHNW

Das ISP wird an der FHNW mit einem bikantonalen Leistungsauftrag BL / BS geführt. Die Ausbildungen in Schulischer Heilpädagogik, Logopädie und Psychomotoriktherapie sind der Pädagogischen Hochschule der FHNW zugeordnet. Die Integration in den vierkantonalen Leistungsauftrag der FHNW und damit die Erweiterung der Trägerschaft per 1. Januar 2009 werden vorbereitet.

Finanzielle Auswirkungen
2008: 1.422 Mio. Fr.

6.10.14 Universität Basel: Erweiterung der Trägerschaft

Die Verhandlungen für die Erweiterungen der Trägerschaft der Universität Basel müssen vorbereitet werden.

6.10.15 Forschungszentrum für Polytronics (CSEM)

In Muttens wird ein Forschungszentrum für Polytronics aufgebaut.

Finanzielle Auswirkungen
2008: 3 Mio. Fr.

Verpflichtungskredit / Landratsvorlage in Vorbereitung.

6.11 Quartäre Bildung / Erwachsenenbildung

Die Konsolidierung des quartären Bereichs wird durch die Umsetzung konkreter Massnahmen des Konzeptes Weiterbildung Baselland gefördert. Mittels Kampagnen und Anlässen wird die Bevölkerung zu gesellschaftsrelevanten Themen informiert.

Zur Unterstützung, Begleitung und Umsetzungssteuerung bildungspolitischer Entscheide konzipiert, koordiniert und bietet die Fachstelle Weiterbildungsangebote für die Lehrpersonen des Kantons Basel-Landschaft an.

6.11.04 Weiterbildung Lehrpersonen Deutsch als Zweitsprache und Heilpädagogik

Die Lehrpersonen in Deutsch als Zweitsprache und Heilpädagogik sollen nach einem neuen Konzept in Zusammenarbeit mit der FHNW ausgebildet werden.

Finanzielle Auswirkungen
2008: 0.08 Mio. Fr.

6.11.05 Kampagne «Stark durch Erziehung»

Förderung und Unterstützung von Erziehungsarbeit und Erziehenden durch entsprechende Förderstrategien und die direktionsübergreifende Organisation und Koordination der schweizweiten Kampagne «Stark durch Erziehung».

Finanzielle Auswirkungen
2008: 0.1 Mio. Fr.

6.11.06 Illetrismus

Eine Kampagne zur Sensibilisierung der Öffentlichkeit und zur Motivation der Lernenden soll lanciert und umgesetzt werden. Das Angebot zur Förderung der Grundkompetenzen von Erwachsenen wird bedarfsgerecht erweitert und das Teilprojekt der Volkshochschule beider Basel im Projekt der FHNW und der Universität Bern «Illetrismus und neue Technologien» unterstützt.

Finanzielle Auswirkungen
2008: 0.06 Mio. Fr.

6.12 Römerstadt Augusta Raurica

Infrastrukturelle Massnahmen, um eine zeitgemässe Sicherung und Erschliessung des kantonalen kulturellen Erbes zu gewährleisten. Diese beinhalten den Unterhalt des mit 18 Mio. Franken restaurierten Römischen Theaters in Augst, aber auch die digitale Datenlangzeitsicherung.

6.12.02 Erarbeitung Kantonalen Nutzungsplan

Umsetzung Archäologiegesezt, Schaffung einer archäologischen Schutzzone. Definition des Areals des Freilichtmuseums (in Zusammenarbeit mit dem Amt für Raumplanung und der Gemeinde Augst).

6.12.03 Visualisierung des Archäologischen Zentrums

Nachdem die diesbezüglichen Planungen des Hochbauamtes seit drei Jahren abgeschlossen sind, soll ein Minimalprogramm mit dem laufenden Budget umgesetzt werden. Ziel ist es, dass die Besuchenden auch dort die römischen Monumente und Stadtstrukturen im Gelände «lesen» können, wo keine Ruinen zu sehen sind.

6.12.12 Restaurierung und Vermittlung Amphitheater

Das Amphitheater ist letztmals 1987 restauriert worden. Heute macht die Anlage einen schäbigen Eindruck, der einst weisse Verputz ist schwarz verfleckt, die Sickeranlagen sind verstopft usw. Das Denkmal und seine Vermittlung vor Ort müssen gründlich überholt werden.

6.12.13 Sanierung Tempelstützmauer Schönbühl

Unter der neun Meter hohen römischen Stützmauer nehmen jährlich 200 Schulklassen am Brot-Workshop teil. Deren Restaurierung liegt 60 Jahre zurück. Ganze Mauerschalenteile sind lose. Die Sanierung ist dringend und bei Aufschub der Sanierungsarbeiten droht Einsturzgefahr. Die Besuchersicherheit hat erste Priorität. Wegen der hohen Kosten (ca. 1 Mio. Franken) ist eine Landratsvorlage in Vorbereitung auf Frühling 2008. Realisierung ab 2009.

6.12.14 Digitale Daten-Langzeitsicherung

Seit über 15 Jahren ist erkennbar, wie die alten Grabungsfotos an Farbe verlieren. Sie müssen gescannt werden, um wenigstens den Ist-Zustand zu retten. Die entsprechenden Daten sollen – mit vielen anderen wissenschaftlichen Datenbankinformationen – in Absprache mit dem Staatsarchiv gesichert werden (= Werterhaltung grosser Investitionen).

Finanzielle Auswirkungen
2008: 0.04 Mio. Fr.

6.12.15 Unterhalt des Römischen Theaters

Angesichts der zu erwartenden Frequenzen im renovierten und wiedereröffneten Theater (Besucher, Touristen, Publikum) werden die Anforderungen betreffend konservatorischen Unterhaltes des Theaters stark sein. Die 18-Millionen-Franken-Investition zur Gesamt-sanierung soll im Wert erhalten werden.

Finanzielle Auswirkungen
2008: 0.1 Mio. Fr.

6.13 Kantonsmuseum / Archäologie

Sanierung der kantonseigenen Homburg und zeitgemässe Erhaltung und Erschliessung des kantonalen kulturellen Erbes.

6.13.04 Burgen und Ruinen (Sanierung)

Die Frage der Sanierungen und des Unterhaltes der Burgen im Besitz von Gemeinden, Bürgergemeinden und Privaten darf nicht nur einzeln betrachtet werden, sondern muss vom Kanton mit einem Konzept angegangen werden.

Sanierung der kantonseigenen Homburg gemäss Landratsvorlage zum Umgang mit und zur Sanierung von Ruinen (in Vorbereitung).

Finanzielle Auswirkungen
2008: 1.8 Mio. Fr.

Verpflichtungskredit / Landratsvorlage in Vorbereitung.

6.13.07 Datenbank IMDAS

Das integrierte Datenbankprojekt IMDAS wird in allen Abteilungen der Hauptabteilung eingeführt. Es wird die Abläufe entscheidend optimieren und die Effizienz in allen Bereichen steigern.

Finanzielle Auswirkungen
2008: Im Rahmen des
Budgets Direktions-
Informatik

6.13.08 Sammlungen des Kantonsmuseums

Konzentration der Sammlungen und Schaffung zentraler Depoträume, welche den Anforderungen an das unterschiedliche Sammlungsgut genügen.

Finanzielle Auswirkungen
2008: Budget Hochbauamt

6.13.09 Auswertungen Grabungen

Die Auswertung ausgewählter Grabungen (vor allem Füllinsdorf – Altenberg, Reinach – Mausacker und Langenbruck – Dürstel) wird in Zusammenarbeit mit verschiedenen Universitäten vorangetrieben.

Finanzielle Auswirkungen
2008: Im Rahmen des
Budgets

6.13.10 Museumsgebäude

Behindertengerechter Umbau einschliesslich Modernisierung der Haustechnik (Licht, Strom, Lüftung).

Finanzielle Auswirkungen
2008: Budget Hochbauamt

6.13.12 Infrastrukturelle Massnahmen in Form von Sach- als auch Personalkosten

Für eine zeitgemässe Erhaltung der Sammlungen und eine Erschliessung archäologischer Funde müssen die Sach- als auch die Personalkosten angepasst werden. Gründe sind einerseits der anhaltende Bauboom der letzten Jahre mit entsprechendem Anstieg an Notgrabungen der Archäologie. Andererseits muss zur Vorbeugung weiterer Schäden und zur Sicherung der kantonalen Schwerpunktsammlungen der Personalbestand angepasst werden.

Finanzielle Auswirkungen
2008: 0.6 Mio. Fr.

6.14 Kantonsbibliothek

6.14.02 Einführung des Bibliothekspasses Nordwestschweiz

Der Trägerverein setzt den geplanten Bibliothekspass im Jahr 2008 in Betrieb und die Kantonsbibliothek nimmt daran teil.

6.15 Kulturförderung

1. *Bespielung des Römischen Theaters in Augusta Raurica und*
2. *Verabschiedung des Kulturgesetzes.*

6.15.04 Bespielung Römisches Theater in Augusta Raurica

Fortsetzung der Bespielung des Römischen Theaters gemäss dem vom Regierungsrat genehmigten Konzept im Rahmen der Probephase 2007 – 2010.

Vorbereitung einer Landratsvorlage für die Bespielung des Römischen Theaters für die Jahre 2009 und 2010.

Finanzielle Auswirkungen
2008: Lotteriefonds

6.15.05 Kultur / Partnerschaftsverhandlungen

Fortsetzung der Vorbereitungen für eine gemeinsame Finanzierung des Theaters Basel als zentralörtliche Kulturleistung in Basel-Stadt unter Einbezug der Gemeinden ab 2011 im Rahmen der Partnerschaftsverhandlungen.

6.15.06 Kulturgesetz

Die Behandlung der Vorlage für ein neues Kulturgesetz ist für die erste Hälfte des Jahres 2008 vorgesehen.

Finanzielle Auswirkungen
2008: 0.025 Mio. Fr.

6.15.07 Perspektiven zeitgenössischer Kunst- und Kulturförderung 2008 – 2011

Wie für die Jahre 2002 – 2005 soll ein nach prioritären Kriterien verfasster Projektplan 2008 – 2011 die inhaltlichen, die infrastrukturellen und die programmlichen Aktivitäten im Bereich der zeitgenössischen Kunst- und Kulturförderung publiziert werden. Darin sind auch die Strukturen und die finanziellen Auswirkungen enthalten.

Teil Sport

6.16 Sport

Euro 2008 Basel

Nach mehrjähriger Vorbereitungszeit wird vom 7. bis 29. Juni 2008 die UEFA Euro 2008 stattfinden. Sechs Spiele werden im St. Jakob-Park zur Austragung gelangen. Nebst der Gewährleistung von Sicherheit und Verkehr wird das Augenmerk auf die Standortförderung und Imagewerbung gelegt.

Konzept für Bewegung und Sport

Das Konzept definiert die Bewegungs- und die Sportpolitik im Kanton Basel-Landschaft.

Kantonales Sportanlagen-Konzept (KASAK 2)

Das KASAK ist ein Planungs- und ein Koordinationsinstrument der kantonalen Sportanlagenpolitik. Die Erstellung oder die Sanierung von Sportanlagen von überkommunaler oder kantonaler Bedeutung kann mit Kantonsbeiträgen unterstützt werden.

6.16.01 Konzept für Bewegung und Sport

Das Konzept für Bewegung und Sport beinhaltet gezielte Massnahmen in sechs verschiedenen Bereichen, primär für bisher Bewegungsinaktive, diverse Aktivitäten im Schulsport sowie Pilotversuche von lokalen Bewegungs- und Sportnetzen. Im ersten Halbjahr 2008 stehen Bewegungs- und Sportprojekte im Zusammenhang mit der UEFA Euro 2008 im Mittelpunkt. In der zweiten Jahreshälfte verlagert sich das Schwergewicht auf die Bewegungsförderung und die Bewegungserziehung in der Schule, insbesondere auf die Sicherstellung der Qualität, gemäss der Erklärung der Schweizerischen Erziehungsdirektorenkonferenz vom 28. Oktober 2005.

Finanzielle Auswirkungen
2008: 0.07 Mio. Fr.

Landratsvorlage 2005 / 020; 2005 / 020a Verpflichtungskredit LRB Nr. 1356 vom 22. September 2005		
Total:	Fr. 1 120 000.–	für die Jahre 2006–2009 (Konto 2590.317.90)
Per Ende 2006 verbraucht:	Fr. 100 000.–	
Budget 2007:	Fr. 280 000.–	
Budget 2008:	Fr. 350 000.–	

6.16.03 Kantonales Sportanlagen-Konzept (KASAK 2)

Das KASAK sieht Kantonsbeiträge an Sanierungen oder Neubauten von Sportanlagen von überkommunaler oder kantonaler Bedeutung vor. Nebst der Erstellung von weiteren Kunstrasenspielfeldern sind verschiedene weitere Sportanlagenprojekte angekündigt worden, davon einige Sanierungsmassnahmen von Hallen- und Freibädern.

Finanzielle Auswirkungen
2008: 3.2 Mio. Fr.

6.16.07 Euro 2008 Basel

Nach mehrjähriger Projektierungs- und Planungsarbeit gelangt im Juni 2008 die UEFA Euro 2008 mit sechs Spielen in Basel zur Austragung. Eine bikantonale Projektorganisation sorgt für die Organisation der Bereiche Sicherheit, Verkehr, ÖV / Umwelt und Standortmarketing. Die Region Basel soll eine gute Gastgeberin der Euro 2008 in Basel sein.

Finanzielle Auswirkungen
2008: 1.31 Mio. Fr.



LaKa: Empfang Regierungsgebäude, Liestal

7 Landeskanzlei (LaKa)

Walter Mundschin, Landschreiber



Die Herausforderungen unserer Zeit an den Staat lassen sich nur bewältigen, wenn Regierung und Parlament möglichst optimal zusammenarbeiten. Diese Zusammenarbeit, die jeder Behörde ihren Verantwortungsbereich und ihren Entscheidungsspielraum belässt, braucht Koordination. Für diese Aufgabe

ist die Landeskanzlei prädestiniert, weil sie als zentrale Stabstelle die rechtlichen und die politischen Zusammenhänge und Spielregeln kennt und gute Verbindungen zum Parlament und seinen Organen einerseits und zur Regierung und Verwaltung andererseits hat.

Mit einer sinnvollen Koordination und Kooperation sollen Synergien ermöglicht, Leerläufe verhindert, das gegenseitige Vertrauen gefördert und die vorhandenen personellen und finanziellen Ressourcen optimal ausgenutzt werden.

Die Vorbereitung und die Durchführung der kantonalen Wahlen und Abstimmungen sowie die organisatorische Unterstützung des Landrates und des Regierungsrates in ihren zahlreichen Repräsentationsverpflichtungen sind weitere Kernaufgaben der Landeskanzlei.

7.01 Parlamentsdienste

Die Landeskanzlei unterstützt die Arbeit des Landrates optimal, indem sie wirkungsvolle, den Bedürfnissen des Parlamentes und seiner Organe entsprechende Dienstleistungen erbringt.

7.01.04 Ersatz der Tonbildschau über den Landrat

Die vor rund 20 Jahren kreierte und vor einigen Jahren geringfügig modifizierte Tonbildschau über den Landrat wirkt beim jungen Publikum heute etwas verstaubt. Es soll – aufbauend auf dem bisherigen Produkt – eine neue Präsentation zur Arbeit des Landrates geschaffen werden, welche den zumeist jugendlichen Besucherinnen und Besuchern des Landrates mit Freude gezeigt werden kann.

Finanzielle Auswirkungen
2008: 0.1 Mio. Fr.
(Konto 1005.319.10)

7.02 E-Government / Publikationen

Unter Electronic Government wird die Abwicklung geschäftlicher Prozesse im Zusammenhang mit Redigieren und Verwalten durch Informations- und Kommunikationstechniken über elektronische Medien verstanden.

Die Chancen und die Risiken von E-Government sollen im Kanton Basel-Landschaft weiterhin durch vertiefte Zusammenarbeit mit dem Bund und den Gemeinden sowie durch die sorgfältige Prüfung und die Realisierung von neuen, Kunden orientierten Anwendungen optimiert werden.

7.02.01 Weiterführung von www.ch.ch

Die Mitarbeit am zentralen Internet-Portal www.ch.ch wird weitergeführt. Die nationale Internet-Einstiegsseite www.ch.ch soll Bürgerinnen und Bürgern, Unternehmen und Behörden einen einfachen, Themen orientierten Zugriff auf das Online-Angebot der Behörden von Bund, Kantonen und Gemeinden verschaffen.

Finanzielle Auswirkungen
2008: 0.022 Mio. Fr.
(Konto 2005.318.81)

7.02.03 Erneuerung des Internet-Auftritts von www.bl.ch

Der kantonale Internet-Auftritt besticht durch seine Vollständigkeit, durch sein einfaches, schnörkelloses Erscheinungsbild und durch seine Kostengünstigkeit. Er findet gute Bewertungen in Vergleichen mit Internet-Auftritten anderer Anbieter. Verschiedene Optimierungen sind – auch aufgrund des technologischen Fortschritts – möglich geworden. Nach einer eingehenden Bestandesanalyse sollen systematisch verschiedene Änderungen vorgenommen werden, welche die Nützlichkeit des kantonalen Internet-Auftritts erhöhen und die Spitzenposition des kantonalen Web-Angebotes sichern.

Finanzielle Auswirkungen
2008: im Nachtragskredit
zum Budget 2007
0.105 Mio. Fr.
(Konto 2005.310.40)

7.03 Archivierung

Im Interesse der Rechtssicherheit, des Schutzes der Grundrechte, der rationellen Verwaltungsführung und der Forschung soll die Nachvollziehbarkeit staatlichen Handelns auch unter den neuen Anforderungen der Informationsgesellschaft sichergestellt werden.

7.03.02 Abschluss des Projektes Um- und Ausbau des Staatsarchivs

Fertigstellung im Jahr 2007. Verbesserung der Raumqualität und der Platzverhältnisse im Staatsarchiv.

Landratsvorlage / Verpflichtungskredit LRB vom 10. Juni 2004		
Total:	Fr. 15 360 000.–	(Konto 2320.503.30-226) (Verpflichtungskredit 2002 / 1504 Fr. 630 000.– und 2004 / 643 Fr. 14 730 000.–)
Per Ende 2006 verbraucht:	Fr. 8 155 471.55	
Budget 2007:	Fr. 5 400 000.–	
Budget 2008:	Fr. 300 000.–	

7.03.03 Ablösung des Archivinformationssystems DACHS

Das neue Archivinformationssystem wird voll implementiert. Dank interaktiver Internet- und Intranetzugänge unterstützt es die Archiv bezogenen Arbeitsabläufe und ermöglicht elektronische Transaktionen zwischen dem Staatsarchiv und den Dienststellen. Damit ist eine wesentliche Grundlage geschaffen für die elektronische Archivierung.

7.03.04 Erschliessungsprojekt «Kantonale Unterlagen 1950 – 1983»

Mit dem Erschliessungsprojekt «Kantonale Unterlagen 1950 – 1983» soll die letzte grössere Erschliessungslücke bei den kantonalen Archivbeständen geschlossen werden.

Finanzielle Auswirkungen
2008: 0.06 Mio. Fr.
(Konto 2006.301.90)

7.03.05 Auflösung aller Nebenarchive

Auflösung aller Nebenarchive und Konzentration der Archivalien im Hauptgebäude. Systematischer Abbau der Ablieferungsrückstände in den Dienststellen (Ziel für das Jahr 2010: Sämtliche archivpflichtigen Unterlagen bis 2000 befinden sich im Staatsarchiv).

7.04 Regionale Zusammenarbeit

Die regionale Zusammenarbeit gewinnt in vielen Bereichen an Bedeutung. Die Landeskanzlei vernetzt und unterstützt den Geschäftsverkehr zwischen den beteiligten politischen Behörden. Im Vordergrund stehen die Beziehungen zu Basel-Stadt, die Beziehungen zu den Mitgliedern der Nordwestschweizer Regierungskonferenz und die Beziehungen zu den französischen und deutschen Gebietskörperschaften der Oberrheinischen Regierungskonferenz.

7.04.03 Vorbereitung der Beteiligung an der Europäischen territorialen Kooperation

Für die Förderperiode 2008 – 2013 wurde das bisherige Interreg-Programm zu einem eigenständigen Ziel innerhalb der Kohäsions- und Strukturpolitik der EU aufgewertet («Europäische territoriale Zusammenarbeit (EtZ)»). Die EtZ soll zur Erreichung der Ziele der Lissabon- und Göteborg-Strategien beitragen: Investitionen sollen auf Wissen, auf Forschungs- und Innovationskapazitäten, auf eine bessere allgemeine und berufliche Bildung sowie auf eine nachhaltige Entwicklung abzielen. Der Kanton Basel-Landschaft hat sich in Zusammenarbeit mit seinen regionalen Partnern (insbesondere Basel-Stadt, Aargau, Solothurn, Jura) seit 1991 an den Interreg-Programmen beteiligt. Es geht nun darum, im grenzübergreifenden Bereich eine Landratsvorlage für die angemessene Beteiligung des Kantons Basel-Landschaft an der EtZ zu entwerfen.

Finanzielle Auswirkungen
2008: 0.34 Mio. Fr.
(Konto 2005.367.00)

7.04.04 Vorbereitung der Beteiligung am Trinationalen Eurodistrict Basel

Die Eurodistrict-Initiative wurde aufgrund von Diskussionen in der Nachbarschaftskonferenz anfangs 2005 in der Trinationalen Agglomeration Basel aufgenommen. Der Eurodistrict ist ein politischer Appell zu einer intensivierten Form der grenzüberschreitenden Zusammenarbeit. Im Vordergrund steht die stärkere Zusammenarbeit auf kommunaler Ebene. Es geht darum, eine angemessene Beteiligung des Kantons Basel-Landschaft und vor allem seiner Gemeinden an der weiteren Entwicklung zu ermöglichen.

Finanzielle Auswirkungen
2008: 0.1 Mio. Fr.
(Konto 2005.361.30)

7.04.05 Ausbau des Sekretariates der Nordwestschweizer Regierungskonferenz

Die Regierungen der Kantone Bern, Solothurn, Basel-Stadt, Basel-Landschaft, Aargau und Jura haben beschlossen, das Sekretariat der Nordwestschweizer Regierungskonferenz zu verstärken. Sie werden ihre finanziellen Beiträge erhöhen. Die Sekretariatsaufgaben sollen weiterhin von der Landeskanzlei des Kantons Basel-Landschaft wahrgenommen werden. Es geht darum, die Grundsatzbeschlüsse der Plenarkonferenz vom 8. Juni 2007 in konkrete Massnahmen umzusetzen.

Finanzielle Auswirkungen
2008: 0.15 Mio. Fr.
(Schwerpunkt auf Konto
2005.301.20)

7.05 Volkswahlen und Volksabstimmungen

Die Landeskanzlei nimmt eine zentrale Rolle ein bei der Vorbereitung und der Durchführung von Volkswahlen und Volksabstimmungen.

7.05.03 Unterstützung der Gemeinden bei der Durchführung der Gesamterneuerungswahlen 2008

Die Gemeinden führen die Gesamterneuerungswahlen durch. Aufgrund der kürzlich erfolgten Änderung des Gesetzes über die politischen Rechte haben die Gemeinden für die Durchführung der kommunalen Wahlen eine erhöhte Autonomie erhalten. Die Gemeinden sind bei der Durchführung der Gesamterneuerungswahlen 2008 zu unterstützen.

8 Entwicklung der Finanzen des Kantons Basel-Landschaft

Finanzplan 2008 – 2011

Der Finanzplan ist ein mehrjähriges Planungsinstrument und wird jährlich überarbeitet. Sowohl auf der Aufwand- als auch auf der Ertragsseite ist der Finanzplan mit zahlreichen Unsicherheiten verbunden. Dies gilt umso mehr, je weiter der Prognosezeitpunkt vom Zeitpunkt der Finanzplanerarbeitung entfernt liegt. Er basiert auf Annahmen betreffend Teuerung und Wirtschaftswachstum und enthält die von den Direktionen gemeldeten Projekte, ohne dass die konkrete Finanzierung bereits sichergestellt wäre. Im Rahmen des jeweiligen Budgetprozesses findet eine Präzisierung der Vorhaben und eine Überprüfung der Finanzierbarkeit statt. Die Vorhaben unterliegen einem Priorisierungsprozess: Notwendige Projekte bleiben im Budget, wünschbare Projekte werden auf später verschoben. Es ist daher plausibel, dass die Prognosen für ein bestimmtes Finanzplanjahr immer schlechter sind als das entsprechende Budget. Der Finanzplan hat somit nicht den Charakter eines Businessplanes, welcher die vom Regierungsrat angestrebten finanziellen Zielgrössen abbildet. Der Finanzplan ist viel mehr eine «Wenn-Dann»-Planung, die auf möglichst realitätsnahen Annahmen für die Zukunft («wenn») basiert und deren finanzielle Auswirkungen auf den Kantonshaushalt («dann») abschätzt.

Der vorliegende Finanzplan 2008 – 2011 basiert auf dem Stand des Budgets 2008 und auf der Annahme einer leicht abgeschwächten, aber weiterhin positiven wirtschaftlichen Entwicklung:

Im Finanzplan 2008 – 2011 wird zudem von einem konstanten Volumen der Nettoinvestitionen in der Höhe von 130 Mio. Franken ausgegangen.

Im Finanzplan sind ausserdem folgende wichtigen Prognosen und Entwicklungen berücksichtigt:

Im *Personalaufwand* sind die Kosten des Teuerungsausgleichs und des Erfahrungsstufenanstiegs berücksichtigt. Es ist kein Stellenausbau eingeplant.

Beim *Steuerertrag* sind folgende in der Legislaturperiode geplanten Gesetzesrevisionen berücksichtigt: Ab 2009 Revision der Erbschafts- und Schenkungssteuer: -10 Mio. Franken; ab 2010: Umsetzung der Unternehmenssteuerreform II des Bundes: -10 Mio. Franken; ab 2011: Revision der Vermögenssteuer: -30 Mio. Franken. Beim Anteil an der direkten Bundessteuer wird ein kumulierter Anstieg bis ins Jahr 2011 von 9 Mio. Franken prognostiziert.

Im *Sozialbereich* (Ergänzungsleistungen zur AHV / IV (netto), Prämienverbilligung (netto)) werden bis ins Jahr 2011 Mehraufwendungen im Umfang von 9 Mio. Franken erwartet. Die zweite Teilrevision des Bundesgesetzes über die Krankenversicherung wird zu einer Mehrbelastung von 20 Mio. Franken führen (ab 2009).

Im Finanzplan ist im Jahr 2009 eine *Erhöhung der Beiträge an die Universität und an die Fachhochschule Nordwestschweiz* von 3 Mio. Franken respektive 4.8 Mio. Franken enthalten. Über eine allfällige Beitragserhöhung ab 2010 (neue Leistungsvereinbarungen) liegen noch keine Erkenntnisse vor, die im Finanzplan berücksichtigt werden konnten.

Prognose der wirtschaftlichen Eckdaten für die Finanzplanperiode

Veränderungen in %	2008	2009	2010	2011
BIP real CH	2.0	1.8	1.8	1.8
Teuerung	1.2	1.2	1.2	1.2
Zinsen Kapitalmarkt	3.3	4.1	4.1	4.1

Im Finanzplan berücksichtigt sind die finanziellen Auswirkungen von folgenden geplanten Vorhaben (Liste nicht abschliessend): Folgeplanung II der Kantonalen Psychiatrischen Dienste, Umsetzung Internet an Sekundarschule I und Primarschulen, Informatik-Projekt KANADA, Forschungszentrum für Polytronics (CSEM). Mit dem Budget 2007 wurde die letzte Tranche der GAP-Massnahmen umgesetzt und das Projekt bis auf zwei Restanzen (Fall orientierte Abgeltung in den Spitälern, Überprüfung der Neustrukturierung Sekundarschulkreise) abgeschlossen. Bei der Überprüfung der Sekundarschulkreise wird angenommen, dass die Entlastungen erst nach der Finanzplanperiode zu greifen beginnen. Die geplante Entlastung aus der Fall orientierten Abgeltung in den Spitälern wird ab dem Jahr 2010 mit 3 Mio. Franken berücksichtigt.

Der Finanzplan zeigt, dass sich die Entspannung bei der Finanzlage tendenziell fortsetzen wird. Dennoch ist absehbar, dass auch künftig nicht alles Wünschbare realisiert werden kann. Es bedarf weiterhin einer strengen Ausgabendisziplin, um den Kantonshaushalt auch in den kommenden Jahren im Lot zu halten. Die Einführung einer kantonalen Defizitbremse wird diese Zielsetzung nachhaltig unterstützen.

Nach gegenwärtigem Kenntnisstand wird die Rechnung 2007 mit einem Saldo der Laufenden Rechnung von ca. 43 Mio. Franken besser abschliessen als das Budget. Der erwartete Saldo liegt somit um ca. 52 Mio. Franken über dem budgetierten Saldo von -9 Mio. Franken. Hauptverantwortlich für diese Verbesserung sind die deutlich über den Budgeterwartungen liegenden Steuererträge.

Finanzplan 2008 – 2011

in Mio. Fr.	R 2006	E 2007	B 2008	F 2009	F 2010	F 2011
Aufwand	2 664	2 626	2 690	2 767	2 809	2 837
Ertrag	2 685	2 669	2 692	2 718	2 772	2 802
Saldo Laufende Rechnung	21	43	3	-49	-37	-35
Abschreibungen						
Verwaltungsvermögen	117	102	97	100	103	106
Selbstfinanzierung	138	145	99	51	66	71
Nettoinvestitionen	89.4	124	130	130	130	130
Finanzierungssaldo	48	21	-30	-79	-64	-59
Selbstfinanzierungsgrad	154%	117%	77%	39%	51%	55%

Investitionsrechnung 2008

Investitionsniveau

Bei den Investitionsausgaben (Bruttoinvestitionen) ist eine Abnahme von 20.1 Mio. Franken auf 226 Mio. Franken budgetiert. Der Rückgang ist vorwiegend durch die Übertragung der Nationalstrassen an den Bund im Rahmen der NFA begründet, wodurch die Investitionen für die Erneuerung und die Veränderung der Nationalstrassen entfallen. Als Ausnahme wird das laufende Projekt des Erhaltungsabschnittes Basel - Augst im Auftrag des Bundes durch den Kanton Basel-Landschaft zu Ende geführt (vollständige Finanzierung durch Bundesbeiträge).

Auch die Investitionseinnahmen nehmen ab. Da die Reduktion mit 33.9 Mio. Franken (auf 96.2 Mio. Franken) höher ausfällt als diejenige bei den Investitionsausgaben, steigen die Nettoinvestitionen um 13.8 Mio. Franken auf ein Niveau von 130 Mio. Franken an.

Hauptverantwortlich für den Rückgang der Investitionseinnahmen ist der Wegfall der Bundesbeiträge für die Nationalstrassen sowie für die Umfahrung Sissach. Dieser Rückgang kann nicht vollständig durch die Einnahmen der spezialfinanzierten Projekte kompensiert werden, die entsprechend dem geplanten Baufortschritt im Investitionsbudget enthalten sind.

Im Investitionsbudget 2008 sind folgende spezialfinanzierten Projekte enthalten:

- H2 Pratteln – Liestal: Tranche 2008: 45 Mio. Franken, spezialfinanziert durch Mehrerträge aus der Aufhebung des Verkehrssteuer-Rabattes;
- UKBB Neubau: Tranche 2008: 28 Mio. Franken, spezialfinanziert aus dem Fonds zur Finanzierung von Projekten mit regionaler Bedeutung;
- Hochschule für Pädagogik und Sozialarbeit der FHNW: Tranche 2008: 0.3 Mio. Franken, spezialfinanziert aus dem Fonds zur Finanzierung von Projekten mit regionaler Bedeutung;
- Kantonsspital Bruderholz (KSB 2000 Plus): Tranche 2008: 3 Mio. Franken; spezialfinanziert aus dem Fonds zur Finanzierung Kantonsspital Bruderholz.

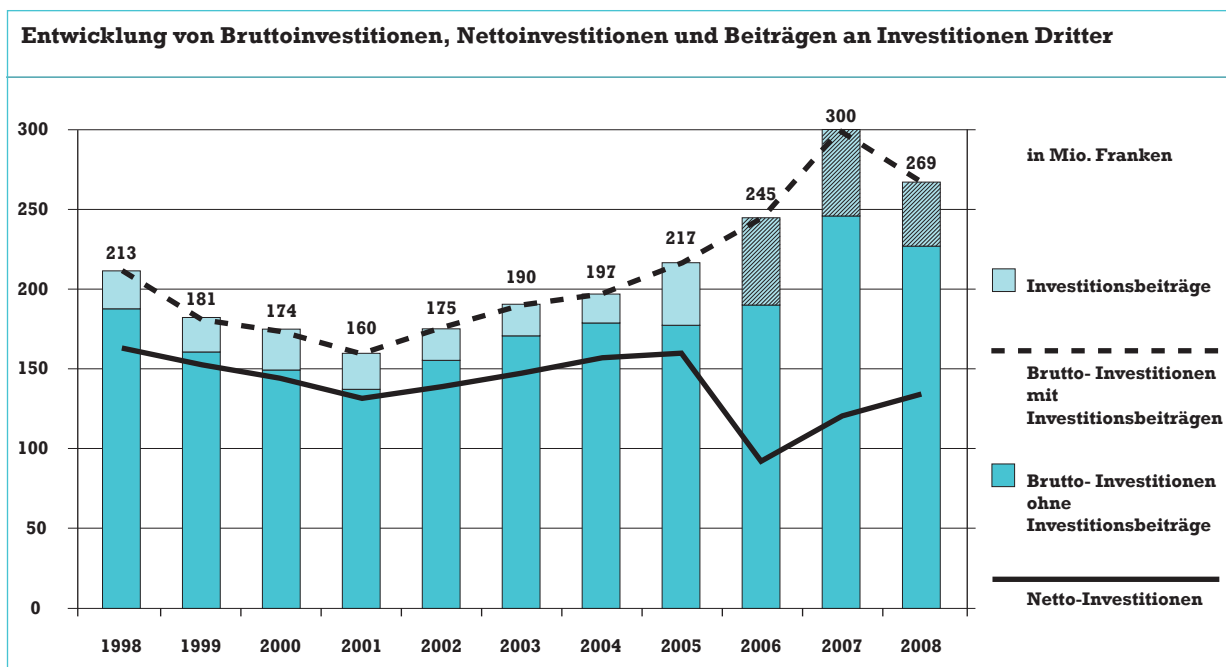
Diese spezialfinanzierten Projekte tangieren die Nettoinvestitionen nicht, da die Investitionsausgaben vollständig durch Investitionseinnahmen gedeckt sind.

Investitionen im weiteren Sinne

in Mio. Fr.	Rechnung 2006	Budget 2007	Budget 2008	Abweichung vom Vorjahr	
Nettoinvestitionen	89.4	116.1	129.9	13.8	11.9%
+ Investitionseinnahmen	100.3	130.0	96.2	-33.9	-26.0%
wovon aus Spezialfinanzierung	0.0	55.9	76.3	20.4	36.5%
= Bruttoinvestitionen (Investitionsausgaben)	189.7	246.1	226.0	-20.1	-8.1%
+ Beiträge an Investitionen Dritter	55.0	53.5	42.5	-11.0	-20.6%
= Investitionen im weiteren Sinne	244.7	299.6	268.5	-31.1	-10.4%

Für Wirtschaft und Gewerbe massgebend sind die Bruttoinvestitionen sowie die Beiträge an Investitionen Dritter (Investitionen im weiteren Sinne = Bruttoinvestitionen + Beiträge an Investitionen Dritter). Die in der Laufenden Rechnung verbuchten Beiträge an Investitionen Dritter nehmen gegenüber dem Vorjahresbudget um 11 Mio. Franken auf ein Niveau von 42.5 Mio. Franken ab. Zusammen mit den Bruttoinvestitionen von 226 Mio.

Franken aus der Investitionsrechnung belaufen sich die Investitionen im weiteren Sinne auf 269 Mio. Franken. Gegenüber dem Vorjahr bedeutet dies eine Abnahme von 31 Mio. Franken. Wie aus der folgenden Abbildung hervorgeht, ist dies ein Niveau, das weit über dem Durchschnitt der vergangenen Jahre liegt:



Investitionsbudget 2008

Der Bereich Tiefbau macht bei den Bruttoinvestitionen im Budget 2008 mit 132.1 Mio. Franken oder 58.4 Prozent den Löwenanteil aus. Das grösste Projekt im Tiefbau im Jahr 2008 ist die H2 Pratteln - Liestal. Die für die Erneuerung und den Ausbau von Kantonsstrassen sowie für den Betrieb und den Erhalt von Hochleistungsstrassen eingestellten Budgetkredite sind notwendig für einen nachhaltigen Erhalt der vorhandenen Bausubstanz.

Der Bereich Hochbau ist im Budget 2008 mit Bruttoinvestitionen in der Höhe von 54.5 Mio. Franken eingestellt. Das entspricht 24.1 Prozent des gesamten Investitionsvolumens. Die bedeutendsten Projekte im Hochbau im Jahr 2008 sind der Neubau des Universitäts-Kinderspitals beider Basel (UKBB), die Sanierung inkl. Erweiterung und die sicherheitsrelevanten Massnahmen im Kantonsspital Bruderholz und das Strafjustizzentrum in Muttenz. Mit der Aufstockung der Sammelpositionen für Haustechnikanlagen sowie für den Um- und Ausbau von Gebäuden soll auch im Hochbau die nachhaltige Werterhaltung gewährleistet werden.

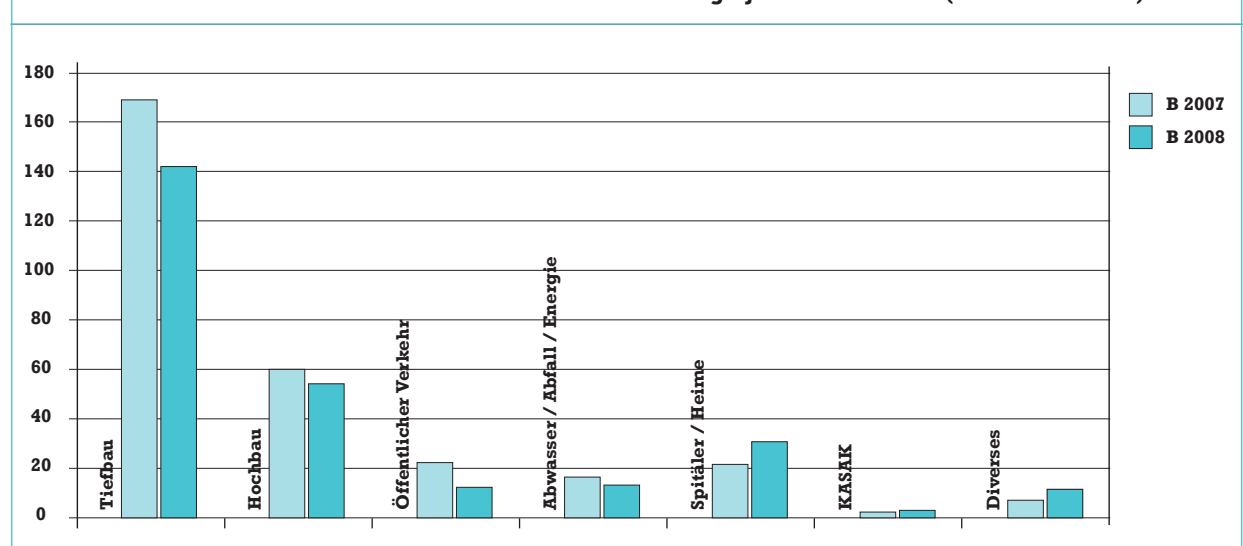
In den Spitalbetrieben sind Bruttoinvestitionen von 13.9 Mio. Franken (6.1 Prozent) budgetiert, wobei 8.7 Mio. Franken auf bauliche Investitionen fallen. Mit der Einführung des Globalbudgets erhalten die Spitalbetriebe neu die Kompetenz für den baulichen Unterhalt. Bei den weiteren Investitionen handelt es sich um Investitionen in Maschinen und Apparate in den Spitalbetrieben.

Im Bereich Abwasser / Abfall / Energie betragen die Bruttoinvestitionen im Budget 2008 13.8 Mio. Franken. Das entspricht einem Anteil von 6.1 Prozent. Im Vordergrund stehen die Sanierung Biologie ARA Ergolz 2, die Mischwasserbehandlung der Region Birstal sowie die Tunnel-sanierung Elbisgraben.

Des weiteren sind im Investitionsbudget 9.3 Mio. Franken für das Sicherheitsfunknetz Polycom eingeplant. In der Laufenden Rechnung 2008 sind die folgenden Beiträge an Investitionen Dritter im Gesamtumfang von 42.5 Mio. Franken enthalten:

- Beiträge an Alters- und Pflegeheime: 17 Mio. Franken
- Beiträge an Trassebau beim öffentlichen Verkehr: 9.8 Mio. Franken
- Beiträge an Regio-S-Bahn (inkl. S9 Läfelfingen – Sissach): 12.5 Mio. Franken
- Beiträge an KASAK: 3.2 Mio. Franken.

Investitionen im weiteren Sinne nach Bereichen für die Budgetjahre 2007 / 2008 (in Mio. Franken)



Überblick über die wichtigsten Investitionsprojekte (Investitionsausgaben in Mio. Franken)

Bereich	Projekt	Kredit	R 2006	B 2007	B 2008	F 2009	F 2010	F 2011
Tiefbau	H2 Pratteln – Liestal*	248	3.5	31	45	40	40	25
	Erneuerung Kantonsstrassen		11	15	15	15	15	15
	Ausbau Kantonsstrassen		6	9	9	9	9	9
	Erneuerungen kantonale Hochleistungsstrassen		9.7	12.3	15	7	7.5	14.5
	Umfahrung Sissach	274	31.3	15	6	3		
	Erhaltungsabschnitt Basel-Augst				15.4			
Hochbau	UKBB Neubau (Anteil BL 1/2)*	74.7	1.1	15	28	33	6	1.9
	KS Bruderholz Sicherheitsmassnahmen Etappe 2	25		5	8	8	7	
	KS Bruderholz KSB 2000 Plus*	386		2.5	3	15	12	70
	Strafjustizzentrum Muttenz	68	0.4		2.1	2.4	10	23
	Haustechnikanlagen		1.1	1.0	1.8	4.5	4.5	4.5
	Um- und Ausbau von Gebäuden		3.4	4.2	5	12	12	12
Spitäler	bauliche Massnahmen / Instandsetzung				6.5	10.7	10.7	10.7
	Maschinen / Apparate				5.2			
Abwasser Abfall	Sanierung Biologie ARA Ergolz 2				2.5	2.5	1	
	Mischwasserbeh. Region Birstal	24.7	0.7	2.2	2.5	3.5	3	
	Tunnelsanierung Elbisgraben			0.1	1.9	0.1		
Diverses	Polycom Sicherheitsfunknetz	12.1	0.1	6.5	9.3	2.7		

* Spezialfinanzierte Projekte

9. Antrag

Der Regierungsrat beantragt dem Landrat, das Jahresprogramm 2008 des Regierungsrates zur Kenntnis zu nehmen.

Liestal, 18. September 2007

Im Namen des Regierungsrates

Die Präsidentin: **Sabine Pegoraro**

Der Landschreiber: **Walter Mundschin**

Anhang 1: Überblick über die laufenden Gesetzgebungsarbeiten (Gesetze und Dekrete)

Legende

Nummer des Gesetzes (falls vorhanden)	Titel des Gesetzes Total- oder Teilrevision (bei Teilrevisionen mit Stichworten zum Bereich) <i>Stand der Bearbeitung des Gesetzes</i>	Federführende Stelle
--	--	----------------------

Finanz- und Kirchendirektion (FKD)

SGS 310, SGS 310.1	Finanzhaushaltsgesetz, Dekret zum Finanzhaushaltsgesetz Teilrevision im Bereich der Rechnungslegung <i>In Erarbeitung</i>	Finanzverwaltung
SGS 362.1	Dekret über die Einkommensgrenzen und den Prozentanteil bei der Prämienverbilligung Totalrevision <i>In Erarbeitung</i>	Finanzverwaltung
SGS 850	Gesetz über die Sozial-, die Jugend- und die Behindertenhilfe (Sozialhilfegesetz, SHG) Die Bestimmungen zu den §§ 29 und 30 SHG (Behindertenhilfe und Anerkennung) werden im Zusammenhang mit der NFA zur Zeit im Landrat behandelt <i>In Diskussion in der vom Regierungsrat eingesetzten Konsultativkommission Sozialhilferecht</i>	Finanzverwaltung und Kantonales Sozialamt, Lothar Niggli und Ruedi Schaffner
SGS 331	Gesetz über die Staats- und Gemeindesteuern (Steuergesetz) Teilrevision Umsetzung des Unternehmenssteuerreformgesetzes II des Bundes <i>Vernehmlassungsvorlage im 2. Semester 2008</i>	Steuerverwaltung
SGS 334	Gesetz über die Erbschafts- und die Schenkungssteuer Teilrevision Besteuerung von Konkubinatspaaren und Pflegekindern, Tarifierung <i>Vernehmlassungsvorlage im 1. Semester 2008</i>	Steuerverwaltung
SGS 331	Gesetz über die Staats- und Gemeindesteuern (Steuergesetz) Teilrevision Umsetzung des Beweisverwertungsverbotes im Strafverfahren <i>Vernehmlassungsvorlage im 1. Semester 2008</i>	Steuerverwaltung

SGS 331 et al.	Gesetz über die Staats- und Gemeindesteuern (Steuergesetz) Teilrevision Einführung einer zentralen Verlustscheinbewirtschaftung bei der kantonalen Steuerverwaltung <i>Vernehmlassungsvorlage frühestens im 2. Semester 2008</i>	Steuerverwaltung
–	Kantonales Statistikgesetz Neues Gesetz <i>Verabschiedung der Vorlage zuhanden des Landrates</i>	Statistisches Amt
–	Gesetz über die kantonale Namens- und Adressdatenbank (KANADA) Neues Gesetz <i>Bearbeitung der Ergebnisse der Vernehmlassung</i>	Statistisches Amt
SGS 111	Alt: Gesetz über Niederlassung und Aufenthalt Neu: Gesetz über die Anmeldung in der Gemeinde Totalrevision <i>Bearbeitung der Ergebnisse der Vernehmlassung</i>	Statistisches Amt
–	Finanzkontrollgesetz Neues Gesetz <i>Vernehmlassung ist bis Ende August 2007 gelaufen</i>	Finanzkontrolle, Roland Winkler und Generalsekretariat, Christian Boppart
SGS 834.2	Dekret über die berufliche Vorsorge durch die Basellandschaftliche Pensionskasse (BLPK Dekret) Teilrevision: Separate Rechnungsführung und Verschiebung der Amtszeit des Verwaltungsrates <i>Verabschiedet an den Landrat am 21. August 2007</i>	BLPK, Lucas Furtwängler und Generalsekretariat, Christian Boppart
SGS 105	Alt: Gesetz für Verantwortlichkeit der Behörden und Beamten Neu: Gesetz über die Haftung des Kantons und der Gemeinden (Haftungsgesetz) Totalrevision <i>In Kommissionsberatung</i>	Generalsekretariat, Christian Boppart
SGS 834.3	Dekret über das Ruhegehalt der Mitglieder des Regierungsrates Totalrevision <i>Beginn der Erarbeitung im Herbst 2007</i>	Generalsekretariat, Christian Boppart
SGS 150.1	Dekret zum Personalgesetz Teilrevision: Neue Berechnungsmethode für den Teuerungsausgleich <i>Verabschiedet an den Landrat am 21. August 2007</i>	Generalsekretariat, Christian Boppart

Volkswirtschafts- und Sanitätsdirektion (VSD)

SGS 570	Waldgesetz Totalrevision <i>Offen, abhängig vom Bundesgesetz, intern auf 2010 terminiert</i>	Forstamt beider Basel
SGS 510	Landwirtschaftsgesetz Teilrevision <i>Offen, Vollzug eidg. Berufsbildungsgesetz, Termin offen</i>	Landwirtschaftliches Zentrum Ebenrain
SGS 510	Landwirtschaftsgesetz, plus dazugehörige VO Überprüfung nach KMU-Entlastungsgesetz <i>Noch nicht angefangen, Erledigungsfrist bis 31. Dezember 2008 (vgl. LR-Vorlage 2007 / 141)</i>	Landwirtschaftliches Zentrum Ebenrain
SGS 547	Gesetz über die öffentlichen Ruhetage, plus dazugehörige VO Überprüfung nach KMU-Entlastungsgesetz <i>Noch nicht angefangen, Erledigungsfrist bis 31. Dezember 2008 (vgl. LR-Vorlage 2007 / 141)</i>	KIGA
SGS 838	Familienzulagengesetz Vollzug eidg. Gesetzgebung, Inkraftsetzung bis 1. Januar 2009 <i>In Erarbeitung</i>	KIGA
SGS 838	Familienzulagengesetz Überprüfung nach KMU-Entlastungsgesetz <i>Noch nicht angefangen, Erledigungsfrist bis 31. Dezember 2008 (vgl. LR-Vorlage 2007 / 141)</i>	KIGA
SGS 211.5	Dekret über die Kostentragung der amtlichen Vermessung Überprüfung nach KMU-Entlastungsgesetz <i>Noch nicht angefangen, Erledigungsfrist bis 31. Dezember 2008 (vgl. LR-Vorlage 2007 / 141)</i>	Vermessungsamt

Bau- und Umweltschutzdirektion (BUD)

400.11	Verordnung zum Raumplanungs- und Baugesetz (RBV) Neu: § 87 Abs. 3 lit. h «Erdbeben» <i>Vorschlag ist bearbeitet und an REA abgegeben</i>	REA / Bauinspektorat / Sicherheits- inspektorat
SGS 480 GS 29.89	Gesetz zur Förderung des öffentlichen Verkehrs (ÖVG) Totalrevision <i>Vorarbeiten zu den einzelnen Themenbereichen laufen</i>	Amt für Raumplanung / öffentlicher Verkehr

Justiz-, Polizei- und Militärdirektion (JPMD)

–	Einführungsgesetz zur Schweizerischen Strafprozessordnung Neues Gesetz <i>Arbeitsgruppe</i>	Generalsekretariat
SGS 170	Gerichtsorganisationsgesetz Teilrevision (Einführung des Staatsanwaltschaftsmodells) <i>Arbeitsgruppe</i>	Generalsekretariat
–	Entwurf eines Einführungsgesetzes zur Bundeszivilprozessordnung Neues Gesetz <i>Arbeitsgruppe</i>	Generalsekretariat
SGS 160	Gesetz über den Ombudsman Teilrevision (Überführung neue Lohneinreihung in das Gesetz) <i>Vorbereitung Entwurf</i>	Generalsekretariat
SGS 131	Landratsgesetz Teilrevision (verfahrensrechtliche Anpassungen und neue Kommissionsbezeichnungen) <i>Vorbereitung Entwurf</i>	Generalsekretariat
SGS 110	Bürgerrechtsgesetz Teilrevision (Rechtsgrundlage für Gebühren bei negativen Einbürgerungsentscheiden und bei Abschreibungen) <i>Vernehmlassungen sind ausgewertet, die Landratsvorlage wird vorbereitet</i>	Generalsekretariat
SGS 217	Notariatsgesetz, plus dazugehörige VO Überprüfung nach KMU-Entlastungsgesetz <i>Noch nicht angefangen, Erledigungsfrist bis 30. April 2008 (vgl. LR-Vorlage 2007 / 141)</i>	Generalsekretariat
SGS 481.1	Landratsverordnung (Dekret) zum Bundesgesetz über den Strassenverkehr Überprüfung nach KMU-Entlastungsgesetz <i>Noch nicht angefangen, Erledigungsfrist bis 30. September 2007 (vgl. LR-Vorlage 2007 / 141)</i>	Generalsekretariat
SGS 540	Gastgewerbegesetz, plus dazugehörige VO Überprüfung nach KMU-Entlastungsgesetz <i>Noch nicht angefangen, Erledigungsfrist bis 31. Dezember 2007 (vgl. LR-Vorlage 2007 / 141)</i>	Generalsekretariat
SGS 541	Filmgesetz Totalrevision <i>Vorbereitung Landratsvorlage</i>	Generalsekretariat
SGS 541	Filmgesetz, plus dazugehörige VO Überprüfung nach KMU-Entlastungsgesetz <i>Noch nicht angefangen, Erledigungsfrist bis 28. Februar 2008 (vgl. LR-Vorlage 2007 / 141)</i>	Generalsekretariat

SGS 162	Datenschutzgesetz Teilrevision (Anpassungen an die Bestimmungen der Abkommen von Schengen / Dublin) <i>Vernehmlassungen sind ausgewertet, die Landratsvorlage ist vor dem Abschluss</i>	Generalsekretariat
SGS 178	Anwaltsgesetz Basel-Landschaft Teilrevision (Anpassungen an das geänderte Bundesanwaltsgesetz) <i>Vorlage befindet sich beim Landrat</i>	Generalsekretariat
SGS 410 SGS 400	Enteignungsgesetz Raumplanungs- und Baugesetz Erweiterung des Gemeindebeschwerderechts im verwaltungsgerichtlichen Verfahren und Vereinheitlichung des Rechtsweges im Erschliessungsabgabewesen <i>Vorlage befindet sich beim Landrat</i>	Generalsekretariat
SGS 271	Verwaltungsprozessordnung Teilrevision (Gewährleistung der Rechtsweggarantie) <i>Vorlage befindet sich beim Landrat</i>	Generalsekretariat

Bildungs-, Kultur- und Sportdirektion (BKSD)

640	Bildungsgesetz Teilrevision / Anpassung an das neue Bundesbildungsgesetz (BBG) <i>Vernehmlassung ist abgeschlossen</i>	Amt für Berufsbildung- und Berufsberatung
640	Bildungsgesetz Neupositionierung der DMS 2 und Anpassungen betr. DMS 3 / FMS <i>Vernehmlassung ist abgeschlossen</i>	Amt für Berufsbildung- und Berufsberatung / Stabsstelle Bildung
640	Bildungsgesetz Teilrevision; Genehmigung der Studentafeln und Lehrpläne durch das Parlament; Neuaufteilung Kompetenzen Bildungsrat <i>Behandlung im Parlament</i>	Stabsstelle Bildung
640	Bildungsgesetz Teilrevision; Beitritt zum HarmoS-Konkordat macht Änderung notwendig <i>HarmoS-Konkordat ist durch EDK am 14. Juni 2007 verabschiedet worden; gemeinsame Umsetzung in den Kantonen AG, BL, BS, SO unter dem Titel «Bildungsraum» ist in Vorbereitung</i>	Stabsstelle Bildung
640	Bildungsgesetz Teilrevision; Tagesstrukturen <i>Wird in Verbindung mit dem Gesetz zur familienergänzenden Betreuung (FEB) realisiert, Landratsvorlage ist vor der Vernehmlassung</i>	Stabsstelle Bildung / Fachstelle für Son- derschulung, Jugend- und Behindertenhilfe
366	Kulturgesetz Novelle / Ersatz für das Gesetz über die Leistung von Beiträgen zur Förderung kultureller Bestrebungen <i>Landratsvorlage ist in Vorbereitung</i>	Amt für Kultur

Anhang 2 Übersicht über die sich in Vorbereitung und Bearbeitung befindlichen Landratsvorlagen

Legende

Nummer der Vorlage (falls vorhanden)	Titel der Vorlage <i>Stand der Bearbeitung der Vorlage</i>	Federführende Stelle
--------------------------------------	---	----------------------

Finanz- und Kirchendirektion (FKD)

–	Teilrevision Finanzhaushaltsgesetz und Dekret zum Finanzhaushaltsgesetz <i>In Erarbeitung</i>	Finanzverwaltung
–	Beteiligungsmanagement (Agenturbericht) <i>In Erarbeitung</i>	Finanzverwaltung
–	Subventionsbericht <i>In Erarbeitung</i>	Finanzverwaltung
–	Revision Dekret zum Einführungsgesetz Krankenkassenprämienverbilligung <i>In Erarbeitung</i>	Finanzverwaltung
–	Schliessung Deckungslücke der Pensionskasse <i>In Erarbeitung</i>	Generalsekretariat
–	Revision des Steuergesetzes zwecks Umsetzung der Unternehmenssteuerreform II des Bundes <i>Vernehmlassungsvorlage im 2. Semester 2008</i>	Steuerverwaltung
–	Revision des Erbschafts- und Schenkungssteuergesetzes <i>Vernehmlassungsvorlage im 1. Semester 2008</i>	Steuerverwaltung
–	Revision des Steuergesetzes zwecks Umsetzung des Beweiswertungsverbots im Steuerstrafverfahren <i>Vernehmlassungsvorlage im 1. Semester 2008</i>	Steuerverwaltung

–	Revision des Steuergesetzes und ev. weiterer Grundlagen zwecks Einführung einer zentralen Verlustscheinbewirtschaftung bei der kantonalen Steuerverwaltung <i>Vernehmlassungsvorlage frühestens im 2. Semester 2008</i>	Steuerverwaltung
–	KANADA-Gesetz und Anmeldegesetz <i>Vernehmlassung durchgeführt, Bearbeitung der Landratsvorlage</i>	Statistisches Amt
–	Kantonales Gesamtkonzept für die familienergänzende Kinderbetreuung II (Motion 1999 / 074 vom 15. April 1999 von Eric Nussbaumer) <i>Die Motion wird zur Zeit in der Kommission «Gesetzesentwurf für eine familienergänzende Kinderbetreuung» (FEB) bearbeitet. Die Vernehmlassung wird im Sommer 2007 durchgeführt.</i>	Fachstelle für Familienfragen, Ruedi Schaffner und Christina Leimbacher
–	Solidarität zwischen den Gemeinden bei den Sozialhilfekosten (Postulat 2006 / 208 von Simone Abt, als Alternative zur Motion 2006 / 062 der CVP / EVP-Fraktion) <i>In Bearbeitung. An seiner Sitzung vom 1. Februar 2007 hat der Landrat das Postulat überwiesen.</i>	Statistisches Amt und Kantonales Sozialamt, August Lienin und Ruedi Schaffner
–	Tarife der Notschlafstelle Basel-Stadt für im Kanton Basel-Landschaft angemeldete Personen (Postulat 2007 / 026 von Robert Ziegler) <i>An seiner Sitzung vom 7. Juni 2007 hat der Landrat das Postulat überwiesen.</i>	Kantonales Sozialamt, Ruedi Schaffner
–	SVP-Gesetzesinitiative für die Abschaffung der Fachstelle für Gleichstellung von Frau und Mann <i>Erster Entwurf der Landratsvorlage liegt vor; er ist derzeit in der Überarbeitung.</i>	Fachstelle für Gleichstellung

Volkswirtschafts- und Sanitätsdirektion (VSD)

JP 2008, Nr. 3.01.04	Waldgesundheit <i>Verpflichtungskredit ab 2. Quartal 2008 bis 2012, Vorbereitungen laufen</i>	Forstamt beider Basel
JP 2008, Nr. 3.02.04	Familienzulagengesetz, Anpassungen an das Eidg. Familienzulagengesetz <i>In Vorbereitung</i>	KIGA
JP 2008, Nr. 3.02.07	Tourismusförderung <i>Noch keine Vorarbeiten erfolgt. Verpflichtungskredit für die Jahre 2009 bis 2011</i>	Generalsekretariat
JP 2008, Nr. 3.03.06	Baukreditvorlage für die Sanierung der alten Hauswirtschaftsschule (Optimierung der Nutzung des Ebenrains) <i>VSD hat «Auftrag» an BUD erteilt</i>	BUD, Hochbauamt
JP 2008, Nr. 3.07.01	Fortführung der Leistungsaufträge an die Aids-Hilfe beider Basel und den Verein «Frau Sucht Gesundheit» <i>Noch keine Vorarbeiten erfolgt. Verpflichtungskredit für die Jahre 2009 bis 2011</i>	Generalsekretariat

JP 2008, Nr. 3.07.02	Fortführung der Leistungsvereinbarung im Bereich der gesetzlich vorgeschriebenen Schwangerschaftsberatung <i>Noch keine Vorarbeiten erfolgt. Verpflichtungskredit für die Jahre 2009 bis 2011</i>	Generalsekretariat
JP 2008, Nr. 3.07.03	Gesund altern <i>Vorlage soll bis Ende 2007 vorliegen. Behandlung im Landrat Anfang 2008</i>	Generalsekretariat
JP 2008, Nr. 3.07.05	Aktionsprogramm «Gesundes Körpergewicht» <i>Vorbereitungen sind getroffen. Landratsvorlage / Verpflichtungskredit</i>	Generalsekretariat
JP 2008, Nr. 3.08.10	Geriatrisches Kompetenzzentrum BL / BS / Bethesda <i>Vorbereitungen laufen. Zeitpunkt für Landratsvorlage noch nicht klar. Kann auch erst im 2009 sein.</i>	Generalsekretariat
JP 2008, Nr. 3.10.06	Sanierung haustechnischer Anlagen / interdisziplinäre Notfallstation <i>Vorbereitungen laufen. Landratsvorlage (Projektierungskredit)</i>	Kantonsspital Liestal
JP 2008, Nr. 3.10.07	Optimierung der Betriebsabläufe in der Medizinischen Diagnostik, in Verbindung mit Erweiterung der kardiologischen Versorgung <i>Vorbereitungen laufen. Landratsvorlage wahrscheinlich</i>	Kantonsspital Liestal
JP 2008, Nr. 3.12.02	Haustechnische Sanierung der Zentralwäscherei in Verbindung mit energiesparenden Verbesserungen <i>Vorbereitungen laufen. Landratsvorlage / Verpflichtungskredit</i>	Kantonsspital Liestal (für Zentralwäscherei)
JP 2008, Nr. 3.13.01	Sanierung Westtrakt, Operationssäle (Projektierungskredit OPCaT) <i>Vorbereitungen laufen. Landratsvorlage (Projektierungskredit) Ende 2007 oder Anfang 2008</i>	Kantonsspital Laufen
JP 2008, Nr. 3.14.06 und 3.14.07	Schaffung eines Alterspsychiatrischen Kompetenzzentrums und Sanierung / Umbau der durch die ambulanten Dienste genutzten Personalwohnsiedlung der KPD oder allenfalls Neubau für die ambulanten Dienste KJPD, EPD und DBL <i>Vorbereitungen laufen. Landratsvorlage (Projektierungskredit)</i>	Kantonale Psychiatrische Dienste

Bau- und Umweltschutzdirektion (BUD)

–	Kantonaler Richtplan inkl. Projektierungskredit, Bereich Verkehr (2312.501.10-017) <i>Federführung durch Amt für Raumplanung</i>	Amt für Raumplanung Tiefbauamt V / P
–	Allschwil, Sanierung Baslerstrasse und BVB-Trasse inkl. Kreisel Grabenring (2317.364.00-014) <i>Konzeptentwurf vorhanden, in Mehrjahresplanung Laufende Rechnung (Investitionsprogramm) enthalten</i>	Tiefbauamt, V / PM1
–	Ausbau BLT-Linie 10, QP Bahnhof Arlesheim / Dornach und Doppelspur bis Stollenrain (2317.364.00-013) <i>In Mehrjahresplanung Laufende Rechnung (Investitionsprogramm) enthalten</i>	Tiefbauamt, V / PM1
–	H18, Anschluss Aesch / Dornach (2312.501.20-057) <i>Projektentwurf vorhanden, in Investitionsprogramm enthalten</i>	Tiefbauamt, V / PM1

–	H2, Umfahrung Liestal, Verkehrskonzept und Instandsetzung (2312.501.20-151) <i>In Investitionsprogramm enthalten</i>	Tiefbauamt, V / PM1
–	BLT-Linien 14 und 3, Erneuerung Tramgeleise 2. Etappe (2317.364.00-006) <i>Vorprojekt 2008, in Investitionsprogramm enthalten</i>	Tiefbauamt, V / PM1
–	H18, Umfahrung Laufen / Zwingen, Trassesicherung nach Abschluss Vorprojekt <i>ZMB abgeschlossen, in Investitionsprogramm nicht enthalten</i>	Tiefbauamt, V / PM1
–	Zwingen, Sanierung / Umgestaltung Ortsdurchfahrt und neue Birsbrücke / Hochwasserschutz und Fischgängigkeit Birs (2312.501.20-149 / 2316.501.90-020) <i>In Investitionsprogramm enthalten, Ausführung ab 2008</i>	Tiefbauamt, V / PM2 + W
–	Bottmingen – Oberwil, Lärmschutzmassnahmen und Sanierung der linksufrigen Kantonsstrasse (2312.501.20-014) <i>Projekt in Bereinigungsphase, in Investitionsprogramm enthalten</i>	Tiefbauamt, V / PM2
–	Reigoldswil, Korrektion Ziefenstrasse / Hochwasserschutz Hintere Frenke (2312.501.20-146 / 2316.501.90-019) <i>Projekt vorhanden, in Investitionsprogramm enthalten</i>	Tiefbauamt, V / PM2 + W
–	Muttenz, Sanierung / Umgestaltung Rheinfelderstrasse im Abschnitt Hardwald bis Salinenstrasse (2312.501.20-145) <i>Projektentwurf vorhanden, in Investitionsprogramm enthalten</i>	Tiefbauamt, V / PM2
–	Langenbruck, Korrektion und Umgestaltung Hauensteinstrasse (2312.501.20-137) <i>In Investitionsprogramm enthalten</i>	Tiefbauamt V / PM2
–	Augst, Sanierung / Umgestaltung Ortsdurchfahrt (2312.501.20-139) <i>In Investitionsprogramm enthalten</i>	Tiefbauamt V / PM2
–	Grellingen, Sanierung / Umgestaltung Ortsdurchfahrt (2312.501.20-147) <i>Projektentwurf vorhanden, in Investitionsprogramm enthalten</i>	Tiefbauamt V / PM2
–	Lausen, Sanierung / Umgestaltung Hauptstrasse – Altmarkt (2312.501.20-148) <i>In Investitionsprogramm nicht enthalten</i>	Tiefbauamt V / PM2
–	Lausen, Erschliessung Industrieareal Langmatt (2312.501.20-141) <i>Projektentwurf vorhanden, in Investitionsprogramm nicht enthalten</i>	Tiefbauamt V / PM2
–	Niederdorf, Arboldswilerstrasse (2312.501.20-144) <i>Projekt vorhanden, in Investitionsprogramm enthalten</i>	Tiefbauamt V / PM2
–	Buckten, Hauptstrasse – Strasse und Bach ausserorts (2312.501.20-142) <i>Projektstudie vorhanden, in Investitionsprogramm nicht enthalten</i>	Tiefbauamt V / PM2
–	Dittingen, Dorfstrasse – Strasse und Bach (2312.501.20-143) <i>In Investitionsprogramm nicht enthalten</i>	Tiefbauamt K + W
–	Reinach, Ausdolung Leibach und Erlenbach <i>In Investitionsprogramm enthalten</i>	Tiefbauamt W

Justiz-, Polizei- und Militärdirektion (JPMD)

–	Überprüfung Jugendschutzbestimmungen betr. Alkohol im Gastgewerbegesetz <i>Zur Zeit klärt eine Fachgruppe ab, ob die Jugendschutzbestimmungen betreffend Alkohol im Gastgewerbegesetz verstärkt werden müssen. Für den Fall, dass Handlungsbedarf besteht, wird ein Entwurf für die Anpassung des Gastgewerbegesetzes vorbereitet</i>	Generalsekretariat
–	Jugendvollzugszentrum Arxhof <i>Vorbereitungen für die Durchführung einer Machbarkeitsstudie</i>	Massnahmenzentrum für junge Erwachsene Arxhof
–	Strassenverkehrsamt <i>Vorbereitungen Landratsvorlage; nächster Schritt: Ausarbeitung einer Detailanalyse</i>	Motorfahrzeugkontrolle
–	Umsetzung Staatsanwaltschaftsmodell gemäss der schweizerischen Strafprozessordnung <i>Vorbereitung der Entscheidungsgrundlagen durch die Fachgruppe</i>	Generalsekretariat, in Co-Leitung mit dem Kantonsgericht

Bildungs-, Kultur- und Sportdirektion (BKSD)

–	Umgang mit und Sanierung von Burgen und Ruinen (Grundsatz-papier und Verpflichtungskredit Homburg) <i>Direktionsintern</i>	Amt für Kultur / Archäologie und Museum
	Subventionen an die Sanierung nicht kantonseigener Burgen (mehrfähriger Verpflichtungskredit, Regelung des Verfahrens) <i>Bis Mitte 2008</i>	Amt für Kultur / Archäologie und Museum
2005 / 303	Einführung von Informations-technologien (ICT) an der Primarschule <i>Vernehmlassung ist abgeschlossen</i>	Stabsstelle Bildung
2006 / 261	Verpflichtungskredit zur Einführung des Gesamtsprachenkonzeptes mit Französisch ab 3. Klasse und Englisch ab 5. Klasse der Primarschule <i>Vorentscheide mit Landratsbeschluss vom 18. Januar 2007; Projektierung</i>	Stabsstelle Bildung
–	Verfassungsinitiative «Ja, Bildungsvielfalt für alle» <i>Vorlage ist in Ausarbeitung</i>	Stabsstelle Bildung
2006 / 257	Volksinitiative «Keine Schulgebühren» <i>Verlängerung der Behandlungsfrist am 18. Januar 2007 durch den Landrat beschlossen</i>	Stabsstelle Bildung
–	Sekundarschulstandorte <i>Projektierung ist bis Ende August 2007 zuhanden des Regierungsrates erfolgt; Landratsvorlage voraussichtlich in der Vernehmlassung ab Herbst 2007</i>	Stabsstelle Bildung

–	Übernahme Sekundarschulbauten <i>In Projektierung; Vernehmlassung ab Ende 2008</i>	Stabsstelle Bildung
–	Case Management – Begleitung von Jugendlichen, die aus dem System fallen <i>KIGA, Amt für Volksschulen, Sozialamt und Amt für Berufsbildung und Berufsberatung sind am Erstellen einer Landratsvorlage</i>	Amt für Berufsbildung und Berufsberatung und Amt für Volksschulen
–	Übertragung von freien Reserven der FHBB und der HPSA-BB an die FHNW <i>Antwort des Bundesamtes für Berufsbildung und Technologie (BBT) betr. Abgrenzung der Bundesbeiträge ist hängig; Landratsvorlage in Vorbereitung</i>	Stabsstelle Hochschulen
–	Beantwortung des Postulates von Ruedi Brassel: Aufbau eines Kompetenzzentrums für die Begleitforschung zu den Life Sciences (2006 / 153) <i>In Bearbeitung in Absprache mit den Hochschulen und mit dem Kanton BS, wo ein gleichlautender Vorstoss vorliegt</i>	Stabsstelle Hochschulen
–	Leistungsauftrag 2009 – 2011 für die FHNW <i>Verhandlungen mit der FHNW und den Vertragskantonen; Landratsvorlage ist vorgesehen für 2. Quartal 2008</i>	Stabsstelle Hochschulen
–	Forschungszentrum für Polytronics in MuttENZ; Beitrag des Kantons BL 2008 – 2011 <i>Verwaltungsintern</i>	Generalsekretariat

Landeskanzlei (LaKa)

–	Interreg IV <i>Noch kein Entwurf vorhanden</i>	Landeskanzlei / Alex Achermann
–	Eurodistrict <i>Entwurf vorhanden</i>	Landeskanzlei / Alex Achermann

Vorlage an den Landrat

Nr. 2007 / 225

Jahresprogramm des Regierungsrates

2008



Kanton Basel-Landschaft
Regierungsrat